Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V.

2–3/18

Juli 2018 · 71. Jahrgang
Einzelverkauf 7,– EUR

CHRISTIN CHRIST UND SOZIALISTIN SOZIALIST

CuS

„Alle Verhältnisse umzuwerfen …“ „Mächtige hat [Gott] vom Thron gestürzt.“ Karl Marx – Maria (Lukas). Gemeinsame Visionen von Christ(inn)en und Sozialist(inn)en

Das Wunder vom gesegneten Teilen
Reformation allein aus Glauben. Die Täufer
Umgang mit Flüchtlingen
System Fleisch
Themen und Aktionsfelder der ReSos VI
Hans Ehrenberg – Ein Pfarrerschicksal II

Rezensionen
Bundesnachrichten

Kreuz und Rose

IMPRESSUM

CuS. Christin und Sozialistin/ Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:
Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:
Jürgen Gorenflo, Andreas Herr, Anneke und Florian Ihlenfeldt, Jens-Eberhard Jahn, Thomas Kegel

Redaktion:
Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de,
Thomas Kegel, Hannover,
Elmar Klink, Bremen

Redaktions-Beirat:
Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Volker Beckmann, Herford
Doris Gerlach, Herford
Jürgen Gorenflo, Norderstedt
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Dieter Hönerhoff, Bielefeld
Jens-Eberhard Jahn, Leipzig
Helmut Pfaff, Frankfurt

CuS/BRSD im Internet:
www.BRSD.de

Webmaster:
Thomas Kegel, Hannover

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:
Jürgen Gorenflo, Hollunderweg 8b, 22850 Norderstedt, jgorenflo@web.de

Preise:
Einzelheft: EUR 7,–, Jahresabonnement, Inland: EUR 20,–, Welt: EUR 30,–, Förderabonnement EUR 25,– oder mehr. Kündigungen werden zum Jahresende wirksam. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V., KD-Bank, IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10, BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:
Thomas Biedermann, Kreativ-Schmiede, Hamburg, www.kreativ-schmie.de

Druck:
satz- und druckprojekte TEXTART verlag, Solingen, textart@t-online.de

ISSN 0945-828-X

Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

Editorial 1

Jahrestagung Kassel, Thema Frieden. Streit. Macht. Antikapitalistische Perspektiven 3

Reinhard Gaede
Das Wunder vom gesegneten Teilen 4

Jürgen Moltmann
Reformation „allein aus Glauben“: Die Täufer 8

Manfred Böhm
Karl Marx und sein Mehrwert 10

Helmut Gollwitzer (1908–1993)
Warum ich als Christ Sozialist bin 18

Wilfried Gaum/Thomas Kegel
Gedanken zum Mergentheimer Referat von Helmut Gollwitzer (1908–1993) 27

Elmar Klink
Paul Tillichs „unvollendeter Sozialismus“ 29

Johann Bauer
Probleme des Sozialismus 34

Annelie Buntenbach
Rede zum 1. Mai 2018 in Münster 48

Samuel Decker
National(istisch) oder International(istisch)? 55

Franziskus Forster
Das System ist Fleisch geworden 63

Reinhard Gaede
CuS. Die Phase 1996–2003 66

Günter Brakelmann
Hans Ehrenberg. Ein Pfarrerschicksal in Bochum 1925–1938. Teil II . .70

Volker Beckmann
Jahre des Widerstands gegen den Faschismus 77

REZENSIONEN

Friedrich-Wilhelm Bargheer
Von der Selbst-Radikalisierung eines Bibel-Fundamentalisten 81

BUNDESNACHRICHTEN

Andreas Herr
Katholikentag 2018 in Münster. Suche Frieden 84

Bilder- und Fotonachweis 85

Autorennachweis 85

Editorial

Redaktionsbeirat am 11. März 2017, sitzend: Dietlinde Haug, Friedrich-Wilhelm, Bargheer, Doris Gerlach, stehend: Elmar Klink, Thomas Kegel, Reinhard Gaede, Volker Beckmann

Zum 200. Geburtstag von *Karl Marx* am 5. Mai 1818 ist ein Sammelband, herausgegeben von *Michael Ramminger* und *Franz Segbers* (VSA Verlag/ Edition ITP Kompass) erschienen mit dem Titel „Alle Verhältnisse umzuwerfen … und die Mächtigen vom Thron zu stürzen". Das gemeinsame Erbe von Christen und Marx. Die erste Hälfte des Zitats ist der kategorische Imperativ von Karl Marx, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx-Engels Werke, MEW 1, 385). Die zweite Hälfte stammt aus dem Magnificat des Lukas-Evangeliums (1, 52). Das Umschlagfoto zwischen beiden Zitaten zeigt eine Wandmalerei in einem Armenviertel in San Salvador: „Der Erzengel Michael kämpft gegen die Weltbank". Dass die bisher zerrissenen Traditionen Christentum und Sozialismus zusammengehören, ist auch immer die Überzeugung des Bundes der religiösen Sozialisten gewesen. Im Jahr 1966 erschien als Siebenstern-Taschenbuch das Werk des Pastors der Hervormden Kerk, des Direktors des religiös-sozialistischen Zentrums in Bentveld (NL), des Präsidenten des Internationalen Bundes der religiösen Sozialisten *Willem Banning*: Karl Marx. Leben, Lehre und Bedeutung. Worin die Bedeutung von Karl Marx heute liegt, ist natürlich, je nach politischer Einstellung, umstritten. Konservative Kritiker begnügen sich meist mit Anklagen der Verletzung von Freiheitsrechten oder Massen-Morden bei denen, die sich auf Marx berufen, in der ehemaligen Sowjetunion und ehemaligen kommunistischen Staaten Osteuropas sowie in China und Nordkorea heutzutage. Nachdenkliche Menschen werden dagegen bestätigen, dass Karl Marx – darauf haben die religiösen Sozialisten hingewiesen – aus ethischen Motiven für die Befreiung der Unterdrückten gestritten hat und die so genannten Sachgesetze der so genannten Wirtschaft, nämlich die Sphäre von Produktion, Arbeit und Verteilung analysiert und kritisiert hat. Vielfach hat er recht behalten. Die Marktwirtschaft: Was sich nicht lohnt, gilt nichts. Das Wachstum: Das Kapital kann nie genug kriegen, ist aber meist nicht dort, wo es gebraucht wird für Wohlfahrt und Umweltschutz. Der Reichtum: Krisen aus Überfluss von Gütern z.B. mit Schäden für die Umwelt und Mangel bei den Armen. Arbeit: Verschwendung der als Ware eingesetzten Lebenszeit bei Überarbeiteten, Arbeitslosen und ausgebeuteter Arbeitskraft. Widersprüche und selbst-zerstörerische Tendenzen des Kapitalismus sind durch ihn aufgedeckt worden. Zugleich aber auch Dynamik und Weiterentwicklung. Was folgt auf die

Phasen industrieller Umwälzung nach der ersten (Dampfmaschine, 18./19. Jahrhundert, nach der zweiten (Elektrizität, Ende 19. Jahrhundert), nach der dritten (Elektronik und Informationstechnologie, Mitte des 20. Jahrhunderts)? Folgt nun das Zeitalter der Roboter mit ihren Sprach-Assistenten? „Alexa, öffne Gute-Nacht-Geschichte und spiele Folge 10!" Auch in der Kirche, wie der in England, die den Sprach-Assistenten das Beten beibringt, um die Menschen zu erreichen, die sie sonst nicht trifft: „Alexa, sprich das Vaterunser!" Droht eine technokratische Diktatur durch digitale Supermächte, die außerdem Geld mit Daten-Handel verdienen oder Wahlkämpfende beliefern und somit die Demokratie bedrohen? Der Beitrag von *Manfred Böhm* würdigt K. Marx' Vision von einer höheren Gesellschaftsform, als „deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist". Unser Freund kritisiert den praktischen Atheismus der kapitalistischen Welt. Und wie Marx Geld und seine Vermehrung als „allmächtiges Wesen" bezeichnet hat, steht in der Bibel die Verurteilung des Mammons-Dienstes. Er kommt zu dem Ergebnis: „In der biblischen wie in der Marxschen Logik sind somit systemische Eingriffe in die Eigentumsordnung und damit ins Wirtschaftssystem zum Schutz der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht nur nicht so gänzlich undenkbar wie in unseren marktradikalen Zeiten, sie sind sogar geboten. … Die totale Verwertung von Mensch und Natur trägt totalitäre und damit Mensch und Natur versklavende Züge." Eine „sozialistische Analyse und Zielorientierung", die „unverändert aktuell" ist, hat *Helmut Gollwitzer* (1908–1993) bereits 1980 vorgelegt. *Wilfried Gaum* und *Thomas Kegel* haben ihre Gedanken aus heutiger Sicht dazu geschrieben. Einen „vergessenen Auftrag für die Kirche" nennt *Elmar Klink* das Werk von *Paul Tillich*, bei dem das sozialistische Erbe „immer maßgeblich" mitschwang. Die Idee des Sozialismus heißt das Buch von *Axel Honneth*. *Johann Bauer* fragt „Handelt es sich tatsächlich um ‚die eine' Idee „des Sozialismus? Müsste man nicht von der ungeheuren Verschiedenheit der Ansätze und Realisierungen sprechen? Er erinnert an Traditionen des Anarchismus. In der Rede zum 1. Mai von *Annelie Buntenbach* finden wir die zentralen Forderungen der Gewerkschaft in einem Land, in dem der Gegensatz zwischen Reichen und Armen weiter gewachsen ist. „Ob eine universelle (also allgemeingültige) internationalistische Perspektive linker Politik überhaupt noch existiert. Oder kann linke Politik nur noch aus Sicht des Nationalstaates gedacht werden?" Diese Frage bewegt *Samuel Decker* in seinem Artikel über die derzeit heftige Diskussion zum Umgang mit Flüchtlingen und Einwander(inne)n. Vor diesem thematischen Hintergrund stellt er das Konzept der Imperialen Lebensweise vor. Dieses ist eines der modernen, auf marxistischen Ansätzen beruhenden, Konzepte zur Analyse des Globalen Kapitalismus. Wir sollten uns damit beschäftigen! Das agroindustrielle System als „imperiale Lebensweise" entlarvt *Franziskus Forster*. An die Jahre 1996–2003 in der Geschichte unserer *Zeitschrift* erinnert mein Beitrag. *Günter Brakelmanns* Artikel erscheint in 2. Folge zum 80. Todestag von *Hans Ehrenberg*. *Friedrich-Wilhelm Bargheer* hat *Günter Brakelmanns* Quellenband *Luther* und *Müntzer* rezensiert: „Das wäre auch Stoff für einen Geschichts-Krimi oder für Dokutainment über eine dunkle Episode der Wittenberger Reformation in der ersten Krise ihrer Epoche." *Ernst von Harnack*, religiöser Sozialist der ersten Stunden 1919, Regierungspräsident

des Bezirks Halle Wittenberg, wurde 1932 nach dem Staatsstreich Franz von Papens Juni 1932 zwangsweise in den Ruhestand versetzt, im Zuchthaus Plötzensee am 5.3.1945 wegen Hochverrats hingerichtet. *Volker Beckmann* hat das Buch *Gustav Adolf von Harnacks* über seinen Vater vorgestellt. – In den Bundesnachrichten hat *Andreas Herr* über den Katholikentag, den er Feder führend organisiert hat, geschrieben. Auch einen Einblick in die Aktivitäten des Vorstands enthält das Heft. Wir können im Vorstand übrigens Verstärkung gebrauchen – haben Sie Zeit und Interesse? Gleich zu Beginn steht die Einladung zur Jahrestagung, zu der wir besonders sichtbar herzlich einladen möchten.

Mit Wünschen für schöne Sommertage

Reinhard Gaede
Thomas Kegel

Jahrestagung Kassel, Thema Frieden. Streit. Macht. Antikapitalistische Perspektiven

Unser Tagungszentrum: Katharina von Bora Haus, Hupfeldstr. 21, 34121 Kassel (Homepage: www.ev-kirche-wehlheiden-kassel.de). Das Haus befindet sich in der Nähe des ICE Bahnhofs Kassel-Wilhelmshöhe.
Teilnehmerbeitrag 25 EUR incl. Freitagabend, Samstagmittag kalte Verpflegung, alkoholfreies Getränk.
Tagungsablauf:
Freitag, 19.10.2018
ab 17:00 Uhr Eintreffen im Gemeindezentrum
18:00 Uhr gemeinsamer Imbiss
19:00 Uhr Impuls – Vortrag Bischof i.R. Martin Schindehütte: „Für den Frieden streiten“, Diskussion bis ca. 21:00 Uhr
Samstag 20.10.2018
9:30 Uhr Tageslese
10:00 Uhr Workshop Weltcafé
12:00 Uhr Mittagessen in Imbissform
13:30 Uhr Impulsvortrag Eva Maria Schreiber, MdB.: Was haben die aktuellen Kriege mit dem ausufernden Kapitalismus zu tun? Diskussion – bis 15:30 Uhr
16:30 Uhr Wohin gehst Du, BRSD? Impulse für die Zukunft des Bundes
Samstagabend offener Abend – mit gemeinsamen Essen in einem Lokal
Sonntag 21.10.2018
Gottesdienst mit der Gemeinde
Mitgliederversammlung
gemeinsames Abschiedsessen in einem Lokal
Für die Übernachtung muss jede(r) selbst sorgen. Wir haben für Euch im Hotel Chassalla (http://www.hotel-chassalla.de/) ein Zimmerkontingent vergünstigt ausgehandelt: Doppelzimmer mit Dusche/Bad, WC, Telefon, Radio, Kabel-TV, auch mit Minibar inkl. Frühstück vom 19.10.18 bis 21.10.18 (Abreisetag), zum Preis von EUR 82.00 pro Tag (als Einzelzimmer 62,– EUR). Selbst reservieren unter Angabe des Datums und dem **Stichwort BRSD** also bis 31. August 2018. D.h. die Zimmer **müsst** Ihr **bis 31.8.** reservieren.

Predigt über Lk. 9, 10–17

Das Wunder vom gesegneten Teilen

Von Reinhard Gaede

Wer weiß noch, was Hunger ist? Dieses beißende Schmerzgefühl im Magen, die dauernde Schwäche, dieses Kreisen der Gedanken um die eine Frage: Wann und wie bekomm' ich etwas zu essen? – und bald! Der Hunger tritt meist wie eine Seuche auf. Wo er herrscht, müssen Unzählige unter ihm leiden, in Deutschland und Europa nach beiden Weltkriegen und heute in vielen Völkern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas. Der Hunger wächst in Krisenzeiten der Menschheit. Die Christenheit lässt sich angesichts dieser Not mit den Jüngern vergleichen. Sie haben zugesehen, wie die Menschen dem Meister zuströmten. Auf seinen Befehl waren sie hinausgezogen, um möglichst viele einzuladen. Sie wurden „Menschenfischer", bewegten die Leute zur Umkehr zu Gott, heilten Kranke und machten den Namen Jesu bekannt. Die christliche Mission in den letzten Jahrhunderten ist ihrem Beispiel gefolgt. Die Ernte war reich. Immer mehr Menschen und Völker wollten die Botschaft vom kommenden Gottesreich hören.

Doch dann kam der Augenblick, den die meisten Jünger nicht bedacht hatten: Die hörende Menge wurde zur hungernden Masse. Ihr Hunger nach dem Wort der Wahrheit war gestillt, aber ihr Hunger nach Brot wuchs. War es Nachlässigkeit der Jünger? Haben sich die Christ(inn)en des Abendlands zu wenig Gedanken gemacht, was aus den missionierten Völkern der südlichen Welthälfte wird?

Erst gegen Abend fällt den Jüngern ein, dass die Menschen ja auch andere Bedürfnisse haben, dass sie essen müssen und schlafen wollen. Und welche Lösung haben sie, die Jünger, die Christen? Die einfachste: „Lass die Leute nun fortgehen, dass sie in den Höfen und Dörfern ringsum Unterkunft und Verpflegung finden!" Das ist alles. Immerhin: Sorge war aufgekommen, wenn auch spät. Aber nun heißt es: Lass die Leute sich selbst versorgen! Unsere Aufgabe ist das nicht. Sie werden schon eine Lösung für sich finden, und wir sind das Problem los. Die Jünger, die Christen, wollen es sich leicht machen.

Doch Jesus macht es ihnen nicht leicht. Er fordert sie heraus: „Gebt ihr ihnen zu essen!" – Seltsam! So hatten sie ihren Auftrag bisher nicht verstanden. Sie sollten die Botschaft vom kommenden Gottesreich verkünden. Sie sollten Kranke heilen als Zeichen für die Gültigkeit dieser Einladung. Sie sollten Mission treiben. Aber für die Grundbedürfnisse der Menschheit sorgen, das war doch nicht ihre Aufgabe, das sollten die anderen selber tun!

Dieses Denken ist in der Christenheit tief verwurzelt, Religion, das sei ein Angebot für die Seele, sei Sorge um das ewige Leben, da gehe es um den Himmel, nicht um die Erde, um den Glauben, nicht um das Essen, um das Herz, nicht um den Magen.

Jesus hat das anders gesehen. Es geht um den ganzen Menschen, seine Seele

und seinen Leib, seinen Glauben und seinen Verstand, seine Zukunft und seine Gegenwart, sein ewiges und sein zeitliches Leben. Das eine hängt jeweils mit dem anderen unverbrüchlich zusammen, ja beides ist sogar aufeinander angewiesen. Wann also werden seine Jünger, wann werden wir das begreifen? Reden und Handeln, Glauben und Dienen gehören zusammen. Des Menschen Wohl und des Menschen Heil auseinander zu reißen ist unmenschlich. Und darum auch unchristlich.

Doch die Jünger begreifen es nicht. Alles, was sie sehen, ist ihre Armut, auf die Jesus sie gestoßen hat. „Wir haben hier nicht mehr als fünf Brote und zwei Fische. Wir müssten denn schon hingehen und für all das Volk hier Nahrung einkaufen."

Wir können sie so gut verstehen: Was ist eine Suppenküche für 100 Menschen, wenn Tausende Hunger leiden? Was ist eine Aufnahme von 100 Flüchtlingen, wenn Tausende vor Krieg und Gewalt und Hungersnot fliehen? Was wir haben, genügt nicht, denken die Jünger. Und mutlos sind die Christ(inn)en oft gewesen angesichts von soviel Elend in der Welt. Dabei sind fast ein Drittel der Weltbevölkerung (31 Prozent) Christ(inn)en. Was leisten aber Christ(inn)en im vergleichsweise reichen Deutschland mit ihren Hilfswerken Brot für die Welt, Misereor und Adveniat angesichts der vielen hungernden Millionen? Ist das nicht alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein?

Jesus ist entschlossen, ihrer Rat- und Mutlosigkeit zu widerstehen. Er geht einfach über ihre und unsere kleingläubigen Ratschläge hinweg. Jesus schickt die Menschen nicht weg. Er mutet ihnen nicht zu, noch am Abend, müde und hungrig, weite Wege zu gehen, sich um Quartiere zu streiten, um Brot zu raufen oder es zu erbetteln. Er befiehlt den Jüngern: „Lasst sie sich in Gruppen zu je fünfzig lagern!" Diese Anweisung hat etwas sehr Nüchternes, Rationelles, Organisatorisches. Es soll keine Unordnung entstehen. Jeder soll zu seinem Recht kommen. Chaotisches ist Jesus fremd. Er hat ein Ziel: die Hungrigen zu sättigen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Was sich nun vollzieht, ist trotzdem ein Wunder. Er nimmt die fünf Brote und die zwei Fische, schaut zum Himmel auf, spricht den Mahlsegen über ihnen, bricht sie und gibt sie den Jüngern. Jesus hebt die Hände zum Gebet, so wie es jüdische Tischsitte ist. Er spricht kein machtvolles Wort, keinen Zauber. Er tut, was jeder Hausvater tut. Und verweist mit seinem Dank auf den zurück, von dem alle Mittel zum Leben stammen: von Gott, der Himmel und Erde gemacht hat. Von dem Gott, der auf grünen Auen weiden lässt und der zu frischem Wasser führt, wie nach Psalm 23 gesagt und gesungen wird. Er gibt den Jüngern das Brot zum Verteilen an das Volk. „Und sie aßen und wurden alle satt." Nur ein kurzer Satz in dieser Geschichte über das unfassbare Wunder.

An das Abendmahl können wir jetzt denken. Oder an die Emmaus-Jünger, die den fremden Begleiter eben an dieser Gebärde als ihren lebendigen Herrn erkennen? (Lk. 24, 13-35) Oder an die traurigen Jünger am See, denen sich Jesus beim Austeilen von Broten und Fischen als der Auferstandene zu erkennen gibt? (Joh. 21) Oder an die Versorgung des Gottesvolkes in der Wüste mit Manna. (2. Mose 16) Hier nun, bei der Speisung, geschieht dasselbe und doch mehr: Jesus beteiligt

die Jünger am Werk des Speisens. Er wendet sich zuerst dem himmlischen Vater zu, erfleht seinen Segen über den Gaben und segnet sie damit zugleich. Und indem er sie teilt, teilt er sie den Jüngern mit. Teilen verringert nicht das Geteilte, Teilen vermehrt es. Teilen lässt den Segen nicht schrumpfen, Teilen erweitert ihn.

Genau das ist das Wunder! Teilen ist ein Akt der Liebe. Liebe verwirklicht sich im Teilen. Die Liebe, die von Gott kommt, vermehrt das Brot und die Fische. Sie ist das Geheimnis des Wachstums, das sättigt. Doch sie bedarf der Menschen, die die sich in ihren Dienst stellen und ihre Träger werden. Jesus beteiligt seine Jünger an dem Wachstum, das durch Gottes Liebe möglich wird.

Zwölf Körbe voll mit Brotstücken, übrig geblieben, sammeln die Jünger ein. Zwölf, eine symbolische Zahl in der Bibel. Wie die zwölf Jünger können die zwölf Körbe für die Stämme Israels stehen, die erst in der Zwölferzahl das vollständige Volk Gottes sind. In der Antike lebte das Volk verstreut über die Provinzen des Römischen Reiches und darüber hinaus. Wenn also nichts verloren gehen soll, dann gilt das für das Brot, aber eben auch dafür, dass niemand verloren gehen darf, der zum Gottesvolk gehört.

Natürlich widerspricht es den Naturgesetzen, dem Gesetz von der Erhaltung der Masse, wie es der russische Gelehrte Michail Lomonossow (1711-1765) formuliert hat, dass Materie weder plötzlich neu entstehen, noch verschwinden kann. Aber die Geschichte ist eben eine Predigt vom Eingreifen Gottes. Und das hat eine wunderbare Mathematik, wie sie Johann Gottfried Lessing, Vater des berühmten Dramatikers (1729-1789) über der parallelen Geschichte bei Johannes dargestellt hat: „Andreas hat gefehlet, Philippus falsch gezählet, sie rechnen wie ein Kind. Mein Jesus kann addieren und kann multiplizieren, auch da, wo lauter Nullen sind.“ Mit Jesu Kommen kommt das Reich Gottes, das Elend und Not besiegen will, indem Menschen nach dem Willen Jesu teilen, was sie haben.

Das ist zweitausend Jahre her, seit die Geschichte erzählt wurde, gleich von allen vier Evangelien überliefert. Wir fragen, was sie mit uns zu tun hat. Wir haben, was wir zum Leben brauchen. Und wir haben mehr. Viele haben viel mehr. Großes Glück ist das, ein gesichertes Leben zu haben. Wir dürfen es ohne schlechtes Gewissen genießen.

Diese Geschichte ist eine Hoffnungs-Geschichte. Es ist die Hoffnung darauf, dass es in der Welt, in der soviel Hunger ist, auch Momente der Fülle gibt. Dass die Menschen satt werden. Und dass es mehr gibt als die drückende Erfahrung des Mangels, mehr als die Not, immer zu wenig zu haben zum Leben. Und über das Teilen belehrt uns die Geschichte. Es ist so: Wir müssen umlernen. Denn jetzt leben wir oft auf Kosten anderer Menschen. Z. B. unser übermäßiger Fleisch-Konsum. Bedroht und oft vernichtet wird die Existenz von Bauern, deren Feld jetzt zum Sojaanbau gebraucht wird, damit unser Vieh für unser Fleisch genug Soja hat. Und z. B. die Textilfabriken in Bangladesch. Sie brennen und stürzen ein, weil Menschen das billige Hemd wollen. Die Sicherheit in den produzierenden Fabriken hatte niemand der Auftrag gebenden Firmen tatsächlich geprüft, Hauptsache billig! Mit dem Teilen sieht es oft schlecht aus. Ein Zeichen sind auch die zigtausende Selbstanzeigen von Bürger(inne)n wegen Steuerhinterziehung aus

Angst vor Strafe. Unser Lebensstil ist also oft ein Schaden für Andere. Und unser Gewissen sagt uns: Das geht auf die Dauer nicht gut. Wir dürfen solche Verhältnisse nicht weiter so bestehen lassen.

Leonhard Ragaz (1868–1945), Begründer der religiös-sozialistischen Bewegung, der als Theologieprofessor den Arbeitern die Bibel auslegte, nannte nach dem Zweiten Weltkrieg die Geschichte von der Speisung der Fünftausend „die tiefste Lösung der sozialen Frage". (Hg. Religiös-Soziale Vereinigung: Die Speisung der Fünftausend (1945), S. 3) Weil sie nämlich fordert: „Die Jünger Christi sind berufen, dem Volke in seinem Namen zu essen zu geben." Ebd. S. 4) Gegenüber dem Spiritualismus, der eine „einseitig, abstrakte Geistigkeit des Christentums" ist, vertritt das Evangelium „den Materialismus des Reiches Gottes" (ebd. S. 5). „Christus verbindet, was das Christentum trennt: Er bindet Gott und die Not, das Brot und das Volk zusammen durch das Reich Gottes und durch sein Erbarmen." (ebd., S. 6) Jesu Segen und Dank ist „das enthüllte Geheimnis: Es müsste über die Güter der Erde, ihre Auffassung und Behandlung wieder S e g e n kommen, statt Fluch … Die Güter der Erde, auch die materiellen (aber auch die geistigen …) sind nicht bloß für den Einzelnen da, nicht für eine atomisierte Gemeinschaft, sondern für die G e m e i n s c h a f t der Menschen." (ebd., S. 8). „Das Christentum, besser: die Sache Christi hat durch Vernachlässigung des Brotes zugunsten des Wortes ebenso seine Kraft verloren wie der Sozialismus die seinige durch die Vernachlässigung des Wortes zugunsten des Brotes. Es wird seine volle Kraft erst wieder gewinnen, wenn es die gottgewollte Verbindung von Wort und Brot wieder herstellt." (ebd., S. 12)

Also setzen wir uns, bildlich gesprochen, einmal einen Moment zu dem Volk, das da auf dem Boden sitzt. ‚Ochlos' heißt es in der griechischen Sprache des neuen Testaments, das ist die Unterschicht, die Leute sind es, die zu wenig haben wie heute die, die von Hartz IV leben. Und überlegen wir, welchen Mangel wir haben: Vielleicht nicht genug Liebe, nicht genug Barmherzigkeit, nicht genug Stille, nicht genug Heiterkeit bis zum Ende des Monats, geschweige bis zum Ende unseres Lebens. Wir könnten wohl gut abgeben, von unserm Brot, von unserm Fisch und ein paar mehr Steuern, wenn das Einkommen hoch genug ist, bestimmt auch. Teilen könnte für uns heißen: „Nimm dir ruhig, was du willst, aber gib auch, was du kannst, damit die Gemeinschaft, damit die Gesellschaft, damit die Anderen genau das auch können." Wir könnten wohl leicht abgeben, wenn wir wüssten, dass unser Leben eben gerade nicht ärmer wird dadurch und wir deswegen keine Angst zu haben brauchen, wenn unsere Seele ihre Heimat hat, wenn wir aufbrechen könnten, in die Freiheit, die wir brauchen. Erst die freie Seele, erst der freie Mensch kann wirklich geben, ohne zu fragen, was bekomme ich dafür, weil sie, weil er schon hat, was man wirklich braucht zum Leben. Und es gibt so lange keine Freiheit, wie es die Freiheit gibt, andere auszubeuten. Christus ist der, der, unsern Hunger stillt und unser Sehnen, sagt die Geschichte. Er ist der, der das Leben in Fülle gibt.

So ist die Geschichte auch eine Geschichte gegen den Zweifel. Die Jünger zweifeln. Sie sagen: Was wir haben, reicht nicht für alle. Die Geschichte sagt uns dagegen: Vergessen wir nicht: Christus kommt dazu. Er gibt Kraft, Mut und lan-

gen Atem. „Ich glaube, dass Gott uns in jeder Notlage soviel Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen. Aber er gibt sie nicht im Voraus, damit wir uns nicht auf uns selbst, sondern allein auf ihn verlassen. In solchem Glauben müsste alle Angst vor der Zukunft überwunden sein.“ So hat es Dietrich Bonhoeffer in seinem Gottvertrauen formuliert (EG 813). Wir müssen und wir können nicht die Welt und erst recht nicht uns selbst alleine retten, aber wir können und wir müssen damit anfangen. Mit dem wachen Blick dafür, was uns an Gaben dafür schon gegeben ist. Und mit der Zuversicht darauf, dass uns Gaben Gottes zur Stärkung gegeben werden. „Demonstrationen für das Reich Gottes machen“, so hat Karl Barth das genannt. Wir haben soviel Kraft, wenn Gottes Geist, unter uns ist.

Schauen wir auf die Botschaft dieses Wunders: Gott sättigt viele Menschen, sobald sich wenige von Jesus in seinen Dienst nehmen lassen. Hier ist Jesus die Liebe Gottes in Person, will keinen zugrunde gehen lassen. Und die Jünger lassen sich, obgleich sie ja, damals wie heute, ganz anders gesonnen sind, von Jesus zu Helfern und Trägern dieser Liebe Gottes machen. Und die Körbe, die sie – jeder genau einen – am Ende einsammeln, sagen ihnen: Wo die Liebe teilt, gibt es kein Ende, da ist zum Schluss immer noch etwas übrig, um neu anzufangen. Wir werden nicht satt durch Brot und Fische, sondern im Grunde durch teilende, mitteilende Liebe. Von Jesus haben wir es gelernt, von Jesus geben wir es weiter, zu Jesus bringen wir es zurück.

Das Elend, der Hunger kann also besiegt werden wie die Pest, die Cholera, die Schlafkrankheit oder die Kinderlähmung. Aber nötig ist die Liebe, die alle vorhandenen Güter teilt: die Nahrungsmittel, die Energiequellen, unsere Bildung, unser Einkommen, die Technik, das Organisieren. Das Abendmahl Jesu ist das Urbild dieses Teilens. Wer an seinem Tisch sitzt, wird satt, weil Christus mit ihm sein Leben teilt und weil er nun mit jedem anderen teilen darf. Lasst uns durch ihn frei werden zum Teilen, damit auch wir zu denen gehören, die mit ihm im Reiche Gottes sitzen!

Reformation „allein aus Glauben“: Die Täufer*

Von Jürgen Moltmann

Luther nannte sie „Schwärmer“, Historiker sprechen vom „linken Flügel der Reformation“: die Täufer. Ich denke, sie waren die einzige Reformationsbewegung „allein aus dem Glauben“. Sie nannten sich selbst „Kinder Gottes“. Ich spreche hier von den friedlichen Täufern, nicht vom Kampf um Münster 1534.

Wie kam es zu Reformationen? Nach reformatorischen Predigten und der Zustimmung des Volkes führten die Magi-

strate der Städte oder die Fürsten im Lande die Reformation der Kirchen und Schulen durch und beanspruchten damit die Kirchenhoheit. Diese Reformationen ereigneten sich in den Gesetzen und Traditionen des „Heiligen römischen Reiches deutscher Nation“. Das Christentum ist die Reichsreligion, und das Sacrum Imperium ist das „tausendjährige Reich“ Christi.

Die Reformatoren blieben in dieser Tradition des Corpus Christianum. Nur die Täufer lehnten die Grundlagen der christlichen Staatsreligion ab: die Kindertaufe und den Wehrdienst. Sie lehnten den Schwertdienst ab, denn „Jesus verbietet die Gewalt des Schwertes“. Sie lehnten den Eid ab, „denn Jesus verbietet den Seinen alles Schwören“. Sie lehnten für sich die Teilnahme an weltlicher Obrigkeit ab, „denn es kann einem Christen nicht ziemen, Obrigkeit zu sein“. Diese Berufungen auf Jesus und seine Bergpredigt stehen im Schleitheimer Bekenntnis von 1527, das Michael Sattler als „brüderliche Vereinigung etlicher Kinder Gottes sieben Artikel betreffend“ verfasst hatte. Damit lehnten die Täufer für sich selbst die christliche Staatsreligion und das „Heilige Reich“ ab. Sie wurden von katholischen und protestantischen Obrigkeiten gemäß Reichsrecht verfolgt und galten als Ketzer des Glaubens und Feinde des Reiches.

Als Michael Sattler im Verhör in Rottenburg auch noch sagte: „Wenn der Türke kommt, soll man ihm keinen Widerstand leisten, denn es steht geschrieben: Du sollst nicht töten“, wurde die Gefahr öffentlich, die von den friedlichen Täufern ausging, denn sie hatten großen Zulauf im Volk. Darum war Michael Sattlers Hinrichtung in Rottenburg öffentlich und besonders grausam: Sie schnitten ihm die Zunge heraus, schmiedeten ihn auf einen Wagen, rissen ihm mit glühenden Zangen Fleisch aus dem Körper und verbrannten ihn auf dem Galgenbuckel außerhalb der Stadt am 20. Mai 1527. Seine Frau Margaretha widerstand allen „Rettungsversuchen“ und wurde wenige Tage danach im Neckar ertränkt.

Michael Sattler war Prior des bekannten Klosters St. Peter im Schwarzwald. Er war ein theologisch und humanistisch hochgebildeter Mann. 1525 war er bei den aufständischen Bauern in Memmingen gewesen, dann schloss er sich in Zürich den Täufern an und missionierte in Oberschwaben. Er gewann viele Anhänger in Horb und Umgebung und taufte sie im Neckar. Seine Sendung lautete: „Die Christen sind ganz gelassen und vertrauen auf ihren Vater im Himmel ohn’ alle äußerliche weltlich Rüstung“. Wie Michael Sattler waren die Täufer die Märtyrer der Reformationszeit. Eine ihrer Hymnen beginnt: „Wie lieblich ist Heilgen Tod. …“ Menno Simons und die „Mennoniten“ trugen und tragen diese Reformationsbewegung bis heute weiter.

Der Lutherische Weltbund hat vor einigen Jahren die Mennoniten um Vergebung für die Verdammungen und Verfolgungen der Reformationszeit gebeten. Die Geste muss Konsequenzen haben: Wir müssen die Confessio Augustana Art. 16 von 1530 revidieren oder einen Vermerk beschließen, dass wir die Verdammungen nicht mehr aufrechterhalten. Sonst kann kein lutherischer Kandidat auf das augsburgische Bekenntnis ordiniert werden. Schließlich nennen wir sie nicht mehr „Schwärmer“, sondern „historische Friedenskirchen“!

Bei Jesaja 2,4 steht: „Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“ Die Lutheraner machen aus den Schwertern „christliche Schwerter“, um „rechtmäßige Kriege zu führen“ (CA16).

Die Täufer zogen sich auf die Bruderhöfe zurück und wollten nur noch mit „Pflugscharen“ zu tun haben. Und wer macht aus Schwertern Pflugscharen? Kriegsindustrie in Friedensindustrie umgestalten und aus Stahlhelmen Kochtöpfe machen, wie wir es 1946 taten. Das Reich Christi ist nicht nur ein friedliches Reich (peacable kingdom), sondern zuerst ein friedenschaffendes Reich (peacemaking kingdom). Jesus preist nicht die „Friedlichen“ selig, sondern die „Friedensstifter“ (eirenopoioi).

**AGDF-Pressemitteilung: Impuls zum Reformationsjubiläum von Professor Dr. Jürgen Moltmann*

Jürgen Moltmann

Jürgen Moltmann
8. April 1926 in Hamburg geboren. Studium der Evangelischen Theologie als Kriegsgefangener 1947 in England. 1948 an der Universität Göttingen. 1952 1. theologisches Examen und der Promotion zum Dr. theol. Pfarrer und Studentenpfarrer 1952–1958 in Bremen. 1957 Habilitation in Göttingen. 1958 Professor an der Kirchlichen Hochschule in Wuppertal. 1963 Lehrstuhl für Systematische Theologie und Sozialethik an der Universität Bonn. 1967 ist er Professor für Systematische Theologie an der Universität Tübingen. 1994 emeritiert. Seit 1971 zahlreiche Preise und Ehrungen, vielfach auch die Ehrendoktor-Würde von Universitäten verschiedener Länder. Professor Moltmann war mit Dr. theol. Elisabeth Moltmann-Wendel, † 2016, verheiratet. Er hat vier Kinder.

Seine Bücher sind in die führenden Weltsprachen übersetzt: : „Theologie der Hoffnung, 1964; Der gekreuzigte Gott, 1972; Kirche in der Kraft des Geistes, 1975; Trinität und Reich Gottes, 1980; Gott in der Schöpfung, 1985; Der Weg Jesu Christi, 1989; Der Geist des Lebens, 1991; Das Kommen Gottes, 1995; Erfahrungen theologischen Denkens, 1999; Gott im Projekt der Modernen Welt, 1997.

Karl Marx und sein Mehrwert

Von Manfred Böhm

In diesem Jahr geht natürlich kein Weg an Karl Marx vorbei. Allerdings wäre sein rundes Geburtstagsjubiläum allein kein hinreichender Grund, sich seiner zu erinnern. So wurde im Jahr 1818 beispielsweise auch Walther von Goethe geboren, der älteste Enkel des Weimarer Dichterfürsten, aber die Öffentlichkeit erinnert sich

seiner dennoch nicht. Bei Marx muss also noch etwas anderes dazukommen, ein aktueller Mehrwert könnte man sagen, der ihn quer durch fast alle Medien als erinnerungs- und aktualisierungswürdig erscheinen lässt. Und natürlich: es sind vor allem sein Werk und dessen Wirkung, die gerade heute wieder auf besonders fruchtbaren, oder besser: besonders ausgedörrten Boden fallen.

Bekanntlich leben wir in Zeiten des neoliberalen Kapitalismus und der gerne behaupteten Alternativlosigkeit dieses Systems der sich beschleunigenden Verwertung von Mensch und Umwelt. Wen wundert es also, dass auf diesem utopisch bzw. visionär ausgelaugten Boden das Bedürfnis da ist nach Denk- und Gestaltungs-Alternativen; dass das Interesse an einer gerechteren und selbstbestimmten Arbeits- und Lebenswelt von nicht wenigen als eine Art Gegengift fürs Überleben benötigt wird. Trotz des großen zeitlichen Abstands gibt Karl Marx uns Heutigen nämlich die Hoffnung, dass dieses kapitalistische System eben nicht das oft zitierte Ende der Geschichte ist, in das wir uns fraglos zu fügen hätten, sondern dass dieses System sich hypertroph zu Tode wuchern wird und dass das Eigentliche danach erst noch aussteht. Was genau da aussteht und wie das genau aussieht, lässt er ziemlich unbestimmt. Er ist zuallererst am „Dass" einer besseren Welt interessiert, nicht so sehr am „Was".

Selbstbestimmung als Ziel

Dieses Ausgestrecktsein der Geschichte auf eine bessere Zukunft hin weist von seiner formalen Grundstruktur her eine starke Anlehnung an die biblische Reich Gottes Botschaft auf. Natürlich soll Karl Marx gegen seinen ausdrücklichen Willen nicht nachträglich religiös vereinnahmt werden. Seine Eschatologie ist eine säkulare, eine die bewusst ohne Gott auskommt. Der Schweizer religiöse Sozialist Leonhard Ragaz bezeichnet das Marxsche Denksystem dementsprechend als einen „Messianismus ohne Messias"[1], ein Reich Gottes ohne Gott könnte man auch formulieren. Und Karl Marx ist für Ragaz somit ein säkularisierter Vertreter des biblischen Prophetentums. Karl Marx, der Spross einer Rabbinerfamilie, kennt natürlich die befreienden biblischen Traditionen, d.h. die eigentumskritische Sozialgesetzgebung der Tora und die darauf fußende prophetische Botschaft von Recht und Gerechtigkeit für die Armen und Schwachen. Aber gerade weil das Christentum des 19. Jahrhunderts, das sich auf diesen Gott der Bibel berief, sich mit den Mächten und Mächtigen dieser Welt arrangiert hatte, konnte Marx seine befreiende Botschaft auf keinen Fall mit diesem Gott in Verbindung bringen. „Der theoretische Atheismus des Marxismus ist die Reaktion auf den theoretischen, konsequenzlosen Theismus der bürgerlich-christlichen Gesellschaft."[2] Die Ablehnung Gottes verleitet Marx aber nicht dazu, den Gedanken eines Reiches der Freiheit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit gleich mit fallen zu lassen. Und so bleibt der schon in seinen Frühschriften formulierte sozialethische kategorische Imperativ in voller Gültigkeit: „…alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist."[3] Dieses angestrebte Ziel passt nahtlos mit der befreienden Botschaft des biblischen Gottes zusammen. Es wäre schon sehr fatal, Karl Marx einen rigiden Kollektivismus vorzuwerfen, in dem der einzelne mit seinen Bedürfnissen einfach untergeht, oder ihn gar

für die Auswüchse des real existiert habenden Sozialismus verantwortlich zu machen (In der gleichen Logik müssten wir dann Jesus für die gegenwärtigen Missbrauchsfälle in den Kirchen zur Rechenschaft ziehen). Marx´ Vision ist demgegenüber eine insofern höhere Gesellschaftsform, als „deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist"[4] Eine Aussage, die man bei ihm nicht unbedingt sofort vermuten würde.

Marx´ Erwartung einer klassenlosen Gesellschaft, hält uns die Zukunft offen und nährt dadurch bis heute die Erwartung auf Veränderung dieser kapitalistischen Verhältnisse. Er schützt uns davor, den falschen Propheten der Alternativlosigkeit des Status Quo auf den Leim zu gehen. „Alternativlos", das Unwort des Jahres 2010 ist ein im Grunde gottloses Wort, weil es die bestehenden Verhältnisse zementieren will und den Menschen die Hoffnung auf Veränderung aus dem Kopf und aus der Hand schlägt. Es ist ein Ausdruck der Siegersprache.

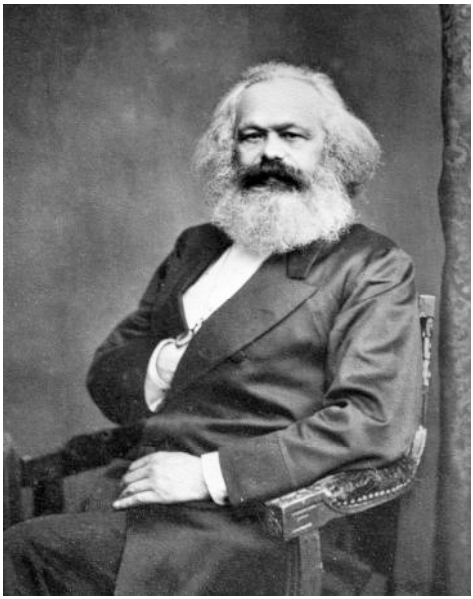
Damit ist aber auch klar: Nicht die (unter kapitalistischen Bedingungen) lohnabhängig geleistete Arbeit ist des menschlichen Daseins letzter und eigentlicher Zweck, sondern jenseits davon ein nichtentfremdetes Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung, ein Leben in bewusster Subjekthaftigkeit durch Überwindung aller objektivierenden Verhältnisse. Die Anstrengungen etwa der Gewerkschaften, aber auch kirchlicher Sozialverbände um „Gute Arbeit", also um menschenwürdige und menschendienliche Arbeitsverhältnisse und -bedingungen sind wichtig und unerlässlich. Aber sie sind nur ein Mittel, nicht schon das Ziel aller Anstrengungen. Sie bewegen sich im Vorletzten, nicht im Eigentlichen.

Keine Angst vor Atheismus

Der Atheismus des Karl Marx ist gerade für viele Christen das emotional vielleicht größte Hindernis, sich auf sein Werk überhaupt ernsthaft einzulassen. Aber gerade an diesem Punkt sind unreflektierte Voreinstellungen sehr häufig anzutreffen. Was ist denn Atheismus? Ein theoretisches Bekenntnis oder eine praktische Anwendung? Auch hier kann Leonhard Ragaz Licht in die Sache bringen. So schreibt er schon 1934: „Ist nicht unsere ganze Gesellschaftsordnung … mit ihrer Ausgerichtetheit am Geld und an der Maschine, mit ihrer Verwandlung des Menschen in eine Ware, eine einzige große Gottlosigkeit? Ist nicht unsere militärische Rüstung…ein einziger großer Frevel gegen Gott, eine einzige große praktische Leugnung Gottes? Ist nicht auch der ganze geistige Zustand unserer Zeit: die Unrast, die Brutalität, … die seelische und geistige Verwirrung und Verblödung und vieles, vieles andere eine einzige Erscheinungsreihe der Gottlosigkeit?"[5] An diesen (gerne auch immer wieder religiös verbrämten) praktischen Atheismus der kapitalistischen Welt haben wir uns fast schon gewöhnt. Er kommt uns als Skandal gar nicht mehr ins Bewusstsein. Aber eindringlich schärft uns Ragaz ein: „Bildet euch nicht ein, wo man Religion, vielleicht sogar viel Religion habe, da sei auch schon Gott da, aber wo man keine Religion habe, da sei er nicht da… Gott in seiner Wirklichkeit ist nur da, wo Gerechtigkeit ist, Menschlichkeit, Freiheit, Liebe, und er ist überall da, wo diese sind."[6] Karl Marx war entgegen einem hartnäckig sich haltenden Vorurteil kein Religionsbekämpfer, er war kein militanter Antitheist. Religion war für ihn lediglich der Reflex der bestehenden Entfremdungsverhältnisse. Dementsprechend galt es, die

Verhältnisse so zu verändern, dass sich damit Religion von selbst in Luft auflöste. Dass er die in der Bibel wurzelnde prophetisch-politische Kraft des Christentums und damit ihre selbstkritische und selbstreinigende Potenz gar nicht in den Blick bekam, steht auf einem anderen Blatt.

Uns heutige sollte also nicht so sehr erschrecken, dass Karl Marx, auf Ludwig Feuerbach fußend, den theoretischen Atheismus der Aufklärung übernommen hat, sondern eher die Tatsache, dass heutzutage im sog. christlichen Abendland der neoliberale Kapitalismus wie eine Erlösungslehre daherkommt und dabei weltweit Menschenopfer und Umweltvernichtung nicht nur in Kauf nimmt, sondern zur Profitmehrung bewusst einkalkuliert. Das ist die eigentliche Gottlosigkeit, bzw. damit offenbart sich der neoliberale Kapitalismus als ein Götze düstester Färbung.



Die Kritik des Götzen

Das innerste Wesen des neoliberalen Kapitalismus, das, worum sich alles dreht, ist das Geld und seine Vermehrung. Geld ist dabei natürlich weit mehr als ein bloßes Zahlungs-, Tausch- oder Wertaufbewahrungsmittel. Es beinhaltet neben seinem ökonomischen Wert einen mythischen Mehrwert. Ihm wird letztlich göttliche Qualität zuerkannt, wie Karl Marx schon früh herausgestellt hat: „Das Geld, indem es die Eigenschaft besitzt, alles zu kaufen, indem es die Eigenschaft besitzt, alle Gegenstände sich anzueignen, ist also der Gegenstand in eminentem Besitz. Die Universalität seiner Eigenschaft ist die Allmacht seines Wesens, es gilt daher als allmächtiges Wesen …“[7]. Die im Geldvermögen angelegte Verheißung der privaten Verfügung über die Totalität menschlicher Möglichkeiten holt die Allmacht Gottes auf die Erde und gibt sie dem Individuum an die Hand, natürlich nur dem vermögenden.

Die Kritik der Bibel am Geld ist fundamental. Das Geld wird kritisiert als gefährliche Alternative zu Gott, als eine Macht, die an seine Stelle tritt. „Niemand kann zwei Herren dienen … Ihr könnt nicht beiden dienen, Gott und dem Mammon“ (Mt. 6,24). Der biblische Gegensatz zum Glauben an Gott ist nicht etwa der Unglaube, der Atheismus, sondern der Götzenglaube. Und wo Geld zum Götzen wird, wird Götzenkritik zur Pflicht. Und hier kann uns Karl Marx entscheidend weiterhelfen. Mit dem Begriff des Fetischs gibt er uns das Werkzeug zu dieser Götzenkritik an die Hand. Fetischismus meint, dass ein ursprünglich von Menschen gemachter Gegenstand sich so verselbständigt, dass er dem Menschen als etwas Fremdes von außen gegenübertritt, Macht über ihn ge-

winnt und ihn zur Verehrung treibt. Im „Kapital“ spricht Marx von der „Magie des Geldes“[8] und wie der Geldfetisch uns und die Welt beherrscht. Da bei Marx Geld das Äquivalent aller Waren, also die allgemeine Ware schlechthin ist, könnte man das Wortspiel wagen, dass Karl Marx Kampf vor allem dem „Merxismus“ gilt (von lat. merx = Ware). Mit Geld lässt sich eben sprichwörtlich alles kaufen und verwirklichen, seine Macht ist qualitativ schrankenlos. Das ist die eine Seite. Weil aber jede zur Verfügung stehende Geldsumme immer quantitativ beschränkt ist, und sei die Summe noch so hoch, kann sich der von seinem Götzen faszinierte Schatzbildner mit dem Erreichten nicht zufrieden geben. Er ist „zur Sisyphusarbeit der Akkumulation“[9] verdammt. Die Maßlosigkeit der Akkumulation nimmt aber erst so richtig dadurch Fahrt auf, dass aus Geld Kapital wird. Da geht es dann nicht mehr um die Befriedigung irgendwelcher menschlichen Bedarfe und Bedürfnisse, sondern zuallererst darum, in endloser Zirkulation aus Geld noch mehr Geld zu schöpfen. „G – G´, geldheckendes Geld – money which begets money – lautet die Beschreibung des Kapitals…“[10] Das kontinuierliche Profitmachen also ist der konkrete Kult, mit dem dieser Götze bei Laune gehalten wird. Und dieser Profit, dieser Mehrwert wird erzeugt durch die Verwertung der menschlichen Arbeitskraft mit allen bis heute bekannten Nebenwirkungen: Ausbeutung, Prekarität, Arbeitsdruck etc. „Die Rate des Mehrwerts ist daher der exakte Ausdruck für den Exploitationsgrad der Arbeitskraft durch das Kapital oder des Arbeiters durch den Kapitalisten.“[11] Dem Götzen Geld als höchstem und allmächtigem Wesen wird also selbstverständlich der Mensch untergeordnet, ja sogar geopfert. Um zu akkumulieren, geht der Götze sprichwörtlich auch über Leichen. Und das ist das entscheidende religionskritische Kriterium: „Götter sind falsche Götter immer dann, wenn sie Menschenopfer verlangen. Diese falschen Götter nennt Marx Fetische.“[12] Das bedeutet, überall dort wo der Mensch in seinem Menschsein beschädigt wird, wo er in irgendeiner Weise erniedrigt oder geknechtet wird, wo er verlassen ist oder verächtlich gemacht wird, dort handelt es sich um Götzenpraxis.

Gemein- und Privateigentum

Mit der Frage des Privateigentums befinden wir uns in den inneren, dem gemeinen Volk nicht zugänglichen Bezirken des Götzentempels. Denn das gemeine Volk hat sowieso kein Eigentum. Das Privateigentum, womit Karl Marx stets das Privateigentum an Produktionsmittel meint, ist die Quelle der Akkumulation. Es bildet die bürgerlich-rechtliche Grundlage, auf der das Kapital zirkuliert und sich durch die Aneignung der Arbeitsprodukte anderer stets selbst vermehrt. Privater Geldreichtum ist demnach die logische Folge des Privateigentums an Produktionsmitteln. Die bürgerliche Eigentumsordnung funktioniert also nach dem sog. Matthäusprinzip: Wer hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird auch das wenige noch genommen werden! Demgegenüber setzt Marx auf eine andere Ordnung. Im Kommunistischen Manifest von 1848 formuliert er sehr treffsicher: „Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben, es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also

vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt."[13] Die bürgerliche Eigentumsordnung ist im neuzeitlichen Denken so selbstverständlich, übermächtig und damit unangreifbar verankert, dass die Marxsche Position in dieser Frage nur als eine unanständige Zumutung empfunden wird. Auch die Kirchen haben sich (zu) lange dafür ins Zeug gelegt. Marx stellt fest: „Heutzutage ist der Atheismus selbst eine culpa levis (leichte Schuld, Fahrlässigkeit – MB), verglichen mit der Kritik überlieferter Eigentumsverhältnisse."[14] Ca. 60 Jahre später muss dies auch Leonhard Ragaz bestätigen. Das offizielle Christentum teilt „einfach die Auffassung des bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters und wehrt sich für die Heiligkeit des Privateigentums in einem Sinne, der dem römischen Recht sehr viel näher steht als dem Geiste der Bibel. Dabei bekümmert es sich sehr viel mehr um das `heilige´ Eigentum derer, die schon besitzen, als derer, die nicht besitzen."[15] Die vorrangige Wertigkeit des gemeinsamen Eigentums aller Menschen ist nicht erst, aber besonders unter der neoliberalen Denkweise bis zur Nichtwahrnehmbarkeit und völligen Wirkungslosigkeit verschüttet. In unserer Sprache ist die Rangfolge der ursprünglichen Eigentumsordnung noch zu spüren. Das lateinische „privare" heißt rauben, berauben. Gemeint ist damit das für die individuelle Verfügung reservierte Ansichbringen von Gütern aus der ursprünglichen gemeinsamen Nutzung. Am Anfang stand also das Gemeineigentum. Privateigentum ist demgegenüber ein sekundäres Phänomen. Diese Position, nämlich dass die Erde in keines Menschen privater Verfügungsgewalt steht und dass ihre Güter vielmehr allen Menschen zu Gute kommen sollen, findet sich zentral im Alten Testament. Durch die Öffnung der katholischen Kirche im II. Vaticanum, aufgrund der Wirksamkeit der Theologie der Befreiung und nicht zuletzt wegen der verschiedenen Ansätze der Bibelkritik (z.B. historisch-kritisch, sozialgeschichtlich, materialistisch …) ist heutzutage die biblische Eigentumsordnung stärker in den Vordergrund der Wahrnehmung gerückt. Sie ist eine ernsthafte Infragestellung der neoliberalen Alternativlosigkeit.

In der Bibel ist Gott der eigentliche Eigentümer der Güter dieser Erde. Er überlässt sie den Menschen zum allgemeinen Gebrauch. Der unscheinbar wirkende Bibelvers Lev 25, 23 („Das Land darf nicht endgültig verkauft werden; denn das Land gehört mir, und ihr seid nur Fremde und Halbbürger bei mir.") hat es in sich. Weil Jahwe eben alleiniger Eigentümer von Grund und Boden (also der Produktionsmittel) ist, und er diese den Israeliten lediglich zur Nutzung übereignet, sind sie kein frei verfügbares Privateigentum der einzelnen Nutzer, kein hortbarer Vermögensgegenstand. Diesem Grundsatz sind alle übrigen Bestimmungen zum Eigentum untergeordnet, gerade auch die zum Privateigentum. Prägnant zusammengefasst findet sich das in der Katholischen Soziallehre: „Das Privateigentum ist also für niemand ein unbedingtes und unumschränktes Recht. Niemand ist befugt, seinen Überfluss ausschließlich sich selbst vorzubehalten, wo andern das Notwendigste fehlt."

Dieses biblische Eigentumsverständnis findet sich auch bei Karl Marx. „Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball

ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias (gute Familienväter – MB) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen."[16]

In der biblischen wie in der Marxschen Logik sind somit systemische Eingriffe in die Eigentumsordnung und damit ins Wirtschaftssystem zum Schutz der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht nur nicht so gänzlich undenkbar wie in unseren marktradikalen Zeiten, sie sind sogar geboten, um dem Götzen Geld seine wirtschaftliche Basis zu entziehen.

Spekulationskapital

Mit zunehmender Anhäufung des Kapitals löst sich dieses vom unmittelbar wertschöpfenden Produktionsprozess immer mehr ab und wird zu einer eigenständigen Größe jenseits oder über der realen Wirtschaft. Dementsprechend unterscheidet Marx zwischen dem „industrielle(n) Kapitalisten" und dem „Geldkapitalisten"[17]. Der Geldkapitalist trägt nicht mehr das eigentliche unternehmerische Risiko. Er verleiht sein Geld, sucht nach immer neuen, immer lukrativeren Anlagemöglichkeiten und will natürlich eine entsprechende Rendite. „Das Kapital erscheint als mysteriöse und selbstschöpferische Quelle des Zinses, seiner eigenen Vermehrung … Geld heckendes Geld … Hier ist die Fetischgestalt des Kapitals und die Vorstellung von Kapitalfetisch fertig."[18] Geld um seiner selbst willen, als purer Fetisch. Der Götze in Reinform, der um sich selbst kreist. Für seine Akkumulation verwertet er nicht nur die Vergangenheit, d.h. er saugt Renditen nicht nur aus erledigten Geschäften, sondern vor allem spekuliert er auf künftige Renditeversprechen. Diese Verwertung der Zukunft durch den gegenwärtigen Kapitalismus bedeutet nichts anderes, als dass den folgenden Generationen ihre Ressourcen jetzt schon weggenommen werden. Und in regelmäßigen Abständen, wenn sich die Spekulationen als überzogen erweisen, platzen solche Blasen und schlagen auf die Realwirtschaft durch. Die Finanzmarktkrise von 2007/08 war diesbezüglich eine typische kapitalistische Krise. Mancher Zeitgenosse hatte den damaligen Ruf der Spekulanten nach dem Eingreifen des Staates schon als eine Art Einsicht in das Ende des neoliberalen Kapitalismus begrüßt. Dem war natürlich nicht so. Es ging nur darum, das vom Einsturz gefährdete private Spekulationsgebäude mit öffentlichen Steuermitteln zu retten. Die Politik hat sich instrumentalisieren lassen und die „notleidenden Banken" zu deren Eigentümer Wohl über Wasser gehalten – nur damit sie danach sofort gegen ihre Retter spekulieren konnten. Das ist real existierender Zynismus, der aber selbstverständlich der kapitalistischen Systemlogik entspricht. Da hat sich, so Marx, eine „neue Finanzaristokratie" gebildet, „eine neue Sorte Parasiten in Gestalt von Projektmachern, Gründern und bloß nominellen Direktoren; ein ganzes System des Schwindels und Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktienausgaben und Aktienhandel."[19] Die totale Verwertung von Mensch und Natur trägt totalitäre und damit Mensch und Natur versklavende Züge.

Niemand wird wohl eine Prognose wagen können, wie lange dieser marktradikale Kapitalismus noch bestehen wird, wie lange er die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisenerscheinungen kaschieren oder überspielen kann. Aber der gesunde Menschenverstand spricht dafür, dass Karl Marx Recht hat, nämlich dass sich das kapitalistische System mit seiner eigenen Voraussetzung des ständigen Wachstumszwangs zugrunde richten wird. Dieser Gedanke sollte uns jedenfalls nicht so viel Angst machen wie man uns gemeinhin einzureden versucht. Die Alternative, die uns so oft als alternativlos hingestellt wird, dass nämlich dieses „strukturell perverse System von kommerziellen Beziehungen und Eigentumsverhältnissen"20.

1 Leonhard Ragaz, Die Kirchen und der Klassenkampf, in: Stockholm : internationale sozial-kirchliche Zeitschrift 1/1928, 49 – 59, 54
2 Manfred Böhm, Gottes Reich und Gesellschaftsveränderung. Traditionen einer befreienden Theologie im Spätwerk von Leonhard Ragaz, Münster 1988, 184
3 Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW 1, Berlin 1956, 378-391, 385
4 Karl Marx, Das Kapital, 1. Band, MEW 23, Berlin 1962, 618
5 Leonhard Ragaz, Gegen die Gottlosigkeit, in: Neue Wege 28 (1934), 201-207, 203
6 Ebd. 204
7 Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW Ergänzungsband 1. Teil, Berlin 1968, 467-567, 563
8 Karl Marx, Das Kapital, 1. Band, MEW 23, Berlin 1962, 107
9 Ebd. 147
10 Ebd. 170
11 Ebd. 232
12 Franz Hinkelammert, Marktreligion und Religionskritik, in: Michael Ramminger, Franz Segbers (Hg.), „Alle Verhältnisse umzuwerfen … und die Mächtigen vom Thron zu stürzen." Das gemeinsame Erbe von Christen und Marx, Hamburg 2018,170-181, 172
13 Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in MEW 4, Berlin 1959, 459-493, 477
14 Karl Marx, Das Kapital, 1. Band, Vorwort zur ersten Auflage, in: MEW 23, Berlin 1962, 16
15 Leonhard Ragaz, Von Christus zu Marx – von Marx zu Christus, Wernigerode am Harz 1929, 171f
16 Papst Paul VI., Populorum Progressio, 1967, 23
17 Karl Marx, Das Kapital, 3. Band, MEW 25, Berlin 1964, 784
18 Ebd. 383
19 Ebd. 405
20 Ebd. 454

Manfred Böhm

Manfred Böhm aus Ebermannstadt in der Fränkischen Schweiz Geboren am 5.4.1958. Studium der Kath. Theologie in Bamberg und Tübingen. Promotion zum Spätwerk von Leonhard Ragaz an der Universität Bamberg. Seit 1998 Leiter der Kath. Betriebsseelsorge im Erzbistum Bamberg.

Warum ich als Christ Sozialist bin

Referat vor der 9. Württembergischen Landessynode während ihrer Klausurtagung am 29. Februar 1980 in Bad Mergentheim

Von Helmut Gollwitzer (1908–1993)

Die 9. Württembergische Landessynode befasste sich vom 28. Februar bis 1. März 1980 auf einer Klausurtagung in Bad Mergentheim mit dem Verhältnis zwischen Kirche und Sozialismus. Den Anstoß dazu hatten die Auseinandersetzungen gegeben, die noch in der 8. Landessynode über die Tübinger Studentengemeinde und deren damaligen Arbeitskreis „Christen für den Sozialismus" geführt worden waren.

Die Ausgangspositionen im Gespräch der 91 Synodalen und der Mitglieder des Oberkirchenrats lagen zum Teil weit auseinander. Für manche bedeutet der Sozialismus vor allem die atheistische Ideologie des Marxismus-Leninismus, die an die Stelle Gottes den Menschen setzt, ohne dessen Endlichkeit und Schuldverstrickung wahrzunehmen; eine Ideologie, die – an die Macht gelangt – Freiheit erstickt und auf Kosten der Entwicklungsländer und der Umwelt dieselben Produktions- und Konsumziele zu realisieren versucht, wie die kapitalistischen Länder auch.

Für andere sind sozialistische Bewegungen nicht notwendig an die marxistische Ideologie gebunden und deshalb auch für Christen ernstzunehmende Alternativen angesichts der immer bedrohlicher werdenden Widersprüche unserer kapitalistischen Industriegesellschaft; der Widersprüche zwischen wachsendem Wohlstand und psychischer Verelendung, zwischen Akkumulation von Reichtum und Macht und gleichzeitiger Ausweitung von Armut und Abhängigkeit, zwischen maßloser Verschwendung und der Endlichkeit der Ressourcen, zwischen Sicherheitsstreben und Rüstungswahnsinn.

Die dreitägigen Gespräche zwischen Vertretern dieser beiden Positionen und vieler Auffassungen dazwischen wurden unter der ständigen Mitarbeit von vier Referenten, alle evangelische Theologen, geführt, deren Beiträge der weiteren Information und Klärung dienten: Prof. Jan Milic Lochman, früher Prag, jetzt Basel, Prof. Helmut Gollwitzer, Berlin, und Prof. Klaus Bockmühl, Vancouver. Prof. Eberhard Jüngel, Tübingen, schloss die Erörterungen dieser Klausurtagung mit einer „Theologischen Zusammenfassung". Wir veröffentlichen nachstehend das Referat von Helmut Gollwitzer. (Vorbemerkung Redaktion Junge Kirche)

I. Rufe menschlicher Not dringen aus aller Welt auf uns ein. Entgegen allen Vorhersagen des optimistischen Flügels der Futurologie vermehren sie sich täglich. Die Welthungerkatastrophe, vor fünfzehn Jahren angekündigt, ist Gegenwart geworden. Flüchtlingsströme als Folge von diktatorischen Regimen und von Explosionen ethnischer Antipathien zeigen, wie immer neu Regionen zu Krisengebieten werden. Jede internationale Krise rettet stagnierende Giganten der Rüstungsindustrie vor der Pleite, mit der die Entspannungspolitik sie bedroht, und macht die winzigen Fortschritte der auf Rüstungskontrolle, längst noch nicht auf Abrüstung gerichteten Bemühungen wieder rückgängig. Jede Krise sorgt also dafür, dass die Rüstung die Mittel an Menschen und Material und Geld aufzehrt, die wir dringend brauchen, um Hunger, Wassermangel,

Wohnungsmangel, Energiemangel, Erosion usw. zu bekämpfen und eine bewohnbare Erde uns und unseren Enkeln zu erhalten –, zu schweigen von der zunehmenden, nicht etwa abnehmenden Möglichkeit der militärischen Explosion dieser Rüstung, also des Atomkrieges, den führbar zu machen Militärs und Wissenschaftler in beiden Supermächten eifrig an der Arbeit sind. Dazu kommen die psychischen Verelendungserscheinungen in den entwickelten Industrieländern – Drogensucht, Alkoholismus, psychische Erkrankungen –, die sprunghaft zunehmen und auf einen Verfall der gesellschaftlichen Integrationskräfte hinweisen, der seine Gründe in der Entwicklung der objektiven gesellschaftlichen Strukturen haben muss.

Es könnte scheinen, als würden vor der dringenden konservativen Aufgabe der Rettung und Bewahrung der Erde die weitergehenden Zielsetzungen der sozialistischen Bewegung, eine Gesellschaft von möglichst weitgehender Chancengleichheit und Solidarität zu verwirklichen, verstummen müssen. Wer sein nötigstes Existenzminimum retten muss, hat für hochgesteckte Glücksziele keinen Schwung mehr. Sozialismus scheint unaktuell zu werden, wo wir gemeinsam von existentiellen Gefahren bedroht sind; erst müssen wir diese bewältigen, bevor wir uns über eine bessere Zukunft den Kopf zerbrechen können. Auch manche Sozialisten sind geneigt, infolge unserer gemeinsamen Bedrücktheit durch die negative Weltentwicklung sozialistische Ziele ad calendas graecas zu vertagen. Deshalb könnte man uns vorschlagen, hier und heute nicht über „Christentum und Sozialismus" zu diskutieren, sondern über das Näherliegende, das Pragmatische, über die Erhaltung des Jetzigen statt über die Gestaltung des Künftigen.

Aus zwei Gründen ist das nicht ratsam sondern bleiben sozialistische Analyse und Zielorientierung unverändert aktuell:

Die Katastrophen, die teils schon für Millionen gegenwärtig sind, teils uns allen drohen, sind nicht durch Entwicklungen der Natur verursacht (etwa durch eine nicht von menschlicher Zivilisation verschuldete Klimaverschlechterung, durch eine beginnende Eiszeit u. ä.), sondern durch uns Menschen. Es müssen also, wenn wir einen Ausweg aus der heutigen Menschheitskrise finden wollen, die menschlichen, gesellschaftlichen Ursachen aufgedeckt werden.

Liegen diese Ursachen, wie die sozialistische Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, von der noch zu reden sein wird, immer behauptet hat, in den krassen Ungleichheiten und in dem rücksichtslosen Streben der privilegierten Schichten der Erdbevölkerung, dann wird der Ausweg nur in der Abkehr von den Methoden, Verhaltensweisen und Strukturen, die in diese Menschheitskrise geführt haben, bestehen können. Ohne die Gestaltung einer Gesellschaft, in der Gleichheit, Freiheit und Solidarität für alle Menschen, in der also die Menschenrechte besser realisiert sind als heute, wird auch die Erhaltung der Menschenwelt, das Überleben von Menschheitskultur nicht möglich sein. Das meinten große Sozialisten schon vor 1914 mit der alternativen Prognose: „Sozialismus oder Barbarei" – und die barbarische Entwicklung seit 1914 hat das bestätigt. Ich zitiere den nichtmarxistischen Christen und Physiker A. M. Klaus Müller.

Er sagt in seinem Buch „Die präparierte Zeit. Der Mensch in der Krise seiner eige-

nen Zielsetzungen“ (Radius-Verlag, Stuttgart 1972, S. 122): „Die Zukunft der Freiheit wird zur Frage an den Menschen: Vermag er eine neue Qualität des Lebens zu erobern, die ihm diese Freiheit schenkt, oder ist das Defizit an Freiheit zugleich das Signal für das endgültige Defizit an Zukunft? Sollte das letzte der Fall sein, so ist das Schicksal des Menschen besiegelt. An dieser Stelle wird deutlich, dass in der Frage nach dem Überleben in der Industriegesellschaft die Frage nach der Freiheit des Menschen enthalten ist. Wer überleben will, der muss Überleben für alle wollen, und wer Überleben für alle will, der muss Freiheit für alle wollen …“

Man kann gegenüber der beängstigenden Menschheitsentwicklung sich auf verschiedene Weise einstellen:

Man kann die zunehmende Unregierbarkeit der Welt als ein über uns gekommenes Verhängnis sehen, gegen das sich nichts machen lässt, und bei dem wir nichts anderes mehr tun können, als die Welt diesem Verhängnis zu überlassen und nur noch für uns selbst ein Leben zu retten, das uns lebenswert erscheint. Dabei kommt es aufs gleiche hinaus, ob wir das Verhängnis apokalyptisch auf ein Gericht Gottes, astrologisch auf das Wassermannzeitalter zurückführen oder auf jede Erklärung verzichten, und es kommt auch auf das gleiche hinaus, ob wir aus der Verantwortung für diese vermeintlich nicht rettbare Welt aussteigen in der Form individueller Religiosität, in Drogen, in materialistischen Privatkonsum und Lebensgenuss oder in den Elfenbeinturm der geistigen Genüsse. Die Welt ist preisgegeben, und nur ich selbst rette mich selbst, solange und soweit es geht.

Wir können versuchen, weiterzumachen wie bisher, in der Hoffnung, dass Krisenmanagement, neue Technologie und ein ziemliches Maß von Glück das Überleben sowohl der Menschheit wie vor allem unserer bisherigen Lebensweise und Gesellschaftsform ermöglichen werden, ohne dass wir zu grundlegenden Systemveränderungen gezwungen werden, bei denen man ja nicht vorhersehen kann, ob sie die erhofften Besserungen wirklich bringen.

Wir können diese Menschheitskrise als „Ultimatum Gottes“ (wie Max Scheler den 1. Weltkrieg bezeichnet hat) ansehen: so wie bisher nicht weiter! „Pflüget ein Neues!“ Der alte Weg kann uns aus der Krise, in die er uns hineingeführt hat, nicht herausführen. An den Ursachen der Krise muss gearbeitet und neue, alternative Bedingungen für ein Überleben, das zugleich eine bessere Lebensweise sein muss, müssen geschaffen werden.

Die erste Einstellungsweise kommt für Christen, wie ich meine, nicht in Frage, obwohl ich manche frommen Christen kenne, die zu ihr neigen. Sie ist eine Weise des Egoismus, nicht der Nachfolge. Zwischen der zweiten und der dritten Einstellungsweise besteht unter Christen ernsthafter Streit, der uns auch heute und hier zusammengeführt hat. Die zweite Einstellungsweise hat für und die dritte hat gegen sich, dass für die dritte Einstellungsweise z.Zt. in unseren Ländern kaum Durchsetzungsaussichten bestehen. „Keine Experimente!“ ist die Parole, die unsere Trägheit, unser immer noch bestehendes Wohlleben, unsere Angst vor Veränderungen uns nahelegen, und viele Theologen und Bischöfe mit ihren Warnungen vor Schwärmerei und Ideologie dazu, womit sie, wie ich meine, die Ideologie des pragmatischen Weiterwurstelns als die legitime Form von christlicher Politik ausge-

ben. Die dritte Einstellungsweise hat für sich, dass sie der Größe der Gefahr, der Tiefe der Krise entspricht.

„Die heutige Krise ist die… Steigerung der mörderischen Kollisionen partikularer Interessen ins ‚Selbstmörderische'" (A. M. Klaus Müller, a. a. Seite 65). Ob das Notwendige auch möglich, d.h. durchsetzbar ist, ist heute die Schicksalsfrage der Menschheit. Die dritte Einstellung hat außerdem für sich, dass sie gerade Christen, Jüngern Jesu, sich nahelegt. Wieso, das ist jetzt auszuführen.

II. Dass Glaube freimacht zum Tun der Liebe, ist ein grundlegender Satz des christlichen Glaubens. Sind wir durch die Sünde Gottes und des Mitmenschen Feind, in Sorge um uns selbst, uns um uns selbst, um unsere partikularen Interessen drehend, so ist Glauben die Befreiung von dieser Sorge um uns selbst zum Leben der Agape, der Hinwendung zum Nächsten. „Der Glaube ist der Täter, die Liebe ist die Tat" (Luther). So ist Christsein tägliche Absage an das alte Leben für mich selbst und die tägliche Hinwendung zu einem Leben als „Mitarbeiter Gottes in der Welt" (Luther): „Verflucht und verdammt ist alles Leben, das sich selbst zunutz und zugut gelebt und gesucht wird; verflucht alle Werke, die nicht in der Liebe gehen. Dann aber gehen sie in der Liebe, wenn sie nicht auf eigene Lust, Nutzen, Ehre, Komfort und Heil, sondern auf anderer Nutzen, Ehre und Heil gerichtet sind, von ganzem Herzen" (Luther, „Von weltlicher Obrigkeit", 1523, WA. 11. 272). Oder ebenfalls Luther, kurz und prägnant: „Was nicht im Dienst steht, steht im Raub" (WA. 12,470; Predigt über Lukas 19,29-34, 1523). Gottes Gaben an mich sind Gottes Gaben für meinen Nächsten, und zwar vor allem für den dieser gleichen Gaben ermangelnden Nächsten. Das sind wesentliche Sätze aller christlichen Predigt, über die unter uns Konsensus bestehen dürfte.

Voraussetzung für sie ist: Gottes Geben ist verschieden, und eben die Unterschiede, die es schafft, binden uns aneinander, machen uns aufeinander angewiesen. Gottes Gaben an mich sind meine Privilegien gegenüber denen, denen sie nicht gegeben sind. Dreierlei Arten von solchen Privilegien können wir unterscheiden: Die kreatürlichen (Luther: „Augen, Ohren, Vernunft und alle Sinne", Gesundheit, Intelligenz, Begabungen aller Art), die geistlichen (Hören des Evangeliums, Glauben dürfen, Gebetskraft), die gesellschaftlichen (ökonomischer und sozialer Status des Elternhauses, Vermögen, Einkommen, Einfluss, Ansehen usw.). Die Metanoia, in die uns das Evangelium ruft, ist eine Lebensänderung, die unsere Stellung zu unseren Privilegien betrifft. Das Evangelium fragt uns täglich: Wie hältst du es mit deinen Privilegien? Gottes Gaben an dich beansprucht Gott für deinen Mitmenschen. „Was nicht im Dienst steht, steht im Raub" – und rauben heißt lateinisch bekanntlich privare. Unter dem Evangelium sind Gottes Gaben = unsere Privilegien nicht mehr unser Privateigentum, sondern unsere Dienstmöglichkeiten.

Nun besteht aber zwischen diesen verschiedenen Arten von Privilegien ein erheblicher Unterschied, und seine Entdekkung macht den Konsensus, in dem wir uns bisher bewegt haben, kritisch. Wird der Unterschied nicht beachtet, wie weithin in der christlichen Predigt, dann bleibt diese im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse; sie ruft zum Tun der Liebe in diesem Rahmen und stellt ihn nicht in Frage. Gewiss, alle diese Privilegien sind Gottes Gaben auch an mich,

auch z. B. dass ich in einer Villa oder in einem Schloss aufwachse und nicht im Slum, auch dass wir alle hier uns täglich sattessen und nicht zu den hungernden Millionen gehören. Aber die kreatürlichen und geistigen Privilegien sind mir so gegeben, dass ich sie nicht abschaffen kann, jedenfalls nicht künstlich abschaffen, sondern sie zum Dienst für den Nächsten verwenden soll. Auch die gesellschaftlich bedingten Privilegien soll ich, solange sie Privilegien sind, in den Dienst derer stellen, denen sie nicht gegeben sind. Die Frage aber ist, ob damit genug getan ist. Ist genug getan, wenn ich als Freier einem Sklaven helfe, als in Arbeit Stehender einem Arbeitslosen, in der Nazizeit als Arier einem Juden oder Zigeuner, als Bevorrechteter einem rechtlich Benachteiligten?

Die bürgerliche Gesellschaft hat diese Frage gestellt gegenüber der Feudalgesellschaft, die ein sehr strenges Privilegiensystem war, in dem auch die gesellschaftlich vermittelten Privilegien als direkt von Gott gegebene, als „von Gottes Gnaden" angesehen wurden. Durch die Infragestellung dieser Sicht der gesellschaftlichen Privilegien wurde das Feudalsystem gesprengt. Daraus ergab sich schließlich in unserer Zeit die Kodifizierung der gleichen Bürgerrechte und der allgemeinen Menschenrechte. Diese besagen: Was bisher Privileg von einzelnen und Gruppen in der Gesellschaft war, soll Recht aller werden. Nicht nur: „Keiner soll hungern und frieren", sondern auch: keiner soll Sklave sein, keiner soll vom Zugang zur Bildung, keiner soll von der Mitbestimmung an der Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten ausgeschlossen sein. Bürgerliche Freiheiten, gleiches aktives und passives Wahlrecht, Chancengleichheit, Gleichheit vor dem Gesetz, sozialstaatliche Solidarität – das soll, was bisher Privileg war, zu Rechten aller werden.

Dass die christlichen Kirchen sich heute für die Verwirklichung der von der bürgerlichen Revolution proklamierten Menschen- und Bürgerrechte einsetzen, ist die richtige Konsequenz aus der früher in ihnen nicht so vorhanden gewesenen Erkenntnis, dass diese Verallgemeinerung bisheriger Privilegien das ist, was christliche Liebe wünschen muss. Ihr Wunsch ist, dass es die anderen ebenso gut haben wie ich. Sie kann Gottes Gaben nicht dankbar genießen, ohne zu wünschen, dass die anderen sie ebenso genießen können wie ich, und ohne sich dafür tätig einzusetzen.

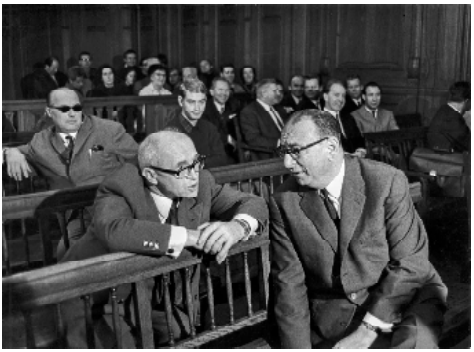
Dass die bürgerliche Revolution diese Grundrechte proklamiert hat, heißt aber nicht, dass sie sie auch verwirklicht hat. In ihren klassischen Ländern – USA, Frankreich und England – blieben große Bevölkerungsschichten von ihnen zunächst ganz oder teilweise ausgeschlossen: die Sklaven, die Bevölkerung der Kolonien, das Proletariat. Es hat schwerer Kämpfe bedurft, bis wenigstens der Zustand erreicht war, in dem wir heute in der Bundesrepublik leben. Das ist begründet darin, dass die bürgerliche Gesellschaft ein Produktionssystem hat, das ebenfalls ein Herrschaftssystem, also eine Ungleichheit der Machtbeziehungen zwischen Menschen darstellt (nämlich der Ungleichheit zwischen denen, die über die Produktionsmittel, und denen, die nur über ihre Arbeitskraft verfügen), und dass deshalb diese Gesellschaft auch Herrschaftsformen aus der Feudalzeit und anderer hierarchischer Privilegiensysteme nicht abschaffte, sondern sich anpasste, z. B. das Beamtentum, die Justiz, das Militär, und dass sie im Kolonialsystem ein im Grunde feudales System aufrechterhielt, nämlich

ein System der Bevorrechtung auf der Basis von Geburts- unterschieden.

Spätestens dann, wenn in solchen Privilegiensystemen die Unterprivilegierten und Benachteiligten ihren Anspruch auf gleiche Menschen- und Bürgerrechte anmelden, stehen die Jünger Jesu vor der Frage, auf welche Seite sie sich schlagen. Unparteiisch bleiben können sie nicht. Denn in jedem Privilegiensystem – und noch kennen wir in der Menschheitsgeschichte spätestens seit dem Übergang zur Ackerbaukultur kein anderes – sind alle Einrichtungen, Sitten und Erziehungssysteme, auch die religiösen, und auch diejenigen, die dem Gemeinwohl dienen sollen, der Erhaltung des Privilegiensystems dienstbar gemacht. Die Aufrechterhaltung der ungleichen Verteilung der materiellen Güter, des Arbeitsproduktes, der Chancen für die Persönlichkeitsentfaltung und der ungleichen Rechtsteilhabe bedarf eines großen Apparats von Machtmitteln, kombiniert aus Ideologie und Gewalt, um das Aufbegehren der Benachteiligten möglichst schon im Entstehen zu verhindern. Diese Systeme stehen in einem permanenten Erhaltungskampf, in dem jedes Gesellschaftsmitglied zur Parteinahme für die Erhaltung gezwungen oder bekämpft wird. Mit ständiger Androhung von Gewalt wird der Auflehnung gegen das Privilegiensystem vorgebeugt, und mit brutaler Gewaltanwendung wird diese niedergeschlagen, wenn sie sich dennoch rührt. Wie jede Religion, so ist auch das Christentum zur ideologischen Stützung des Privilegiensystems bis heute mit Erfolg benützt worden. Die Christen als Gesellschaftsmitglieder sind in jedem Augenblick entweder Systemstützer oder Systemveränderer – sowohl in den Zeiten, in denen der Selbsterhaltungskampf des Systems sich auf die Gewaltandrohung beschränken kann, wie in den Zeiten, in denen dafür Gewalt eingesetzt wird.

Die Position der Jünger Jesu in diesen Kämpfen wird, wenn sie von der Freiheit der Liebe bestimmt ist, gekennzeichnet sein:

– durch die Freiheit, ihre Privilegien loszulassen und es zu begrüßen, wenn an deren Stelle gleiches Recht für alle tritt, wenn alle es ebensogut bekommen wie ich, und wenn ich es nicht besser habe als die anderen.
– durch das Ziel einer nicht von Privilegienunterschieden, sondern weitestmöglich von Freiheit, Gleichheit und Solidarität bestimmten und damit vom Privilegienkampf befreiten Gesellschaft.
– durch das Bemühen, diesem Ziel auf dem Wege einer Entwicklung ohne blutige Auseinandersetzungen entgegenzukommen, die Revolution von der Privilegiengesellschaft zur solidarischen Gesellschaft möglichst auf evolutionärem Wege zu erreichen.



Helmut Gollwitzer und Heinrich Albertz

In der bisherigen Geschichte des Christentums haben nur kleinere Gruppen der Christenheit aus dem Evangelium die Anweisung zu einer solchen Position ver-

nommen. Die Gründe, weshalb die Mehrheit der Christen, Kirchenvertreter und Theologen meinten, nicht Partei gegen die Privilegienstruktur der Gesellschaft ergreifen zu sollen, sind hier von mir nicht zu analysieren, weder die vorgebrachten Gründe noch die möglicherweise unbewusst dahinterstehenden, da ich hier nur die Frage zu beantworten habe, weshalb ich als Christ, also als Hörer des Evangeliums und mit dem Willen, dem Evangelium gehorsam zu sein, Sozialist bin. Wohl aber sind noch zwei Bemerkungen nötig:

1. Es ist das Evangelium, das mich in diese „Richtung und Linie" (Karl Barth) weist. Mit seiner Weisung befreit das Evangelium meine Vernunft „aus den gottlosen Bindungen dieser Welt", d.h. aus der Knechtschaft der Privilegieninteressen, in der ich mich heute als Angehöriger eines führenden Industriestaates, als Akademiker, als Beamter, als Angehöriger des Bürgertums, als Weißer, als Mann befinde, „zu freiem dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen" (Barmer Erklärung II). Das Evangelium schaltet aber meine Vernunft nicht aus. Es geht bei alledem um Gestaltung der weltlichen Dinge; insofern ist Sozialismus natürlich „ein weltlich Ding" und nicht Heilsverwirklichung, also auch nicht Heilslehre. Welche Privilegien je in einer Zeit abbaufähig und abbaudringlich sind, ob und welche Privilegien überhaupt vorhanden sind (sie können auch sehr verschleiert und unkenntlich sein!), welche gesellschaftlichen Regelungen an die Stelle der bisherigen Privilegienordnungen gesetzt werden sollen, welche Strategie zu diesem Ziele eingeschlagen werden soll –, das alles ist Sache vernünftiger Erkenntnis und also – da ich diese ja nicht für mich allein gepachtet habe – vernünftiger Diskussion und dann freilich auch des politischen Kampfes zur Durchführung der auf diese Weise gewonnenen Überzeugungen. In der Diskussion wie im Kampfe werden Christen sich stets in Dialog und Zusammenarbeit mit anderen, auch mit Andersgläubigen und Atheisten, befinden und in der Freiheit von 1. Thessalonicher 5,21 von ihnen lernen, wie auch sonst in allen weltlichen Dingen, und sich mit ihnen verbünden, auch wenn viele aus anderen geistigen Voraussetzungen und mit anderen Interessen in diese Zusammenarbeit eintreten. Das Evangelium ersetzt nicht die vernünftige Diskussion und Argumentation, aber es gibt mir die Motivation, die Zielrichtung und die Kriterien für die in Frage kommenden Mittel und Methoden des politischen Kampfes.

2. Die immanenten Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft haben heute zu einer extremen Krisensituation geführt. Unser Wohlstand hat zu seiner Kehrseite das Elend der Dritten Welt und die psychische Verelendung bei uns. Die Fortschritte, die das kapitalistische Wirtschaftssystem wenigstens für uns in den Industrienationen gebracht hat, werden heute überwogen von den destruktiven Elementen dieses Systems.

– Da ist der Widerspruch zwischen der Proklamierung gleicher Menschen- und Bürgerrechte und ihrer strukturellen Verweigerung durch die ungleiche Machtverteilung im Produktionssystem,
– der Widerspruch zwischen Verfügungsrecht über die Produktionsmittel, das die Menschen voneinander trennt, und der gemeinsamen Arbeit, die sie vereint,
– der Widerspruch zwischen den Industrienationen und den durch Kolonialismus und planetarische Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise in ih-

rer eigenen Entwicklung aufgehaltenen Völker der Dritten Welt,
- der Widerspruch zwischen den übermächtigen Multis und den von den Regierungen zu wahrenden Interessen des Volkswohls,
- der Widerspruch zwischen der ungeheuerlichen Verschwendung von Energie und Ressourcen und deren irdischer Begrenztheit,
- der Widerspruch zwischen der proklamierten Demokratie und den demokratisch nicht kontrollierten Machtballungen in Wirtschaft, Bürokratie und im industriell-militärischen Komplex,
- der Widerspruch zwischen reich und arm, der – im Gegensatz zu den mit der kapitalistischen Entwicklung verbundenen früheren Hoffnungen – nicht ab-, sondern so zugenommen hat, dass es 1980 mehr Hungernde, mehr Analphabeten und eine größere Kluft zwischen Nord und Süd gibt als 1970.

Wir europäischen und nordamerikanischen Christen, wir hier zu dieser Synodaltagung Versammelten gehören heute zu den extrem Privilegierten in einem Weltsystem von extremen Privilegien-Unterschieden. Die Politik unserer Länder dient primär der Aufrechterhaltung unserer Privilegien. Dies wird uns von den Kirchen der Dritten Welt bitter vorgehalten. Das Bemühen, unsere Privilegien aufrechtzuerhalten, wird zu immer barbarischeren Kämpfen führen. Das Evangelium fragt uns täglich: Was macht ihr mit euren Privilegien, und wie steht ihr zu ihnen? Es geht um weltliche Dinge, aber bei ihnen geht es sehr wohl um den Glauben, nämlich um die Praxis, ohne die – eine unaufgebbare Erkenntnis des Pietismus – der Glaube nicht Glaube sein kann.

Am 4. Juli 1977, am Ende der Debatte in der Württembergischen Synode, die zur jetzigen Klausurtagung über „Christentum und Sozialismus" geführt hat, zitierte Landesbischof Claß gute Worte von Karl Heim: Die offizielle Kirchlichkeit „ruht wohl auf dem Grund der Gnade, aber diese ist für sie nur eine Ruhestellung, nicht ein Boden, auf den gestemmt sie an der Umgestaltung der Welt arbeitet. Warum hat das Christentum versagt an den beiden entscheidenden Wendepunkten der

Neuzeit, beim Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und dem Weltkrieg? Beide Male hat das Christentum vorbildliche Werke des barmherzigen Samariters geübt, der Öl in die Wunden der Menschheit goss, die durch den Kapitalismus entrechtet oder durch den Krieg zerbrochen halbtot am Wege lag. Die Christen sind barmherzige Samariter gewesen, aber nicht Propheten der Gerechtigkeit, wie Jesaja, Hosea und Amos, die dem sozialen Elend und den politischen Missständen ihres Volkes an die Wurzel griffen". Aus diesen sehr wahren Worten von Karl Heim geht zum einen hervor, dass die für uns primäre Frage nicht die nach dem Verhältnis von „Christentum und Sozialismus" ist, sondern die nach dem Verhältnis von Christentum und Kapitalismus, die uns, die wir im kapitalistischen Privilegiensystem leben, auf den Nägeln brennen muss -, und zum anderen, dass auch unsere Einstellung zu „weltlichen Dingen" wie Kapitalismus und Sozialismus tief mit unserem Glauben zusammenhängt und von unserem Glauben in Frage gestellt wird oder unseren Glauben in Frage stellt.

Auf jener Synodaltagung hat der Synodale Dr. Maier zu meiner These, dass das Evangelium eine Tendenz zum Sozialis-

mus (also zu einer von der Privilegienstruktur befreiten Gesellschaft) hin ist, die Folgerung gezogen: „Dann müsste sich jeder Christ fragen lassen, warum er nicht Sozialist ist! Eine Folgerung, die man offensichtlich nicht vollziehen kann.“ Ich meine dagegen freilich, diese Folgerung ziehen zu müssen. Aus den Worten von Karl Heim folgt, dass jeder Christ sich fragen und sich fragen lassen muss, mit welchen Gründen er es vor dem Evangelium verantworten kann, für die Aufrechterhaltung unseres Privilegiensystems und nicht für seine Aufhebung einzutreten. Sobald ich das Evangelium höre, nimmt es mir die Möglichkeit der Neutralität und drängt mich in die Richtung gegen unser Privilegiensystem, und ich meine, Nikolai Berdjajew hat recht mit seinem Worte: „Das leibliche Brot für mich ist für mich keine Heilsfrage, aber das leibliche Brot meines Bruders ist für mich eine Heilsfrage,“ – oder noch einfacher ausgedrückt in den Sprüchen Salomonis 21, 13: „Wer seine Ohren verstopft vor dem Schreien des Armen, der wird auch rufen und nicht erhört werden.“

Grabmal Helmut und Brigitte Gollwitzer

Quelle: Junge Kirche. Eine Zeitschrift europäischer Christen, Mai 1980, 41. Jahrgang, S. 222ff.
Nachschrift http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/005439.html am 20.4.2018

Gedanken zum Mergentheimer Referat von Helmut Gollwitzer (1908–1993)

Von Wilfried Gaum

Was kommt dir beim Lesen heute – beinahe 40 Jahre später in den Sinn?

Gollwitzer erläutert an keiner Stelle, was für ihn eigentlich „Sozialismus“ bedeutet – und das noch in einer Zeit, in der die sogenannte System-Konkurrenz mitten in Deutschland stattfand und es daher gerade darauf ankam, sich als Sozialist zu den staats-kapitalistischen Systemen des Ostblocks zu positionieren.

Seine Kritik beschränkt sich auf die kapitalistischen westlichen Systeme, ganz überwiegend ist diese Kritik allerdings noch heute richtig. Aber schon damals war es doch nach dem 17. Juni 1953, der ungarischen Revolution 1956, dem Prager Frühling 1968, Biermann 1976 und KOR bzw. Charta ’77 nötig, gerade als Sozialist ein Wort zu sprechen! Warum sah sich Gollwitzer dazu nicht in der Lage? Mir fehlen zudem konstruktive Aussagen zu Form und Inhalt des Sozialismus. [1]

Was hältst du als theologisches Denken, in der Theorie, für veraltet?

Sozialistische Kritik auf christlicher Grundlage müsste auch erweitert werden um die Kritik der Entwicklung der so genannten Befreiungsbewegungen des Globalen Südens, wie der Kleptopkratien und (Semi)Diktaturen in Angola, Mozambique, Vietnam, Laos, Kambodscha, Eritrea, Äthiopien, Simbabwe, Venezuela und Nicaragua, bedingt auch in Südafrika. Die antidemokratischen und kapitalistischen Entwicklungen bzw. autoritären Deformationen dieser Bewegungen waren 1980 sicher in dieser Deutlichkeit noch nicht so ausgeprägt sichtbar. Warum sind diese Entwicklungen eingetreten? Das müsste nachgewiesen werden. Darüber hinaus fehlen Analysen zu den gobalen Herausforderungen des Klimawandels und des Konsumismus im Allgemeinen. Die allgemeine Orientierung auf „Freiheit, Gleichheit, Soldarität" (S. 6) reicht als Alternativenbestimmung nicht aus.

Was trägt heute noch?

„Dass Glaube freimacht zum Tun der Liebe", ist ein grundlegender Satz des christlichen Glaubens. Sind wir durch die Sünde Gottes und des Mitmenschen Feind, in Sorge um uns selbst, uns um uns selbst, um unsere partikularen Interessen drehend, so ist Glauben die Befreiung von dieser Sorge um uns selbst zum Leben der Agape, der Hinwendung zum Nächsten." (S. 4) Und dies – gerade Pfingsten – in der ecclesia, der Gemeinschaft. Das ist ein Ausgang zum Sozialismus. Das trägt auch heute noch.

Wilfried Gaum,
(1955), wohnt in Barsinghausen bei Hannover, verheiratet, 2 erwachsene Kinder, nach Verwaltungsausbildung Studium Rechts-, Sozial- und Politikwissenschaften, seit 1992 als Jurist beim Land Niedersachsen beschäftigt, seit 1970 politisch aktiv, 20 Jahre Mitarbeit in der Ev.-luth. Kirche Hannover, seit 2015 Mitglied der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker).*

Wilfried Gaum

Von Thomas Kegel

Was kommt dir beim Lesen heute – beinahe 40 Jahre später in den Sinn?

Die von Gollwitzer 1980 ? beschriebene Grundsituation hat sich nicht wirklich verändert, eher verschlimmert, eher potenziert. Ob es um die Flüchtlings- und Migrationsströme geht oder die von ihm benannte Umweltzerstörung. Das ist übrigens auch sozialistisches Handeln: zu benennen, was ist, ungeschönt und deutlich in einer kritischen Absicht.

Seine Orientierung an der Vernunft, durch die Gesellschaftsveränderung im Diskurs und gemeinsamen Handeln für eine andere Welt die Richtung vorgibt – die ist richtig. Im Reformationsjubiläum ist ja die Fähigkeit der Menschen zur Vernunft, zur vernünftig begründeten Weltanalyse und zu einem rationalen Handeln auch immer wieder betont worden. Grundiert wird dies bei uns Religiösen Sozialist(inn)en eben durch

Glauben und „religio“, die Rückbindung an etwas, das die Welt übersteigt. Für mich gibt vernünftige Erkenntnis UND glaubend-religiöse Heilserwartung gleichermaßen die Energie für mein Leben.

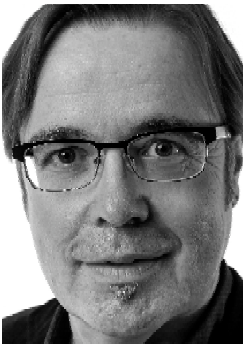
Was hältst du für veraltet, in der Theorie, als theologisches Denken?

Das Gollwitzer´sche theologisch-politische Denken ist nicht veraltet, es kann und sollte eher erweitert werden. Was mir bei ihm fehlt: Es findet sich kein Hinweis auf die Brutalität des Sexismus, also der strukturellen Unterordnung von Frauen unter Männer. Darüber läuft nämlich bspw. die psychologische „innere Zurichtung“ der Menschen für die ständige Reproduktion des Systems von Privilegien und Ungleichheit. Sein Hinweis, dass wir als Christ(inn)en in der Gesellschaft immer entweder Systemstützer oder Systemveränderer sind, ist nicht falsch, allerdings sind wir immer sowohl Nutzniesende der „Früchte“ des Systems als auch Leidende im System der glitzernden Warenwelt, der Kapitalisierung immer weiterer menschlicher Beziehungen und der Machtstrukturen – und so reproduzieren wir „das System“ immer wieder, obwohl wir es vielleicht ablehnen und dagegen angehen. Kritisches Leben ist eben nicht einfach zu haben.

Was trägt heute noch?

Gollwitzers Hinweis: „An den Ursachen der Krise muss gearbeitet und neue, alternative Bedingungen für ein Überleben, das zugleich eine bessere Lebensweise sein muss, müssen geschaffen werden“. Ich fühle mich damit aufgefordert, darauf zu bestehen, dass es Alternativen gibt zu den aktuellen Produktions- und Besitzverhältnissen. Gleichzeitig geht es für mich darum, auch im Sinne einer Pluralen Linken Bewegung, andere sozialistische Strömungen zu kritisieren, wenn diese bspw. Menschen- und Bürger(innen)-Rechte gering achten – denn es geht ja um eine bessere Lebensweise und zwar schon heute und nicht erst in einer zu erkämpfenden Zukunft.

1 In CuS 1/1980, S. 16–23, erschien dann der Artikel von Helmut Gollwitzer „WARUM BIN ICH ALS CHRIST SOZIALIST? – THESEN – mit expliziten Begründungen seiner sozialistischen Position. Auszüge aus diesem Artikel, der allgemeine Zustimmung fand, erschienen dann auf der 4. Umschlags-Seite von CuS seit 2008. CuS 4/2008 trug den Titel „Helmut Gollwitzer 100. Geburtstag – Zum Gedenken.



Thomas Kegel

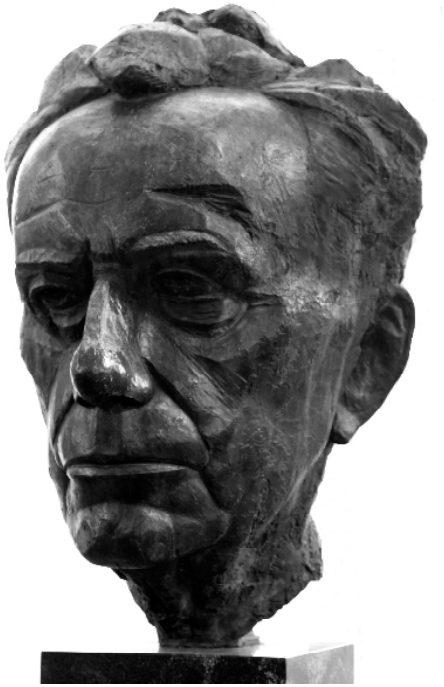
Thomas Kegel, Jg. 1959, Angestellter (Organisationsentwickler und -berater), Mitglied Gewerkschaft Verdi und in der Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ in der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (IKDR), ehrenamtlich engagiert in der kirchlichen Männerarbeit

Plädoyer für einen (fast) vergessenen religiös-sozialistischen Denker

Paul Tillichs „unvollendeter Sozialismus“

Von Elmar Klink

Paul Tillichs (1886–1965) wiederkehrendes 50. Todesjahr wurde 2015 öffentlich in sehr verhaltener Weise begangen, einige Feuilletonartikel in überregionalen Blättern bestenfalls, kirchlicherseits fast einhelliges Nichtbefassen (siehe als Beispiele Anna Gann in Deutschlandfunk Kultur und der Beitrag „Der Grenzgänger“ auf evangelisch.de, beide vom 22.10.2015). Auch die bestehende Paul-Tillich-Gesellschaft trat hier gedenkend über ihren internen Rahmen hinaus kaum in Erscheinung. Tillich wird hierzulande politisch eher klein geschrieben. Er gilt vor allem als Theologe und theologischer Denker des Grenzgangs zwischen Welten und religiöser Kulturtheoretiker, als vorzüglicher Prediger religiöser Reden und Verfasser einer dreibändigen Systematischen Theologie. Man würdigt den „amerikanischen“ ökumenischen Tillich, bezieht sich im Politischen ausdrücklich auf seine liberal-pluralistische, pragmatische Position und übergeht den Tillich, der er vor seinem Wechsel ins USA-Exil in Deutschland als kritischer Sozialist und scharfer, am Klassenkampf orientierter Kritiker der politischen und ökonomischen Verhältnisse war.



Büste Paul Tillichs, Park in New Harmony, Indiana, USA

Tillichs Begegnung mit der Idee und Praxis des Sozialismus war grundsätzlicher, ja existenziell erfahrener Art. Stefan Wehowsky schreibt:

„Die Phase des Religiösen Sozialismus wird bei Tillich ausgelöst durch den I. Weltkrieg. Zwei Erfahrungen waren dafür ausschlaggebend: Einmal der Schrecken des Krieges, der ihm mit seiner Furchtbarkeit die Abgründe menschlicher Existenz vor Augen führte; zum anderen die Begegnung während des Krieges mit dem Proletariat, wodurch ihm das Elend dieser Massen deutlich wurde. Die Frage nach den Ursachen für dieses Elend und nicht zuletzt für diesen Krieg führte Tillich zur politisch-ökonomischen Analyse dieser Gesellschaft.“ (Christ und Sozialist 3/III. Vierteljahr 1979, S. 17). Und davor heißt es bei Wehowsky: „Paul Tillichs Entfaltung des Religiösen Sozialismus ist … zu sehen als die theoretische Verarbeitung einer Erfahrung, die in ihrer grundsätzlichen, irreversiblen und neuartigen Bedeutung für

den Glauben erkannt ist. Deswegen geht es bei Tillichs Überlegungen stets um mehr als nur um aktuelle, einzelne Probleme, sondern es geht um die Bedingungen der Möglichkeit von Glauben und Theologie angesichts des Sozialismus einerseits, andererseits aber gerade auch um die Notwendigkeit des Glaubens für den Sozialismus. Weil bei Tillich stets beides in seiner Grundsätzlichkeit zur Debatte steht, erscheinen seine Texte leicht abstrakt. Doch befindet er sich damit dichter an der wirklichen Problematik, als wenn er sich auf aktuelle Einzelaspekte eingelassen, das Grundsätzliche aber ausgeklammert hätte. Das Grundsätzliche – das heißt nicht, Tillichs Texte seien ohne Bezüge, nicht gebunden an ihre Zeit. Gerade ihre Eingebundenheit in ihre jeweilige Entstehungszeit, macht das Verständnis heute schwierig." (ebd., S. 16/17).

In jenen Jahren gehörte Tillich neben J. C. Blumhardt dem Jüngeren, Hermann Kutter, Leonhard Ragaz, Emil Fuchs, Carl Mennicke, Georg Wünsch, Eduard Heimann und nicht zu vergessen Erwin Eckert, zu den großen Vertretern des Religiösen Sozialismus und seiner politischen Bewegung in Deutschland in Gestalt des organisierten religiös-sozialistischen Bundes. Der „Berliner Kreis" mit Tillich, Mennikke, Heimann und Rathmann gehörte für einige Jahre zu den führenden geistigen Zentren der religiös-sozialistischen Bewegung und ihren Vordenkern (siehe Ulrich Peter), wenn auch ab 1927, ein Jahr nach Gründung des Bundes, im politischen Tagesgeschäft nicht mehr nachhallend präsent. Tillich leistete entscheidende Vorarbeit für das theoretische Bemühen um eine Synthese von Christentum und Sozialismus, was bis heute noch von beachtlichem Wert ist (zit. nach Hans-Dieter Wolfinger, s. Literatur).

„Paul Tillich hat in zwei Schriften des Jahres 1930 (Religiöser Sozialismus I/II, Anm. d. Verf.) die Grundzüge des Religiösen Sozialismus beschrieben. In der zweiten werden Gegensatz und Verbindung von Religion und Sozialismus dargestellt, die den Religiösen Sozialismus entscheidend geprägt haben." (Wolfinger, S. 73).

Zweifellos erfuhr Tillichs Leben und theologische Laufbahn durch seinen vom neuen NS-Staat erzwungenen Weggang ins Exil 1933 eine tiefe Zäsur. Er gehörte zu den ersten nicht-jüdischen Hochschullehrern, die das Land verlassen mussten. Der Wechsel in die damals wenig bekannte westliche Gesellschaft, Kultur und auch Sprache sowie veränderte alltägliche Lebenswelten, ein völlig anderes akademisch-theologisches und religionskulturelles Umfeld, gingen freilich nicht spurlos an ihm vorüber, lenkten ihn auch ab von wo er politisch herkam. Wenngleich ihm die ab März 1940 auch staatsbürgerlich angenommene neue Heimat erweiterte Denkräume eröffnete, die nicht mehr organisationspolitisch fixiert und ideologisch eingeengt waren. Tillich als radikaler Vertreter des Klassenkampf-Gedankens gehörte jedoch schon von dem Zeitpunkt an, als er 1929 in die SPD eintrat, der Vergangenheit an. Am Vorabend seines Weggangs aus Deutschland hatte Tillich noch die Schrift ‚Die sozialistische Entscheidung' (1932/33) vorgelegt, die für die politische Auseinandersetzung allerdings zu spät kam, beschlagnahmt und zum größten Teil eingestampft wurde. Wenige Exemplare gelangten noch in Exilanten- und illegale Widerstandskreise. Die Pu-

blikation markierte in gewisser Hinsicht einen Endpunkt des religiösen Sozialisten Tillich und ist zugleich bis heute sein wichtigstes politisches Vermächtnis, dem er bis zum Tode selbst treu blieb. Sie hätte nach dem Krieg, hätte sie verbreitet vorgelegen, durchaus eine Rolle spielen können in den Kreisen, die nach Kapitulation und Zusammenbruch stark an einer freiheitlichen, sozialistischen Neugestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft interessiert waren. Tillich indessen kehrte nach 1945 nur noch besuchsweise und als Gastdozent nach (West) Deutschland zurück. Seine Entscheidungs-Schrift wurde sogar 1980 in den kirchlichen Aufbruchsjahren nach 1968 noch mal mit nur wenig Resonanz neu aufgelegt, ist auch ungekürzt in den Gesammelten Werken, Bd. II enthalten. Sie zeugt neben aller Grundsätzlichkeit zeitbedingt von Tillichs eingreifendem Denken und Argumentieren angesichts eines heraufziehenden Nationalsozialismus. Diesen hatten die Religiösen Sozialistinn)en schon frühzeitig herannahen sehen und davor eindringlich gewarnt. Tillich hat nicht unwesentlich im Übergang und Neuanfang jener Zwischenkriegsjahre auch Einfluss gehabt im Frühstadium auf die Entwicklung einer Kritischen Theorie der Gesellschaft bei Horkheimer und Adorno. Auch dieses Faktum verweist auf eine veränderte Kontinuität nach 1933 und nicht auf einen Abschluss oder gar Bruch mit dem Sozialismus. Man könnte allerdings sagen, Tillich habe sein Sozialismus-Verständnis einer kritischen Eigenrevision unterzogen.

Dezidiert gibt es kaum noch verlautbarte Zeugnisse Tillichs in Richtung Sozialismus nach 1945. Überliefert ist ein Vortrag im Sommer 1960 bei seinem Japan-Besuch in Tokio unter dem Titel „Die Grundgedanken des Religiösen Sozialismus”, in welchem er jedoch keine neuen zeitbezogenen als die bekannten früheren Aspekte erörterte (siehe Tillich, GW, Bd. XIII, S. 408-419). Obwohl es Tillich in den USA an persönlichem Kontakt zur dortigen Arbeiterbewegung und politischen Bezügen fehlte, blieb er der Sache und Sichtweise im Geiste treu. Dies festzustellen und zu betonen, ist doch von einiger Bedeutung bei der Beurteilung seiner theologischen Stellung und seines Einflusses. August Rathmann, der einstige Berliner Weggenosse, bemerkte:

„Tillichs religiös-sozialistische Idee hat sich in den kommenden Jahrzehnten (ab dem Exil, d. Verf.) in mehreren Punkten gewandelt, nicht jedoch deren philosophische und theologische Prinzipien. Ein Hinaus über den Religiösen Sozialismus hat es für Tillich nicht gegeben. Heimann, der Tillichs Genialität schon früh erkannte und zeitlebens bewunderte, bestätigt, dass Tillich dem Religiösen Sozialismus sein Leben lang treu geblieben ist und es ihm selbstverständlich war, dass das gottdurchwaltete Leben in einer industriellen Gesellschaft Sozialismus sein würde.“ (zit. n. Tillich, GW, Bd. XIII, S. 565f.).

Im Vorwort zum II. Band der Ges. Werke schrieb Tillich 1961 sich zu diesen theologischen und philosophischen Prinzipien erneut ausdrücklich bekennend:

„Diese Prinzipien sind auch jetzt entscheidend für mein sozialethisches und geschichtsphilosophisches Denken sowie für manche konkret politischen Entscheidungen in der Gegenwart. Die Tatsache, dass der Nationalsozialismus die religiös-sozialistische Bewegung wie die vie-

len anderen schöpferischen Ansätze der zwanziger Jahre zertreten, in den Untergrund oder ins Exil gezwungen hat, konnte nicht die Ausbreitung dieser Ideen in Kirchen und Kulturen jenseits der Grenzen von Deutschland und Europa hindern. Darum betrachte ich diesen Band (Christentum und soziale Gestaltung' auch heute noch als systematisch grundlegend." (zit. n. G. Wehr: Paul Tillich; S. 56).

Das sozialistische Erbe schwang indirekt bei ihm also immer maßgeblich mit. Das zeigen Beiträge Tillichs wie „Freiheit im Zeitalter des Umbruchs" (1940), „Stürme unserer Zeit" (1948) oder „Die politische Bedeutung der Utopie" (1951), alle enthalten in der Sammlung Für und wieder den Sozialismus (1969). Auch wenn das vielleicht die bereits erwähnte Tillich-Gesellschaft kaum so sehen dürfte, fällt doch der religiös-sozialistische Theologe Tillich bei der Zeichnung und Wahrung ihres Tillich-Bildes weitgehend der Verdrängung anheim bzw. wird dies lediglich als abgeschlossene historische Episode betrachtet. Es passt wohl kaum ins etablierte und popularisierte deutsch-amerikanische Tillich-Verständnis.

Tillich ist mit der Einbeziehung der kulturellen Dimension in seine Theologie ("Theologie der Kultur") und seinem sozialistischen Fundus so etwas wie die Brücke zu christlich-sozialistischen Denker(inne)n der rebellischen 68er-Phase und auch noch der Zeit danach. Zu nennen wären vor allem Dorothee Sölle und Helmut Gollwitzer. Nicht, dass sie sich ausgesprochen von Tillich inspiriert oder gar beeinflusst gezeigt und sich nachweislich mit ihm besonders auseinandergesetzt hätten. Aber sie führen ihn in gewisser Weise eigenständig theologisch wie politisch fort und übersetzten dabei zugleich sein Erbe in heutige Zeit und jüngste Vergangenheit. Auch wenn sie gewissermaßen anderen theologischen Verständnissen und Bezugspunkten anhingen (bei Sölle ist es u. a. Bultmann, bei Gollwitzer Barth), kann und darf man diese Kontinuitätslinie durchaus ziehen. Tillichs Aufsatz von 1953, „Der Mensch im Christentum und im Marxismus" (enth. in: Für und wider den Sozialismus, S. 185–201 und auch Ges. Werke, Bd. III, S. 194–208), weist z. T. deutliche Parallelen auf zu Gollwitzers zeitlich nachfolgender Abhandlung „Die marxistische Religionskritik und der christliche Glaube" (Marxismus-Studien, 4. Folge; hrsg. v. Iring Fetscher. Tübingen 1962). Tillich begründete in seinem universitären Wirken nicht wie Barth oder Bultmann eine theologische Schule oder Richtung, er versammelte hinter sich keine ihn interpretierende oder verehrende Jünger(innen)schaft. Das machte ihn auch freier von einem „Anhang", der ihn gebunden und an ihm gezogen und gezerrt hätte. Er war ein solitärer Gelehrter auf offener Bühne und das in einem für heutige Zeiten des philosophischen Spezialistentums noch universellen Sinn. Und doch auch, was den Religiösen Sozialismus heute betrifft, zu einer unverzichtbaren Nahtstelle. Tillichs kritische Einlassungen in der Entscheidungs-Schrift zum Komplex des „inneren Widerstreits im Sozialismus" und seiner Auflösung, zu Sein und Bewusstsein, Macht und Recht usw., bekamen ihre mahnende Bedeutung auch angesichts der Katastrophe, in die der Sozialismus als Staatssozialismus in vielen Ländern des „Ostblocks" gerade nach dem Zweiten Weltkrieg mündete. Die sich in entmündigendem Bürokratis-

mus, Alleinherrschaft einer Parteielite, im Stalinschen Irrweg der Verbannung und Lager (bis hin zur physischen Vernichtung von Kritikern und Gegnern) unterdrückend und das angestrebte Ideal entstellend niederschlug. Das Tillichsche kritische „Für und Wider den Sozialismus“ war in gewisser Weise natürlich auch Wasser auf die antisozialistischen Mühlen, wie etwa in der Regierungszeit Adenauers, in der der Antikommunismus quasi zur inoffiziellen Staatsreligion erhoben wurde. Tillich ließ sich trotz in der BRD erfahrener öffentlicher Ehrungen (Goethepreise, Gr. Bundesverdienstkreuz, Friedenspreis des Buchhandels) jedoch davon nicht vereinnahmen und wurde auch kein Gewährsmann der Liberalkonservativen und Nationalgesinnten wie so manch andere gewendete intellektuelle Geister. Versuche, ihn öffentlich zu hofieren, hielten sich daher auch in Grenzen.

Gleichwohl bleibt Tillichs Verhältnis zum Sozialismus ob des faktischen Abbruchs ein offenes, um nicht zu sagen unvollendetes. Kaum vorzustellen, was sein scharfer Intellekt noch an öffentlich bedeutenden Erkenntnissen und Einsichten dazu geliefert hätte. Wolfinger zieht daraus in seinem kleinen Büchlein von 1970 denn auch einen „vergessenen Auftrag für die Kirche”, an den Tillichs religiös-sozialistisches Werk mahnen würde. Tillich selbst hatte diesen Auftrag bereits 1919 (wie auch immer wieder 1920-27 in den Blättern für Religiösen Sozialismus) in seinem Aufsatz „Der Sozialismus als Kirchenfrage“ in 30 programmatischen Thesen komprimiert vorgetragen, die viel später auch wieder impulsgebend wurden für die ersten „Leitsätze des BRSD“ 1976 (siehe Auszüge in: Christ*in und Sozialist*in, Heft 4/2010, S. 37-39; vollst. in: GW II, S. 13-20). Das soll natürlich nicht heißen, Tillich wäre fortan ein Unpolitischer gewesen. Noch selbst frisch immigriert, engagierte er sich helfend in Emigrantenkreisen (Self-Help for Emigrants). Während des Kriegs nahm er mehrfach öffentlich Stellung zur Lage in Europa, vornehmlich zur Situation in Deutschland (Rundfunkansprachen an das deutsche Volk über „Voice of America”) und auch noch nach 1945. Er äußerte sich kritisch in der Frage von Judentum und Zionismus und bezog in der Friedensfrage entschieden gegen die Atombombe und Krieg Stellung. Der Ges. Werke-Band „Die religiöse Deutung der Gegenwart“. Aufsätze zur Zeitkritik, zeugt von vielfältigen politischen Einmischungen Tillichs von theologischer Warte aus in Zeitfragen und Gegenwartsprobleme, darunter der Beitrag von 1937 Die Kirche und der Kommunismus (GW, Bd. X, 1965, S. 146-157).

Bremen, 7. November 2017

Literatur/Quellen (Auswahl):

Matthias Kroeger: Paul Tillich als Religiöser Sozialist. In: Hermann Fischer (Hg.): Paul Tillich. Studien zu einer Theologie der Moderne. Frankfurt/M. 1989; S. 93-137.

Ulrich Peter: Der Bund der religiösen Sozialisten in Berlin von 1919-1933. Frankfurt/M. 1995

Paul Tillich: Die sozialistische Entscheidung. Berlin 1980

Ders.: Christentum und soziale Gestaltung. Gesammelte Werke, Bd. II, Stuttgart 1962

Ders.: Impressionen und Reflexionen. Ein Lebensbild in Aufsätzen, Reden und

Stellungnahmen. Gesammelte Werke, Bd. XIII. Stuttgart 1972
Ders.: Für und wider den Sozialismus. Stuttgart 1969
Ders.: Auf der Grenze. Eine Auswahl aus dem Lebenswerk. Vorw. von Heinz Zahrnt. München 1987
Tillich-Auswahl. 3 Bde. Hrsg. von Manfred Baumotte. Mit e. Einf. von Carl Heinz Ratschow. Gütersloh 1980
Wilhelm und Marion Pauck: Paul Tillich. Sein Leben und Denken. Bd. 1: Leben. Stuttgart-Frankfurt 1978
Horst G. Pöhlmann: Gottesdenker. Prägende evangelische und katholische Theologen der Gegenwart. 12 Porträts (darin: Paul Tillich – Grenzgänger, nicht Trittbrettfahrer; S. 80-104). Reinbek b. Hamburg 1984
Werner Schüßler: Paul Tillich. München 1997
Gerhard Wehr: Paul Tillich in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek b. Hamburg 1987
Stefan Wehowsky: Paul Tillich und die Grundprobleme des Religiösen Sozialismus; in: Christ und Sozialist, Heft 3/III. Vierteljahr 1979, S. 14-27
Werk und Wirken Paul Tillichs. Ein Gedenkbuch. Stuttgart 1967 (enth. u. a. Beiträge von Adorno, Bloch, Heimann, Horkheimer und Tillichs letzte Rede).
Hans-Dieter Wolfinger: Der unvollendete Sozialismus. Ein vergessener Auftrag der Kirche. Hamburg 1970

Elmar Klink

Klink, Elmar Jg. 1953; freier Autor; 1978-83 Studium der Sozialarbeit und Sozialwissenschaft in Bremen; Kriegsdienstverweigerung 1971 und Zivildienst 1976/77 beim Sozialen Friedensdienst Bremen e.V. in der gemeindlichen Kindergarten- und offenen Jugendarbeit; frühere langjährige Berufstätigkeit in Beratung und Öffentlichkeitsarbeit einer Bundesgeschäftstelle für evangelische Friedensarbeit; aktiv in Gewaltfreier Aktion, Antikriegs- und Friedensbewegung; Mitarbeit an politischen Zeitungen; Aufsätze und essayistische Beiträge; lebt in Bremen.

Eine Diskussion zu Axel Honneth „Die Idee des Sozialismus“

Probleme des Sozialismus

Von Johann Bauer

Die Probleme, die der Kapitalismus sozial, ökologisch und ökonomisch verursacht, werden täglich Thema; auf vielen Ebenen werden Reformvorschläge gemacht, die seinen zerstörerischen Konsequenzen Grenzen setzen sollen. Aber gibt es noch/ wieder sozialistische Alternativen? Die Jahrestage der Oktoberrevolution und anderer revolutionärer Ereignisse nach dem ersten Weltkrieg geben Anlass für die Diskussion: Was bleibt? Kann es einen besseren Neubeginn geben oder lässt man die To-

ten die Toten begraben? Muss man gar umgehende „Gespenster“ fürchten?

Irritierend ist etwa Axel Honneths „Versuch einer Aktualisierung“[1] schon im Titel: „Die Idee des Sozialismus“: Handelt es sich tatsächlich um „die“ eine Idee „des“ Sozialismus? Müsste man nicht von der ungeheuren Verschiedenheit der Ansätze und Realisierungen sprechen? Kann man 70 Jahre nach der spanischen Revolution und den bewaffneten Kämpfen zwischen Anarchisten und Stalin-Kommunisten und so vieler anderer blutiger Konfrontationen wirklich noch von einem Sozialismus ausgehen? Und handelt es sich 150 Jahre nach der Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation noch um die „Idee“? Was ist aus der „wirklichen Bewegung der Aufhebung“ geworden? Heißt „Die Idee des Sozialismus“ vielleicht, dass außer einer Idee nichts geblieben ist? Dass der Sozialismus als leninistische oder sozialdemokratische Praxis sich „zur Kenntlichkeit“ entwickelt hat? Was kann von einer Idee übrigbleiben, deren Realisierungen sie fortgesetzt diskreditieren? Das hat auch die Rezensenten ratlos gemacht, so dass sie wie üblich in Abstraktionen und Verrätselungen ihr Heil suchen: „In den Begriff des Sozialismus scheinen der Verrat und das Festhalten an der Emanzipation eingeschrieben: Das Versprechen des Sozialismus verbleibt in einer Abwesenheit, in einer Vergangenheit, die das sich je und je wiederholende Scheitern einer Zukunft ist, die sich nicht in einer Wiederholung des Immergleichen erschöpft. Wer heute jemandem vorwirft, dass er den Sozialismus verraten habe, der stellt alles in Frage – und zugleich nichts.“ raunt etwa Sebastian Schreull.[2]

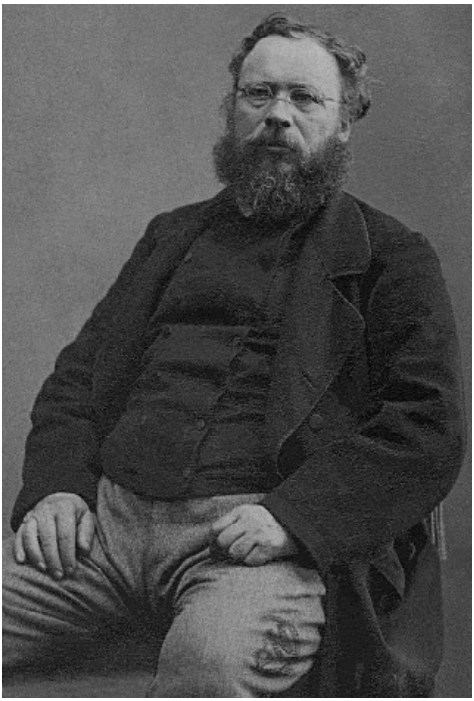
Auch hier ist der Fehler, dass von „dem“ Sozialismus geredet wird, historische Todfeinde unter einem Begriff zusammen gefasst werden.

Sympathisch fängt Honneths Buch an: Ein Motto aus Walt Whitmans „Leaves of Grass“, ein „lebendiger Funke“ (S.12) soll dem alten Thema entlockt werden „wenn seine leitende Idee nur entschieden genug aus seinem im frühen Industrialismus wurzelnden Denkgebäude“ (S. 12) gelöst wird. Mit den Frühsozialisten wird begründet, dass „die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum“ ja kein Selbstzweck war, sondern die moralischen Forderungen nach Freiheit und Brüderlichkeit vereinbar machen und verwirklichen sollte (S. 30f). Gegen die enge Auslegung individualistischer Freiheit als Privategoismus setzen Louis Blanc und Pierre-Joseph Proudhon Wirtschaftsmodelle, die Selbstverwirklichung der einzelnen mit der aller versöhnen sollen, Proudhon sagt 1849 in den „Bekenntnissen eines Revolutionärs“, dass „Freiheit und Solidarität identische Ausdrücke sind.“

Die große Überraschung: Proudhon

Weil das auch von Honneths Rezensenten[3] beharrlich beschwiegen wird, will ich es hier besonders hervorheben: Der Anarchist Proudhon ist – wie etwa auch bei den anti-totalitären und föderalistischen Kritiken in der Zeitschrift „Die freie Gesellschaft“ nach dem zweiten Weltkrieg – eine Inspirationsquelle: „Bei keinem Denker der frühen Sozialisten war das Bewußtsein dafür, dass es sich bei der eigenen Bewegung um den Versuch der Fortsetzung eines die Geschichte im ganzen bestimmenden Prinzips der Beseitigung von sozialen Kommunikationsbarrieren handeln sollte, stärker ausgeprägt als bei dem von Hegel beeinflussten Proudhon …“[4]

Wer die Diskussionen der letzten Jahre erinnert, in denen etwa Antje Schrupp, die



Pierre-Joseph Proudhon

1999 die bisher umfassendste deutschsprachige Darstellung der Frauen in der ersten Internationale veröffentlicht hat, Proudhon als Antifeministen aus den Ahnenreihen der Anarchist(inn)en entfernen wollte, wird überrascht sein über den prominenten Platz, den Proudhon in Honneths Sozialismus-Schrift einnimmt. Proudhon schwankt in der Perspektive Honneths zwischen Konzepten, in denen eine Gemeinschaft „aus bereits vorgängig freien Mitgliedern" besteht, „die durch das kooperative Zusammenwirken" einander unterstützen und einer zweiten Konzeption, in der das „Zusammenwirken in der Gemeinschaft als die soziale Bedingung" verstanden wird, die die Freiheit der einzelnen möglich macht (S. 35), jedenfalls wirft er die entscheidenden Fragen auf.

Für Honneth hat Proudhon Marx „den Weg bereitet"; in seinem historischen Materialismus finden sich „immer wieder deutliche Spuren von Proudhons spekulativen Gedankengängen." (S. 75).

Ein Leitproblem des Buches: Die Bindung der Theorie an eine Bewegung, die „zur Verwirklichung drängt" ist unaufhebbar, sonst bleibt nur Ideal contra uneinsichtige Realität. Insofern ist das Scheitern der Arbeiterbewegung für jede sozialistische Konzeption ein großes Problem, sie muss entweder akademisch werden oder eine neue soziale Bewegung erkennen, die zur Verwirklichung drängt, die irgendeinen Halt im Tatsächlichen findet (ähnlich Honneth, S. 70,71). Honneth sieht mit Dewey eine „Bewegung der Entgrenzung von Kommunikation und sozialer Interaktion" (S. 103) als historische Bewegung, die der Intuition der frühen Sozialisten entspricht, und einmal mehr sieht er Proudhon als denjenigen, der das am klarsten formuliert hat: „Reziprozitäten in einer ständig umfassenderen und damit entgrenzteren Weise zum Ausdruck zu bringen." (S. 103) Wie damit Proudhons antifeministische und anti-jüdische Diskurse zu vereinbaren sind, wäre m.E. allerdings zu diskutieren. Auch andere, nicht von Proudhon beeinflusste Arbeiterorganisationen legten Frauen auf Hausfrauentätigkeiten fest, aber tatsächlich hatte unter anderem Proudhons Antifeminismus in Frankreich zur Folge, daß in den Arbeiterbewegungen immer wieder Frauen ausgegrenzt wurden . Und es gab auch eine „rechte" Proudhon-Rezeption. Honneth jedenfalls identifiziert Proudhon mit einem sich in der gesamten Geschichte zeigenden

und von diesem aufgezeigten Bestreben, „Kommunikationsbarrieren niederzureißen und dementsprechend die Spielräume sozialer Freiheit zu erweitern." (S. 104). Sein altes Thema: Sozialismus, hier mit Hegel und Proudhon, als „Kampf um Anerkennung". Und als historische Tendenz, die nicht nur vom Willen der Subjekte abhängt.

Man kann ein Buch gegen Ausgrenzung schreiben – und damit ausgrenzen!

Wer sich nun freut, dass der Sozialismus bis hierhin sehr offen und anarchistisch-freiheitlich dargestellt wird, muss sich wundern, dass von allen späteren sozialistischen Konzeptionen, die weiterhin versucht haben, eine sozialistische Freiheit zu begründen und gegen den etatistischen Monopolsozialismus zu verteidigen, Honneth keine mehr erwähnenswert erscheint. Alle föderalistischen Versuche von Michail Bakunin, Peter Kropotkin, den Syndikalist(inn)en, den Religiösen Sozialist(inn)en, Gustav Landauer, Max Nettlau, Fritz Oerter, Pierre Ramus, Helmut Rüdiger, Clara Wichmann bis zu Martin Buber und Albert Camus und den Späteren: Fehlanzeige[4]. Der Grund scheint mir einfach zu sein. Was man schon lange wissen kann, nämlich die Abhängigkeit der Entwicklung Marx' von Fourier, Proudhon, Stirner, den Diskussionen der Junghegelianer und im „Bund der Gerechten" wurde in den letzten Jahren öfters bestätigt[5], also dürfen nun auch solche „Vorläufer" benannt werden. Kaum tritt aber Marx in Erscheinung, gibt es nichts mehr neben ihm, keinen Bakunin! Dabei war es gerade Bakunin, der den Satz, dass die Freiheit der anderen keine Grenze meiner Freiheit, sondern deren Bestätigung „ins Unendliche" bedeuten kann, weiter ausgesprochen hat. Soweit die Anarchisten heute mit solch einer Konzeption etwas anfangen können, halten sie Bakunin für deren Urheber (denn Proudhon kennen sie eher als Antifeministen und Antisemiten); Honneth hingegen, der natürlich auch Proudhons bedenkliche Seiten kennt, sieht (vor Marx) die Probleme durch Proudhon am deutlichsten aufgeworfen. Den Schritt, den Honneth bei Proudhon vermisst, „die Erlangung von individueller Freiheit direkt an die Voraussetzung eines solidarischen Zusammenlebens zu binden" (S. 35) hat gerade der ungenannte, „nicht zitierfähige" Bakunin vollzogen[7]. Und dass es für Honneth seit Marx nur noch den deutschen Mainstream-Sozialismus gibt, ist desto schlimmer, als er selbst erklärt, man könne sich einen zukünftigen Sozialismus „nur in einer postmarxistischen Form" (S. 87) vorstellen.

Honneth entfaltet dann einen Begriff sozialistischer Gemeinschaft, der sicherlich bei den utopischen Sozialist(inn)en, Anarchist(inn)en, tolstoianischen Siedler(inne)n eher zu finden sein dürfte als in den marxistischen Parteien: dass man nicht nur nebeneinander und miteinander, sondern füreinander tätig ist, Anteilnahme an den anderen Kernpunkt des Sozialismus ist (S. 46f; 51). Man könnte hier gut Kropotkins „gegenseitige Hilfe" assoziieren! Und dass diese in einer befreiten Gesellschaft institutionalisiert wird. Oder man könnte Bauman/Levinas als Anreger solcher Konzeptionen diskutieren: Das Antlitz der anderen. Wo wenig davon zu finden ist, das ist gerade der Sozialismus, mit dem Honneth sich offenbar identifiziert und den man wohl in einem weiten Sinn „sozialdemokratisch" nennen muss.

Politik oder Anti-Politik?

Honneth kritisiert an den sozialistischen Bewegungen: „Aus schwer erfindlichen Gründen war der gesamte Bereich der politischen Willensbildung aus dem Blick geraten" (S. 50). Aus meiner Sicht wäre das leicht zu verstehen, wenn es denn stimmen würde: Die Staaten waren eben zunächst überwiegend Verfolger der Arbeiter(innen)bewegungen, repressiv. Diese Bewegungen hatten zur politischen Sphäre überwiegend keinen Zugang. Es wurde aber sehr wohl für Menschenrechte gekämpft: Sich zu organisieren, Presse- und Meinungsfreiheit usw. Aber es war eher offensichtlich, dass die vorgefundene politische Sphäre nicht der Reorganisation und Entscheidungsfindung unter der Perspektive einer freien und solidarischen Gesellschaft würde dienen können. Andererseits: Die marxistischen und reformistischen Parteien, die zu Wahlen Kandidaten aufstellten, sich als Partei organisierten, entwickelten schnell ein viel zu weit gehendes Interesse an den existierenden politischen Formen. Die Macht der Klasse wurde mit den Wahlerfolgen identifiziert, man lebte sich ein und entwickelte Interessen an der Erhaltung der (reformierten) Formen. Das wurde im ersten Weltkrieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit überdeutlich als etwa die deutsche Sozialdemokratie alle alternativen politischen Formen bekämpfte. Auch dies ist letztlich verständlich: Erfolge waren gerade hier möglich, während eine Perspektive auf Beseitigung der Lohnarbeit, schon beim späten Marx, zunehmend schleierhaft wurde. Aber die Kritik der Antiautoritären am Parteisozialismus musste deshalb sein: Der Sozialismus ist nur noch politisch im Sinne von Wahlbeteiligung, öffentlicher Demonstration der Stärke der Parteien und Nebenorganisationen, greift aber gerade in die Sphäre der Arbeit, der Technik, der Beziehungen kaum noch ein. Es sind also unterschiedliche Verständnisse von „Politik" um die es geht, und wenn die Anarchisten „Politik" verwarfen, so meinten sie gerade die Abstraktion vom Alltag und die Entstehung von Berufspolitikern, einer abgehobenen Elite.[8]

Honneth kritisiert am Traditionssozialismus seinen „Wirtschaftsfundamentalismus" (S. 122); „man ließ sich den Begriff der Demokratie vielmehr von liberaler Seite vorgeben" (S. 122), entwickelte also keinen Begriff sozialer Freiheit für die politische Sphäre und überließ Fragen der Integration der Gesellschaft „den Erfordernissen der industriellen Produktion" (S. 124). Funktionelle Differenzierung wurde nicht zur Kenntnis genommen, man dachte Gesellschaft vom steuernden Zentrum der Ökonomie her. Auch „zu einer Einarbeitung der liberalen Grundrechte in das eigene Denken konnte es nicht kommen, weil darin dem politischen Handeln im Sinne der demokratischen Willensbildung gar keine unabhängige Rolle zugestanden wurde …" (S. 129). Die Grundrechte-Blindheit der Sozialist(inn)en macht Honneth auch dafür verantwortlich, dass ein „systematisch begründetes Bündnis mit dem radikalen Flügel der liberalen Republikaner" (S. 129) ausgeschlossen war[9]. Wenn man nicht nur die „offiziellen" und patentierten „wissenschaftlichen" Sozialist(inn)en in den Blick nimmt, wäre das viel genauer zu untersuchen, dabei gab es durchaus unterschiedliche Erfahrungen. Sicherlich wurde oft Klassenpolitik ökonomistisch bestimmt, es gab aber gerade im Anarchismus immer auch Kräfte, die gerade das angriffen und die Unterordnung aller ökonomischen Ziele und Interessen un-

ter die Freiheitsperspektive und das Ziel einer solidarischen Gesellschaft forderten. Wenn man sich „antipolitisch" definierte, so war damit gemeint: staatsfeindlich, gegen die Hierarchie, gegen Zentralismus. Eine föderalistische „Politik" war so nicht ausgeschlossen, und da ja die Zukunft immer begonnen, antizipiert werden sollte, wurden auch – bis heute, man denke an Konsensentscheide, Mediation, Minderheitenrechte in den sozialen Bewegungen – Formen der Entscheidungsfindung und der Konfliktregelung gesucht, die gerecht sein sollten.

Der Anarchismus hat allerdings in seiner Parlamentarismus-Kritik auch gelegentlich die Unterschiede politischer Formen etwas gering geschätzt, dagegen richtete sich etwa Rudolf Rockers Schrift „Der Kampf ums tägliche Brot", um 1925 im Verlag „Der Syndikalist" erschienen und mehrfach nachgedruckt[10].

Rocker musste seine Auffassung durchaus verteidigen gegen einen „Überradikalismus", der die politische Sphäre als nebensächlich oder bloßen „Überbau" ignorieren wollte:

„Jede neue Wirtschaftsordnung fordert kategorisch eine neue Form der politischen Organisation, innerhalb derer sie sich auswirken und in natürlicher Weise entwickeln kann. Aus diesem Grunde muß es eine der ersten Aufgaben des Sozialismus und der Sozialisten sein, das bestehende Staatssystem durch eine neue Form der politischen Organisation zu ersetzen, in welcher das Regieren der Menschen dem Verwalten der Dinge weichen muß.[11]

Von diesem Standpunkt ausgehend, erblicken wir in der Eroberung der politischen Macht keine Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus – eine Auffassung, wie sie von den Arbeiterparteien der verschiedenen Länder noch bis heute vertreten wird – unsere ganze Aufmerksamkeit ist vielmehr darauf gerichtet, jede politische Macht und Herrschaftseinrichtung aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschalten, weil dieselbe unvermeidlich zu neuen Formen der Ausbeutung führen müßte.

Wir begnügen uns indessen keineswegs mit dem Zukunftsideal einer herrschaftslosen Gesellschaft, unsere Bestrebungen sind auch schon heute darauf eingestellt, die Wirkungssphäre des Staates, wo immer sich eine Gelegenheit dazu bietet, zu beschränken und seinen Einfluß auf die verschiedenen Zweige des gesellschaftlichen Lebens nach Kräften einzudämmen. Es ist gerade diese Taktik, welche uns in erster Linie von den Methoden der sogenannten Arbeiterparteien unterscheidet, deren ganze Bestrebungen darauf gerichtet sind, den Wirkungskreis der staatlichen Macht fortgesetzt zu erweitern und dieselbe auch im weitesten Maße auf das Wirtschaftsleben auszudehnen, wodurch einer Periode des Staatskapitalismus der Weg geebnet wird, der seinem ganzen Wesen nach nur das Gegenteil von dem sein kann, was der Sozialismus eigentlich erstrebt.

Diese Auffassung besagt aber keineswegs, daß die bestehenden politischen Formen eines Landes für uns gar keine oder nur nebensächliche Bedeutung haben. Gerade wir dürfen die allerletzten sein, welche die Arbeiter zu dem Wahn verführen wollen, daß ihnen die jeweilige Regierungsform gleichgültig sein kann und es für sie kein Unterschied ist, ob sie gezwungen sind, in einem zaristisch oder faschistisch regierten Staate leben zu müssen, oder ob sie sich gewisser politischer Rechte und Freiheiten erfreuen können, die ihnen sowohl für ihre täglichen Kämp-

fe gegen das Unternehmertum, als auch für jede Art der Propaganda, welche ihre soziale Befreiung zum Ziele hat, von allergrößter Wichtigkeit sind."

„Sowohl für seine unmittelbaren Bedürfnisse als auch für seine endgültige Befreiung aus wirtschaftlicher, politischer und sozialer Sklaverei benötigt der Arbeiter die denkbar größten politischen Freiheiten, die er sich gegebenenfalls erkämpfen muß, dort, wo sie ihm versagt werden, und die er mit aller Energie verteidigen muß, dort, wo die Reaktion Anstalten trifft, ihm dieselben zu entreißen."

„Nicht weil den Regierungen diese Rechte sympathisch waren, hat man sie gegeben, sondern weil sie stets durch den Druck der äußeren Umstände dazu gezwungen wurden, weil das Volk sie vor vollendete Tatsachen stellte, die man nicht mehr ungeschehen machen konnte und die man notgedrungen sanktionieren mußte, um ihnen einen gesetzlichen Anstrich zu geben. Anderenfalls hätte sonst das Volk leicht auf die Idee kommen können, daß es diese Errungenschaften seiner eigenen Kraft und nicht der Gnade seiner Regierung zu verdanken habe". „Politische Rechte und Freiheiten haben eben nur dann einen praktischen Wert, wenn sie einem Volke zur inneren Gewohnheit geworden sind und wenn jeder Versuch, dieselben zu beeinträchtigen, mit dem heftigsten Widerstand der Massen rechnen muß. Respekt erzwingt man sich, indem man seine Würde als Mensch zu wahren weiß", sagt Rocker unter ausdrücklicher Berufung auf Kropotkin.

Ein Problem ist, dass in allen modernen Nationalstaaten „Politik" mit Staat und „Parteien" identifiziert ist. Und dies nicht zufällig, oder wegen theoretischer Irrtümer, sondern weil der Staat der Ort der Politik tatsächlich ist. Aber natürlich hat es „Politik" auch früher gegeben: Diskussionen über das Gemeinwesen, Entscheidungen, die alle betreffen, das Palaver, das der moderne Staat als ineffektiv verachtet. Die anarchistische Programmatik war anti-politisch da sie ja den Staat „zerschlagen" oder „in die Gesellschaft zurücknehmen" oder durch andere Beziehungen unter Menschen ersetzen wollte.

Marxistische Geschichtsmetaphysik

Ein berechtigter Kritikpunkt Honneths ist die marxistische Geschichtsmetaphysik, die meinte „wissenschaftlich" nachgewie-

Manifest

der

Kommunistischen Partei.

Veröffentlicht im Februar 1848.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

London.

Gedruckt in der Offizin der „Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter" von J. E. Burghard.

46, Liverpool Street, Bishopsgate.

Kommunistisches Manifest

sen zu haben, dass eine „gesetzmäßige" Entwicklung den Sozialismus bringen werde. Das ist von den Anarchisten so lange kritisiert worden, dass es sich hier erübrigt, darauf näher einzugehen. Bezeichnend ist eher, dass solcher Attentismus einmal mehr langatmig und diesmal mit Dewey (S. 96ff) kritisiert wird, obwohl dieser m.E. wenig zum Sozialismus beigetragen hat. Es bleibt aber völlig richtig, diese Geschichtsmetaphysik zu verwerfen.

Marx schwankte bei der Frage nach den Triebkräften des erwarteten Fortschritts zwischen Klassenkampf und technologischem Determinismus; der technologische Determinismus („Produktivkraftentwicklung") erleichterte einer schwachen Arbeiterbewegung die Überzeugung, dass ihr die Zukunft gehöre. Otto Rühle, auch dieser kommt zu seinem Schaden bei Honneth nicht vor, hat den Marxismus als Ideologie eines schwachen Proletariats beschrieben, das sich so „der Gesetzmäßigkeit" eines imaginierten Geschichtsverlaufs überlässt. Honneth führt zu Recht diese Seite des Marxismus auf Saint-Simons Technokratie zurück, aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Dieser Determinismus konnte sich gut mit der Überzeugung eines politischen „Hineinwachsens" in den Zukunftsstaat verbinden und hatte zur verhängnisvollen Konsequenz, dass „Sozialismus" nicht mehr als Experiment mit neuen Lebensformen: Kollektivfabriken, Siedlungen usw. verstanden wurde.

Keine Experimente?

Eine der schlimmsten Folgen der Durchsetzung des Marxismus in der Arbeiter(innen)bewegung war, dass „experimentelle Erprobungen des Spielraums" (S. 90) für alternative Lebens- und Produktionsformen als unwissenschaftlich, utopisch und kleinbürgerlich denunziert wurden. In der Tendenz wurde Sozialismus mit Zentralismus und Plan identifiziert. Dass Honneth „den Sozialismus" wieder als eine Spielräume und Experimente erprobende Bewegung versteht, gehört zu den Stärken des Buchs. Leider ist auch hier Dewey sein Gewährsmann, schon berechtigt. Aber wieviel könnte man von den Sozialist(inn)en lernen, die sich gegen die Parteien und Marxisten für solche Experimente stark gemacht hatten! Oft waren es auch früher schon Krisen der Arbeiterbewegung oder der eigenen sozialrevolutionären Gruppen, die Diskussionen über konstruktive Programme anregten, so etwa in der „Internationale" der FAUD, bei Nettlau, Rocker und so vielen anderen, vom außereuropäischen Sozialismus zu schweigen. Und als die DDR zusammenbrach, wurde von der Graswurzelrevolution zum Thema gemacht, dass es niemals Arbeiter- und Bauernstaaten geben kann und stattdessen das sozialistische Experiment propagiert.[12]

Honneth verwirft die Markt-Feindlichkeit des traditionellen Marxismus. Als Alternative zum Markt blieb so nur der zentrale Plan, angeblicher Ausweis höherer Rationalität. Und dass das – mit oder ohne Hegel – etatistische Formen des „Sozialismus" begünstigen muss, ist naheliegend. Honneth ist zuzustimmen, dass es Märkte vor dem Kapitalismus gab, wie Polanyi, Etzioni und Albert Hirschman gezeigt haben. Eine bruchlose Identifikation von Marktwirtschaft mit Kapitalismus ist überzogen (Honneth etwa S. 94, S. 108); wie wir alten Moralökonomen will er das Ökonomische (wieder) dem Sozialen unterordnen. Es bleibt aber auch ein Problem, einen „Markt-Sozialismus" zu konzipieren, der nicht wieder kapitalistisch wird. Warum

dann nicht doch den Kropotkin/Ramus'schen Kommunismus neu denken? Letztlich spricht Honneth sich für ein „gemischtes Wirtschaftssystem" aus (S.107). Wenn Honneth mit Erik Olin Wright drei Modelle sozialer Freiheit für vorstellbar hält, so wären das neben dem Markt-Sozialismus auch der „zivilgesellschaftliche" „Verein freier Produzenten", den ich gerade als kommunistische Vision identifiziert habe, und der demokratische Wohlfahrtsstaat (S. 94). Dass der Kapitalismus das einzig effiziente Modell ökonomischer Koordinierung sei, muss jedenfalls entmythologisiert werden. Die Diskussion über alternative Ökonomien ist neu eröffnet. Denken wir an die Debatten über „Gemeinwohl-Ökonomie", „Commons" oder „Postwachstums-Gesellschaften".

Ein sozialdemokratisches Programm

Honneth hält staatliche Steuerung wirtschaftlicher Prozesse im Dienste gesellschaftlicher Wohlfahrt für das erfolgversprechendere Konzept, ist also ein Vertreter moderner Sozialdemokratie: Mitbestimmung, Mindestlohn, garantiertes Grundeinkommen. Vom Klassensozialismus bleibt für ihn nichts übrig, „alle Bürgerinnen und Bürger" (S. 119) sind Adressaten, wir können sie auch offen „Staatsbürger" nennen, was denn sonst?

Nicht welthistorische Persönlichkeiten (Hegel) oder ein revolutionäres Subjekt (Proletariat) kommen für Honneth noch als „soziale Träger" des Sozialismus in Frage, er ist auch skeptisch, ob soziale Bewegungen die Hoffnung weit genug tragen, sondern er identifiziert „bereits in institutionellen Errungenschaften, in veränderten Rechtssetzungen und kaum mehr rückgängig zu machenden Mentalitätsverschiebungen" (S. 116) die „Spurenelemente eines zu erwartenden Fortschritts" (S. 116). Ist hier nicht das alte evolutionistische Paradigma in Gestalt der Demokratie neu erstanden? Sind diese „Errungenschaften" wirklich so gut gesichert, dass sie „kaum rückgängig" gemacht werden können? Erleben wir nicht gerade politische Bewegungen, die genau das „Rückwärts" umsetzen? Kommt man wirklich um die individuellen und kollektiven Subjektivitäten herum und findet eine bessere Gewissheit in den Institutionen?

Dennoch hat der Gedanke etwas Bestechendes: „Nicht aufbegehrende Subjektivitäten mithin, sondern objektiv gewordene Verbesserungen, nicht kollektive Bewegungen, sondern institutionelle Errungenschaften sollten als soziale Träger der normativen Ansprüche gelten, die der Sozialismus innerhalb der modernen Gesellschaften anzumelden versucht …" (S. 117) Und das Bestechende kommt von unserer Schwäche, so wie der historische Determinismus aus der Schwäche der Arbeiterbewegung resultiert, die sich immer besser organisiert, aber aus Angst um die Organisation verlernt, zu kämpfen. „Normative Ansprüche anmelden" klingt wie eine Schrumpfform von „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht" oder „Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein" oder „Die soziale Revolution ist keine Parteisache". Und dennoch: Soziale Bewegungen versuchen, durch Institutionalisierung ihre Errungenschaften zu stabilisieren, das ist notwendig. Und es kommt sehr darauf an, wie sie das versuchen.

Funktionale Differenzierung

Dass die frühen Sozialisten die funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften ignoriert haben, wirkt sich auf ei-

nem Feld aus, das sonst zum Anwendungsgebiet sozialer Freiheit hätte werden können: Ehe, Familie, Privatleben.

Dabei hatten die Frühsozialisten durchaus weitreichende Veränderungen der Geschlechterbeziehungen vorhergesehen. Nur die „unrühmliche Ausnahme" (S. 131) Proudhon hielt zeitlebens daran fest, die Frauen seien für Kindererziehung und Hausarbeit zuständig. Dafür hatten nicht wenige prominente Marxist(inn)en selbstverständlich Hausangestellte, auch ein merkwürdig blinder Fleck der Theorie/Praxis!

„Obwohl der ganze Begriff der sozialen Freiheit offensichtlich zunächst am anschaulichen Vorbild der Liebe gewonnen und von dort aus auf die gesellschaftlichen Arbeitsbeziehungen übertragen worden war, unternimmt man dort, wo die Belange der gerade entstehenden Frauenbewegung in den Blick geraten, keinerlei Anstrengungen, ebenjenen Begriff nun umgekehrt wieder für das Projekt einer Emanzipation von Ehe und Familie fruchtbar zu machen." (S. 132) Mich hat es etwas an Steiners „Dreigliederung des sozialen Organismus" erinnert, wenn Honneth „drei Freiheitssphären" unterscheidet (S. 144), von denen jede „nur je eigenen Normen folgt" (144): persönliche, wirtschaftliche und politische Beziehungen vermitteln je unterschiedlich Individuum und Gesellschaft, sind aber aufeinander bezogen und demokratisch: Produzenten – Bürger – Beziehungspartner. Dafür ist die „Kunst der angemessenen Trennungen" (S. 147) zwischen den Handlungssphären gefordert, denn jede soll ihren „eigensinnigen Spielraum" erhalten (147). Honneth trennt sich vom Organizismus, indem er eine „Instanz der reflexiven Steuerung" fordert, die Veränderungsprozese anstößt, Grenzen zieht, Anpassungsprozesse steuert. (147f, hier S. 148) Kann das noch der Nationalstaat sein? Auf das Zentrum scheint Honneth nicht verzichten zu können, „dann nämlich könnten die in diesem Zentrum tätigen Subjekte insgesamt als dasjenige Kollektiv fungieren, auf das ein revidierter Sozialismus mit seiner Vision einer demokratischen Lebensform einzuwirken versuchen würde, um es zu experimentellen Entdeckungstaten zu motivieren." (S. 150) Welches soziale Organ soll nun steuern? Die Öffentlichkeit. Die „politischen Bürger" (154), nicht mehr die Lohnarbeiter. Dabei spricht er nicht vom Staat, aber welche politische Öffentlichkeit mit legitimierter steuernder Funktion kennen wir denn sonst?

Ist der Sozialismus nun ein „nationalgesellschaftliches" oder ein internationalistisches Projekt (S. 154)? Offensichtlich sind gerade die zuvor unterschiedenen Sphären in ganz unterschiedlichem Grad internationalisiert; auch in den einzelnen Ländern gibt es enorme Unterschiede bis zu welchem Grad sie das sind. Wie soll etwa die politische Sphäre transnational werden? Das Wirtschaftssystem ist sicherlich am stärksten „weltgesellschaftlich". Weiter: Alles, womit der durch Honneth erneuerte Sozialismus „rechnet" (156) bedarf „in hohem Maße einer Absicherung durch Verfassungen und Grundrechte" (156)."[13] Auch wenn die normativen Regeln einzelner Handlungssphären heute in zunehmendem Maße auf transnationaler Ebene bestimmt werden, rechnen große Teile der Bevölkerung doch weiterhin ‚ihren' eigenen nationalstaatlichen Organen die Fähigkeit zu, derartige Regeln nach demokratischen Vorgaben zu erlassen und zu verändern." (S. 157) Es werden sichtbare Instanzen erwartet, denen man ein Ge-

schehen zuordnen kann und die zur Verantwortung gezogen werden können. Das „tatsächliche Ausmaß des staatlichen Souveränitätsverlustes“ (157) wird von dem „hinterherhinkenden“ Bewusstsein der Staatsbürger nicht nachvollzogen; so gerät das sozialistische Projekt zwischen Avantgardismus und Populismus. „Auch organisatorisch“ muss der Sozialismus eine weltweite Bewegung sein (158); lokale Experimente müssen sich aufeinander beziehen, so dass sich die Erfolgsaussichten der Experimente auch anderswo erhöhen (S. 158/159). Es ist das alte „müsste“ und „sollte“, davon wollte Honneth gerade weg und stattdessen „das bestimmende Strukturprinzip alles Gesellschaftlichen“ (S.105) einsetzen. Dafür müsste es aber ein global agierendes Aktionszentrum geben, das Honneth sich nach dem Muster von Greenpeace oder Amnesty vorstellt (159). „Nach außen, in das hinein, was seit jüngerem gern ‚Weltöffentlichkeit‘ genannt wird, so ließe sich auch sagen, vermag der Sozialismus heute nur als ‚politische‘, ethisch neutralisierte Lehre aufzutreten, während er nach innen hin, gegenüber seinen je konkreten Adressaten, nur in Gestalt einer lebensweltlich voll ausbuchstabierten, sinnerzeugenden Theorie wirksam werden kann.“ (161) Die komplizierte Ausdrucksweise scheint mir hier einmal mehr das gravierendste Problem zu verdunkeln: Gerade die Unterklassen sehen in Grenzen aller Art einen Schutz und verlangen Sicherheit durch Abschließung, Ausgrenzung, Unterscheidung, wer dazu gehört und wer nicht. Es ist ja kein Zufall, dass die Basis der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien sich häufig von liberalen Positionen abgewandt hat und nationalistische und populistische Parteien unterstützt. Das hängt ganz direkt mit der Geschichte des nationalen Wohlfahrtsstaates zusammen, der eben das gewohnte Kampfterrain bildet.

„In den Sog einer moralischen Transnationalisierung sind heute alle kollektiven Adressaten des Sozialismus derart hineingerissen, dass sie sich den an sie gerichteten Forderungen der jeweils anderen Adressaten nicht länger verschließen können.“ (162) – die sei die entscheidende Tendenz. Das gilt eben nur als Sollens-Prinzip. Der Sozialismus und Arbeiterbewegungen zeigen auch in ihrer Geschichte zahlreiche Beispiele für Gegentendenzen, gerade Abschließung, auch den Ausschluss von „unterprivilegierten“ Gruppen …Und die Demokratie? Sehen wir nicht seit Jahren in Polen, Ungarn, Rußland, der Türkei, Indien, den USA … „starke Männer“ aufsteigen, für sicher geglaubte liberale Institutionen erodieren? In Frankreich Ausnahmezustand, fremdenfeindliche Bewegungen in den „zivilisiertesten“ Wohlfahrtsstaaten, gehen nicht die Gespenster der Zwischenkriegszeit um? Sind das nur Rückzugsgefechte der patriarchalen und rassistischen Reaktion? Oder wird ohne breite emanzipatorische Aufbrüche verspielt, was schon unumkehrbar schien?

Klassenkampf

Hoffnung setzt Honneth auf eine „Wandelbarkeit der gegebenen Ordnung statt auf die Tatkraft irgendeiner Klasse“ (S.164), es geht nicht nur um die Produktionssphäre, sondern auch um die persönlichen Beziehungen und die politische Willensbildung (165). Das ist ganz richtig gegen eindimensionale Vorstellungen des „Klassenkampfs“ gerichtet, wie sie typisch noch Trotzki vertreten hat, gegen den Dewey argumentierte. Aber dass auch „Klassenkampf“ nicht die schlichte Antwort ist,

sondern gerade die offene Frage, mit welchen Mitteln und Kampfformen tatsächlich emanzipatorische und sozialistische Ziele erreicht werden, kommt auch hier zu kurz. Alle die Debatten über Ziele und Mittel seit der ersten Internationale werden im Grunde ignoriert, so als verstünde sich von selbst, was „Klassenkampf" ist. Dass dieser alle noch so brutalen Mittel einfach einschließe und dennoch emanzipatorisch wirken könnte, gehört zu den irrationalsten und dunkelsten Traditionen gerade des „wissenschaftlichen" Sozialismus! Auch „Klassenkampf" war immer ein Kampffeld zwischen autoritären und antiautoritären Strömungen, die Frage der Gewalt war beispielsweise historisch sehr oft umstritten, aber auch die Kampf- und Organisationsformen: Massenstreik, Generalstreik, direkte Aktion, und welche? Wie wird Solidarität, Einheit hergestellt … – mit den Mitteln wurde immer schon um die Ziele gestritten!

Viele der Probleme des marxistischen Sozialismus werden von Honneth kritisch bearbeitet.

Aber eröffnet seine Konzeption einen Weg ins Freie? Auch wenn nicht die Populisten und Fremdenfeinde siegen ist zu befürchten, dass mangels Subjekt sozialistischer Verwirklichungen hier wieder eine historische Tendenz beschworen wird, die alle Probleme des Evolutionismus nicht vermeiden kann. Dabei erleben wir vielleicht den schärfsten Bruch in der Geschichte durch eine Technologie, die letztlich Menschen in unserem altmodischen Sinn gar nicht mehr mitdenken muss. Es handelt sich um Überflüssige oder Störfaktoren. Die Probleme, die mit den Eingriffen in Genstrukturen, mit Eingriffen ins Gehirn und die Emotionalität der Menschen, mit einer automatisierten Ökonomie in noch unklaren Kombinationen verbunden sind, lassen die Verbindungen von Freiheit und Solidarität seltsam obsolet erscheinen. Digitalisierte Massenkontrolle mit chinesischen Punktsystemen, die seltsame Formen von individueller Entfaltung („Selbstoptimierung") durch Konkurrenz und Leistung mit sozialer Sicherheit/Gleichheit verbinden , damit ein solches soziales System stabil sein kann, sind eine mögliche und sogar spontan entstehende Zukunft.. Durch Beobachtung und Selbstbeobachtung garantieren durchrationalisierte Beziehungen Normalität, Anpassung, Flexibilität In neuen Herrschaftsformen, sind die „klassischen" Konzepte von Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Individualität „aufgehoben". Vielleicht ersetzt „Transparenz" „Privatheit" als Leitmotiv? Wird hier gar Honneths „Öffentlichkeit als organisierendes Zentrum" auf den Begriff gebracht? Gleichzeitig hat der Sozialismus, der vielleicht zu einem nicht geringen Teil in vorindustriellen sozialen Situationen und Motiven wurzelt (in bäuerlichen, handwerklichen, religiösen Lebensformen, wirklich „dagegen" waren oft nur die Industriearbeiter der ersten Generation, danach sollte „das Beste draus gemacht" werden und man passte sich dem Industrialismus und der Hierarchie an) möglicherweise keine Motivgrundlage mehr. Vielleicht sind umgekehrt auch manche „autoritäre" Widerstände geschwunden (wie im „Kommunistischen Manifest" vorhergesagt?), aber sind nicht eher neue Formen von Kommerz und Verwaltung zu befürchten? Neue Oligarchien, Eliten und Klassen? Ausbeutungsverhältnisse in Dimensionen der Person, die früher jedem Angriff entzogen waren – oder so schienen? Die inzwischen aber gar nicht mehr als Angriff,

sondern als Bereicherung verstanden werden.

Gleichzeitig untergräbt die kapitalistische Entwicklung die Regenerationsfähigkeit der Erde, sogar der Sand wird knapp, sauberes Wasser ohnehin. Es werden neue Programme aufgelegt, ferne Planeten zu besiedeln, die nächste und übernächste technische Welle soll – einmal mehr – den Ausweg darstellen. Der Notausgang wird nicht für alle offen sein.

So wäre also gegen solche apokalyptischen Hoffnungslosigkeiten ein antiautoritärer Sozialismus dringend notwendig, aber wir enden nicht zum ersten Mal bei der Feststellung „Es fehlen die Menschen" (so schon während der Rationalisierungswelle Mitte der zwanziger Jahre!). Und der evolutionistische Trost ist mehr als zweifelhaft.

1 Honneth, Axel: Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung. Berlin 2015
2 http://literaturkritik.de/id/21823
3 Das wird niemanden wundern, der etwa in den 70er Jahren wagte, Proudhon gegen Marx' Polemik „Elend der Philosophie" oder den Proudhonianer Mülberger gegen Engels Schrift „Zur Wohnungsfrage" zu verteidigen … Schreull etwa nennt Bernstein als Bezugsperson Honneths und führt dagegen Rosa Luxemburg und Karl Korsch „oder andere Rätekommunisten" an. Er liest Honneth als immanente Kritik des Liberalismus. Hier wird noch sehr deutlich ein akademischer Rahmen des „Zitierbaren" abgesteckt. Erstaunlich, dass auch Thomas Schmid in seiner Rezension „Last Exit Sozialismus" das Sozialistische bestreitet und Honneth ganz auf Habermas' Theorie und eine liberale Sicht reduziert: http://schmid.welt.de/2015/12/04/last-exit-sozialismus-wie-der-philosoph-axel-honneth-eine-alte-idee-zu-retten-versucht/
4 Honneth, Idee S. 103
5 Und das, obwohl er S. 112 ein „Archiv aller in der Vergangenheit bereits unternommenen Versuche …" fordert, die Grenzen sind schon S. 113 erreicht: Sozialisierungsdebatte nach dem ersten Weltkrieg, das rote Wien, die gewerkschaftlichen Versuche einer „Humanisierung der Arbeit", in vielem war Andre Gorz schon weiter: Weder Bolschewik noch Gewerkschafter …
6 Interessant etwa: Gareth Stedman Jones: Das kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels. München 2012
7 Honneth rühmt zu Recht die von Günter Hillmann herausgegebenen „Texte des Sozialismus und Anarchismus", hier findet man etwa in Bakunins „Gott und der Staat" (1969) seine Freiheitskonzeption S. 192 zusammengefasst: „Ich meine die Freiheit eines jeden, die weit entfernt ist, vor der Freiheit anderer wie vor einem Grenzpfahl haltzumachen", vielmehr die Freiheit aller in Solidarität „als die wahren Bedingungen und die tatsächliche Ursache unserer Freiheit" erkennt (S. 193) – und wie oft haben wir derartiges seit 1969 gegen die grenzziehenden Liberalen und die etatistischen „Sozialisten" zitiert! Dabei kommt Honneth Bakunin inhaltlich öfters ziemlich nahe, etwa S. 110, wo er „durchaus mit der Infragestellung des Erbrechts" liebäugelt.
8 Für eine neuere Diskussion der Sphären von Politik und Recht eben nicht als „bloßer Überbau" vgl. etwa: Stefan Janson: „… erkämpft das Menschen-

recht!“ in: Wege des Ungehorsams. Kassel-Bettenhausen 1984, S.122–139 (nur als ein Beispiel!)

9 In Katalonien bildete sich ein solches Bündnis einiger CNT-Führer mit den linken Republikanern durchaus; Grundlage war oft, daß die Republikaner die Anwälte der inhaftierten Gewerkschafter waren.

10 Etwa auch in: „Wer wählt, hat die eigene Stimme bereits abgegeben“ Sonderheft zur Kritik der parlamentarischen Demokratie S. 68–71, Graswurzelrevolution 146/147/148, dort auch Texte über demokratische Alternativen zum Parlamentarismus

11 Das war die alte Formel; dass das „Verwalten der Dinge“ schnell zu einer verwalteten Gesellschaft und neuer Herrschaft führt, wenn nicht genau auf die Formen der Entscheidungsfindung, ständige Kritik und Korrektur von Bürokratisierung und sich verselbständigten neuen Eliten geachtet wird, sollte klar sein. „Eine freie Gesellschaft kann nicht ein für allemal Institutionen schaffen, die Gerechtigkeit und Freiheit garantieren; im Gegenteil ist es sehr wahrscheinlich, daß Hierarchisierungen und materielle Ungleichheit immer neu entstehen werden. Aber die gesellschaftlichen Institutionen können die Frage der Gerechtigkeit und Freiheit zumindest immer offen halten, immer neu aufwerfen. Die Aufgabe, Institutionen zu schaffen und immer wieder neu zu erfinden, die tatsächlich individuelle und gemeinschaftliche Freiheit zulassen, fördern und nahelegen, ist das große, unabgeschlossene Projekt der menschlichen Geschichte“ (S. Münster: Castoriadis: das revolutionäre Projekt, in: Graswurzelrevolution 227 (1998).

12 S. Münster: Sozialismus und Experiment, in: Graswurzelrevolution 143 (April 1990), jetzt wieder in: „Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution: Texte zum gewaltfreien Anarchismus & anarchistischen Pazifismus. Bd. 1. 2018 S. 211-220

13 Für eine andere Perspektive: David Schuster: Wege zur direkten Demokratie: Wie organisiert sich die befreite Gesellschaft? In: „Wer wählt, hat die eigene Stimme bereits abgegeben“ Sonderheft zur Kritik der parlamentarischen Demokratie S. 68–71, Graswurzelrevolution 146/147/148.

Johann Bauer, Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter der Zeitschrift Graswurzelrevolution – Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft.
Lebt als Aktivist und Autor in Norddeutschland.
(Photo nicht erwünscht, J.B.: „Der Name des Verfassers und sein Ansehen in der Literatur seien Dir ohne Bedeutung, Thomas von Kempen: Nachfolge Christi, 1. Buch, Kap. 5, Von der geistigen Lesung, sehr schön auch 2. Buch, Kap. 6, Vom Glück des guten Gewissens: „Denn nicht wer sich selbst empfiehlt, hat bestanden – so spricht St. Paulus usw.“)
Veröffentlichungen u.a.:
Ein weltweiter Aufbruch! Gespräch [mit Bernd Drücke] über den gewaltfreien Anarchismus der Siebzigerjahre. Nettersheim 2009
Tolstoi als Kritiker der Gewalt. In: Das Schlachten beenden! Zur Kritik der Gewalt an Tieren. Nettersheim 2010

Rede zum 1. Mai 2018 in Münster

Von Annelie Buntenbach

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, auch ich möchte Euch ganz herzlich begrüßen, ich freue mich, dass Ihr da seid, dass so viele heute hier in Münster und an vielen Orten in der Republik auf der Straße stehen, um für soziale Gerechtigkeit und starke Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu demonstrieren.

Dass wir das sichtbar tun und unüberhörbar, ist dringend nötig – in einem Land, wo der Reichtum einiger Weniger wächst, während Kinder aus armen Familien ohne Chance bleiben, weil in Deutschland Armut und Ausgrenzung immer noch erblich sind. Das ist und bleibt ein Skandal, das muss sich endlich ändern!

Wir haben nach wie vor trotz Mindestlohn, um den wir froh sind, den größten Niedriglohnbereich Westeuropas, hier klemmt jeder Fünfte fest. Oben sprudeln die Gewinne, oft wie bei Apple oder Amazon in Höhe von zig Milliarden an der Steuer vorbei, unten ist am Ende des Geldes immer zu viel Monat übrig. Dabei sind wir es doch, die den Reichtum in diesem Land erwirtschaften – und davon wollen wir unseren Anteil, der uns zusteht! Dafür habt Ihr, haben wir alle gemeinsam, bei den Tarifauseinandersetzungen in den letzten Monaten gekämpft – in der Metall- und Elektroindustrie, im öffentlichen Dienst, in anderen Branchen – und richtig was erreicht. Klasse, meinen Glückwunsch!

Und den Kolleginnen und Kollegen, die noch mittendrin stecken im Tarifkampf wie im Bauhauptgewerbe, unsere solidarischen Grüße und viel Erfolg! Und nicht vergessen: Ohne die Kollegen vom Bau würde es all die Häuser hier um uns herum gar nicht geben! Die Gewerkschaften werden nicht zusehen, wie sich Reiche immer weiter aus der Verantwortung stehlen, Arbeitgeber aus Tarifverträgen flüchten. Wir werden uns mit dieser Spaltung der Gesellschaft nicht abfinden. Alle sollen an dieser Gesellschaft auf Augenhöhe teilhaben können – wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit in diesem Land, Solidarität statt Spaltung!

Davon sind wir in Deutschland noch meilenweit entfernt, auch wenn der neue Gesundheitsminister uns etwas anderes einreden will. Hartz IV ist nicht die deutsche Antwort auf Armut, Herr Spahn, das ist die deutsche Übersetzung! Jeder dritte über 16 hat in Deutschland nicht mal 1000 Euro im Monat zur Verfügung, 4,9 Mio. Menschen müssen beim Essen sparen und haben allenfalls jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit, so das Statistische Bundesamt vor wenigen Wochen. Genau hierhin, zu diesen Menschen, gehört das Geld, das die Reichen nach wie vor jeden Tag in Panama und auf den Caymans verschwinden lassen! Die Regelsätze werden seit Jahren brachial runtergerechnet, da ist kein Statistik-Trick zu billig. Wer angesichts der zahllosen Menschen, die seit Jahren auf die Tafeln und das ehrenamtliche Engagement der Helferinnen und Helfer bitter angewiesen sind, behauptet, da hätte jeder das, was er zum Leben braucht, mit unserem Sozialstaat wäre alles in Ordnung – der hat entweder jeden Bezug zur Lebenswirklichkeit verloren oder ist ideologisch so gefestigt, dass die Wirklichkeit gar nicht interessiert.

Ich finde, das ist keine gute Voraussetzung für hohe politische Ämter … Aber als Gesundheitsminister hat er jetzt ja anderes zu tun – und zwar als erstes einmal die Arbeitnehmer entlasten. Dass ausgerechnet er das machen muss, ist schon ein Treppenwitz, oder? Aber ein lustiger!

Dass die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung in Zukunft wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt werden sollen, steht jetzt im Koalitionsvertrag, das ist eine richtig gute Nachricht – und unser Erfolg, da haben wir lange für gestritten. Es muss endlich Schluss sein damit, dass die ganzen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgeladen werden, hier müssen die Arbeitgeber wieder mit in die Verantwortung! Also her mit der Parität, und zwar ohne miese Tricks, Herr Spahn!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Bei der Rente haben wir auch was erreicht, aber die große Auseinandersetzung liegt noch vor uns. Dass der Sinkflug der Rente jetzt gestoppt wird, und zwar per Gesetz, das stünde ganz sicher nicht im Koalitionsvertrag, wenn wir als Gewerkschaften nicht richtig Druck und Kampagne gemacht hätten. Da sieht man: Wir können was bewegen, wenn wir alle an einem Strang ziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Aber damit aus dem, was die Koalition vereinbart hat, auch ein Kurswechsel wird hin zur Stärkung der gesetzlichen Rente, werden wir noch viel mehr Druck machen müssen – wir werden dafür sorgen, dass die Rentenkommission, die die Regierung jetzt zusammenholt, nicht die Zukunftsfragen der Rente hinter verschlossenen Türen diskutiert. Das braucht Öffentlichkeit und Transparenz, dafür werden wir sorgen, zusammen mit den Gewerkschaften, mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden. Wir brauchen eine starke gesetzliche Rente. Auf die sind im Alter die allermeisten von uns angewiesen. Hier müssen die Leistungen stimmen, und zwar über 2025 hinaus. Wer jahrzehntelang geschuftet hat und in die Rentenkasse eingezahlt, muss am Ende auch eine Rente bekommen, von der er oder sie in Würde leben kann.

Das muss für den Krankenpfleger genauso sicher sein wie für die Erzieherin, für die Verkäuferin oder den Schichtarbeiter. Ich finde, in einer Gesellschaft, in der die Herren Winterkorn und Müller als Ex-VW-Vorstände jeweils mit rund 3000 Euro am Tag in den Ruhestand dieseln, ist das doch wohl das Mindeste! Wir brauchen eine starke gesetzliche Rente, gerade im Interesse der jungen Generation – sonst ist die Rente dann, wenn sie sie brauchen, schon Geschichte. Das wird nur funktionieren, wenn Arbeit grundsätzlich wieder sozial abgesichert wird!

Bei Plattformarbeit oder Crowdworking verschwindet der Arbeitgeber meist im Rauschen des Internets, verdient zwar munter mit, drückt sich aber um seine Pflichten. Aber nicht nur bei der sog. Arbeit der Zukunft – klingt immer so nach schöner neuer Arbeitswelt – versuchen Arbeitgeber an der Sozialversicherung vorbeizukommen.

Minijobs, millionenfach zu finden in der Gebäudereinigung, in der Gastronomie, im Handel, sind für die Frauen eine direkte Rutschbahn in die Altersarmut. Wir müssen alle, von den Minijobberinnen bis zu den Selbständigen in den Schutz der Sozialversicherungen holen, damit machen wir auch die Sozialversicherung fit für die Zukunft!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Die Konjunktur läuft gut, die Arbeitslosigkeit sinkt, das freut mich – aber der Arbeitsmarkt ist nach wie vor tief gespalten, und immer noch stehen fast eine Million Langzeitarbeitslose auf der Straße. Jetzt will die Regierung ein Programm auf den Weg bringen, das Langzeitarbeitslosen den Weg in öffentlich geförderte Beschäftigung eröffnet, endlich! Gut, wenn Arbeit statt Arbeitslosigkeit gefördert wird, aber klar ist auch: Das muss gute Arbeit sein, tariflich bezahlt und sozialversichert. Ein öffentlich geförderter Billiglohnsektor ist mit uns nicht zu machen.

Damit das nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein wird, muss dafür das nötige Geld in die Hand genommen werden – übrigens auch für die Jobcenter, die schon seit Jahren unterfinanziert sind. Wir brauchen endlich dieselben Chancen auf Weiterbildung und Unterstützung für Arbeitslose, die beim Jobcenter sind, sonst bleiben sie ewig in Hartz IV kleben! Auch hier brauchen wir mehr soziale Gerechtigkeit, es gibt immer noch zu viele Menschen, die arbeiten und trotzdem so wenig verdienen, dass sie kaum über die Runden kommen. Viel zu viele hängen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Gerade jungen Leuten wird der Einstieg ins Berufsleben schwer gemacht, mit prekären Jobs, wenn eine Befristung auf die andere folgt, bis man dann irgendwann am Arbeitsmarkt richtig Fuß fassen kann.

Bei den unter 25-Jährigen ist ein Drittel befristet beschäftigt! Für viele von diesen Befristungen muss nicht einmal ein sachlicher Grund auf den Tisch gelegt werden, das ist nichts anderes als eine endlos verlängerte Probezeit. Deshalb ist für uns klar: solche Befristungen gehören abgeschafft und zwar fristlos!

Befristungen, unsichere Beschäftigung, Löcher im Schutzschirm der Arbeitslosenversicherung – all das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auch ein Schaden für die Demokratie. Wer fürchten muss, wenn er sich mit dem Chef anlegt, gleich wieder auf der Straße zu stehen und dann womöglich in Hartz IV durchzurutschen, für den oder die ist die Hürde unglaublich hoch, die Zähne auseinandermachen, wenn es um die eigenen Interessen geht oder die der Kollegen.

Der aufrechte Gang darf nicht zur Mutprobe werden, weder im Betrieb noch in der Gesellschaft. Deshalb brauchen wir Regeln im Arbeitsleben, die die Würde der Menschen schützen, wir brauchen starke Betriebs- und Personalräte, und wir brauchen starke Gewerkschaften! Im Moment laufen ja die Betriebsratswahlen – in vielen Betrieben sind sie inzwischen abgeschlossen, in einigen stehen sie noch an. Deshalb will ich die Gelegenheit nutzen, mich bei allen, die sich hier engagieren, ganz herzlich zu bedanken. Ihr seid das Rückgrat der gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb, das kann man gar nicht hoch genug schätzen – Euch allen viel Erfolg für die neue Wahlperiode!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Gewerkschaften organisieren Solidarität – in der Gesellschaft, im Betrieb. Die größte Kraft entfalten wir dann, wenn es uns gelingt, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammenschließen. Und wenn wir verhindern können, dass sie gegeneinander ausgespielt werden, jung gegen alt, einheimische gegen zugewanderte oder geflüchtete, Leiharbeiter gegen Stammbeschäftigte. Hier leisten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter jeden Tag nicht nur im Betrieb großartiges. Solidarität zu organisieren ist umso

anspruchsvoller, je gespaltener die Belegschaft und die Gesellschaft ist.

Es gibt Arbeitgeber, die Spaltung systematisch nutzen, wenn z.B. Werkverträge missbraucht werden, um Betriebe regelrecht zu zerlegen. Dabei lassen sie die Tarifbindung auf der Strecke, drängen Gewerkschaften und Betriebsräte raus und drücken systematisch die Löhne. Solchem Schindluder muss der Gesetzgeber jetzt endlich einen Riegel vorschieben!

Die großen privaten Klinikbetreiber Asklepios, Helios und wie sie alle heißen, holen inzwischen aus Werkverträge noch den letzten Winkelzug raus. Inzwischen ist aus einem Krankenhausbetrieb eine unübersichtliche Menge von konzerneigenen Kleinstbetrieben gemacht worden. Für die Rezeption, für den Bettentransport, die Essensanlieferung, das Tablett abräumen, die Geriatrie-Station, die Physiotherapie, die Reinigung usw.

Da bleibt nicht nur die tarifliche Bezahlung auf der Strecke – bei Helios bekommen die Kollegen in der Tochter- oder Enkelgesellschaft bis zu 40% weniger! – sondern auch Betriebsrat und Mitbestimmung. Mit dem Betriebsrat des Krankenhauses, zu dem die ausgegründete Servicegesellschaft früher gehört hat, darf man nicht mal mehr sprechen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

So die Gewinne zu steigern ist unverantwortliche Geschäftemacherei auf den Knochen der Beschäftigten und der Patienten – bei der Gesundheit darf es nicht um den höchsten Profit gehen, sondern um gute Leistungen für alle! Und all die, die jeden Tag in der Pflege eine unglaublich aufreibende Arbeit machen, zerrissen zwischen Stress und Überforderung und dem Lächeln für die Patienten – das auch seine Zeit braucht – all die haben einfach mehr verdient!

Mehr Kolleginnen und Kollegen für die viele Arbeit, mehr Geld, aber auch mehr Wertschätzung, nicht nur im Wahlkampf!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Ähnliche Praktiken wie in den Krankenhauskonzernen erleben wir inzwischen in der Logistik, Postdienstleistung, an den Flughäfen. Bekannter sind die Schweinereien aus der Fleischindustrie – da werden systematisch Kollegen z.B. aus Rumänien oder Bulgarien zu Hause angeworben, bezahlen viel Geld an sog. „Vermittler". Dann schuften sie hier am Mindestlohn vorbei zu miserabelster Bezahlung mit ewig langen Arbeitszeiten, werden in überteuerten und abgelegenen Unterkünften untergebracht. Sie sprechen kaum Deutsch und kennen ihre Rechte hier nicht – da geht es vielen Geflüchteten, die jetzt Arbeit suchen, nicht besser – und dann haben sie kaum Chancen, sich zu wehren, oft nicht einmal an ihr Geld zu kommen.

Die DGB-Beratungsstellen von Faire Mobilität, auch die Landesberatungsstellen von Arbeit und Leben, können wenigstens einigen dann doch noch zu ihrem Recht verhelfen. Das ist gut so, aber das ist natürlich kein Ersatz für die neue Ordnung am Arbeitsmarkt in Deutschland und in Europa, die ist überfällig! In diesem Europa steht die Dienstleistungsfreiheit von Unternehmen über allem. Aber zu einem sozialen Europa gehört, dass Arbeitnehmerrechte mindestens genauso viel wert sind!

Und wenn bei Fremdvergaben spätestens in der 5. oder 6. Stufe in der Kette von Subunternehmen – mit Sitz in Slowenien, Kroatien, Rumänien oder wo auch immer – Kollegen um ihren Lohn betrogen werden, nenne ich das nicht Dienstlei-

stungsfreiheit, sondern eine Sauerei. Das muss ein Ende haben! Wir brauchen keine neuen Mauern oder geschlossene Grenzen und Zölle wie im Kaiserreich. Der Weg von Trump, Le Pen und anderen führt komplett in die Irre. Aber was wir brauchen, das sind faire Regeln statt organisiertem Lohn- und Sozialdumping.

Da sollen jetzt über Verbesserungen bei der Entsenderichtlinie, die über das Europäische Parlament auf den Weg gebracht worden sind, einige der übelsten Missstände beseitigt werden. Das muss jetzt auch in der Wirklichkeit ankommen, mit den nötigen Kontrollen.

Absurd ist, dass Transport und Logistik ausgenommen werden sollen – das ist doch kein Sonderwirtschaftsbereich! Ein tschechischer Fahrer hat jetzt mit Erfolg seinen deutschen Mindestlohn eingeklagt – direkt bei der Deutschen Post, für die hatte er nämlich über einen Subunternehmer gearbeitet. Der hatte ihn mit seinem tschechischen Mindestlohn von 450 Euro im Monat abgespeist, weitere 1000 Euro bekam er als Spesen. Als er sich beim Aussteigen aus dem LKW das Bein brach, wurden die Spesen gestrichen, und er musste monatelang mit den 450 Euro über die Runden kommen. Vor Gericht hat er Recht bekommen, immerhin! Dass am Wochenende auf den Autobahnraststätten und -Parkplätzen so viele LKW stehen, heißt nichts anderes, als dass die Kollegen in ihren LKW auf der Raststätte leben müssen, weil sie wochenlang nicht nach Hause kommen. Sie hängen ewig lang hinterm Lenkrad – eine Gefährdung für sie und für alle anderen. Und wenn sie krank werden, stehen sie ohne Geld oder Vertrag da. Mit solcher Ausbeutung muss Schluss sein!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, das muss in den Betrieben gelten, auf den Baustellen und auf den Straßen – das sollte in einem sozialen Europa eine Selbstverständlichkeit sein!

Eine Selbstverständlichkeit sollte das auch für Frauen sein – statt immer noch skandalöse 22% weniger muss endlich gelten: gleiches Geld für gleichwertige Arbeit, eigenständiger Zugang von Frauen zu sozialer Absicherung und nicht weniger, sondern mehr Entscheidungsmöglichkeit über den eigenen Lebensentwurf.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Gewerkschaften organisieren Solidarität, die Spaltung organisieren andere. Die AfD hackt nach Kräften auf den Flüchtlingen herum, auf dem Islam, auf den Gewerkschaften und auf allem, was sie „rot-grün versifft" findet an dieser Republik. Sie ist sich nicht zu schade, Terroranschläge für sich aufs ekelhafteste zu instrumentalisieren – „Merkels Tote", Ihr erinnert Euch. Oder sie versucht – das habt Ihr gerade erst in Münster erfahren müssen – furchtbare und traurige Ereignisse als Terroranschläge zu labeln, um ihrem hasserfüllten Weltbild Futter zu geben – jenseits aller Realität und jenseits allen Respekts für Hinterbliebene und Verletzte, ihre Familien und Freunde. Bernd Höcke, übrigens in Lünen geboren, ist nicht der einzige extreme Rechte in dem Laden, diese Partei ist ein Sammelbecken für Nazis und Rassisten. Das auch offen zu zeigen, hat sie immer weniger Hemmungen. Dass die AfD in den Bundestag hat einziehen können – frei nach Höcke eine Schande im Herzen der Republik –, dazu habt Ihr hier in Münster am allerwenigsten beigetragen, und das ist gut so. Herzlichen Glückwunsch zum schlechtesten AfD-Wahlergebnis der

Republik und Euch allen auch ganz persönlich meinen herzlichen Dank!

Aber Münster ist nicht überall. Gerade in ostdeutschen Kommunen, in denen es viel weniger Flüchtlinge gibt, hat die AfD Erfolge, auch in Süddeutschland. Die Gründe für diese Gefälle Ost-West und Süd-Nord sind ganz unterschiedlich, aber klar ist: Die Aufnahme von Geflüchteten und ihre Integration sind keine Selbstläufer. Über Jahre hinweg ist die soziale Infrastruktur kaputt gespart worden und nicht in Schulen oder Personal investiert worden. Das rächt sich jetzt und muss sich dringend ändern! Und niemand hat behauptet, dass Geflüchtete die besseren Menschen wären. Auch da gibt es Konflikte und Gewalt ist Gewalt und muss geahndet werden, gleich wer sie verübt. Die Gewerkschaften setzen sich für die Integration von Geflüchteten ein, gemeinsam mit vielen haupt- und ehrenamtlich engagierten Menschen.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass Flüchtlingen in Deutschland nicht das Gleiche passiert wie in dem Land, aus dem sie fliehen mussten. Auch deshalb stellen wir uns Rassismus und Menschenverachtung entgegen, in den Betrieben, in den Verwaltungen, in der Gesellschaft. Gemeinsam mit anderen Organisationen und Initiativen kämpfen wir für Respekt und Menschenwürde, die für alle gilt! Dafür werden wir, fürchte ich, noch Anlässe genug haben, wenn der neue Heimat-Horst den bayerischen Weg auf der Bundesebene gehen will – mit weiteren Einschränkungen beim Familiennachzug und den sog. Ankunftszentren, in denen Geflüchtete ohne Sprachkurs und Zugang zum Arbeitsmarkt festgehalten werden sollen.

Da hätte ich einen anderen Vorschlag für den Heimatminister: Die Probleme endlich anpacken, die den Menschen richtig große Sorgen machen. Da steht ganz oben: in Wohnungsbau investieren, von dem nicht nur die Spekulanten profitieren. Wir brauchen sozialen Wohnungsbau, bezahlbare Wohnungen für alle! Wenn man hier richtig was hinbekommen würde, würde man der AfD erheblich mehr Wähler abnehmen, als wenn man genau wie sie auf den Geflüchteten herumhackt!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Auch wenn die AfD, seit sie die so genannten „kleinen Leute" als Zielgruppe ausgemacht hat, versucht, bei diesem Publikum mit einigen wohlklingenden Allgemeinplätzen zu punkten: Sozial ist an dieser Partei gar nichts. Ein Beispiel:

In ihrem Grundsatzprogramm steht, sie wollen die Arbeitslosenversicherung abschaffen, im Bundestagswahlprogramm finden sie die Hartz-Reformen im Grundsatz ok, und auf Kundgebungen geißeln ihre Spitzenfunktionäre Hartz IV mit starken Worten.

Also was jetzt? Sie wollen eine Steuer- und Abgabenbremse, keine Erbschaftssteuer, keine Vermögenssteuer – und auf jeden Fall den Reichen noch mehr Geld hinterherwerfen. Außerdem: Alice Weidel, Unternehmensberaterin, ist als Heldin der Arbeiterklasse genauso eine krasse Fehlbesetzung wie Alexander Gauland, Wirtschaftsliberaler und chronisch beleidigt. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie sich über ihre braunen oder blauen Hemden noch ein soziales Mäntelchen hängen. Da gilt: Klare Kante in der Auseinandersetzung mit dieser Partei – im Betrieb, in der Gesellschaft, auf der Straße!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Lasst mich zum Schluss noch ein für uns alle wichtiges Thema ansprechen, die Arbeitszeit. Immer öfter schwappt die Arbeit

in den Feierabend, ins Wochenende, in den Urlaub. Der Stress steigt, immer mehr muss in derselben Zeit erledigt werden, es gibt 800 Mio. unbezahlte Überstunden jedes Jahr. Arbeitgeber erwarten Verfügbarkeit rund um die Uhr. Und was wir erwarten, ist ihnen erstmal egal. Ob Kinder oder keine, wie Familie und berufliche Entwicklung besser miteinander besser vereinbart werden können – dafür brauchen wir mehr Souveränität bei der Arbeitszeit.

Heute bleiben viele Frauen im Minijob oder in der Teilzeitfalle stecken. Das zu ändern hat sich die neue Regierung vorgenommen, nachdem die letzte es nicht hinbekommen hatte – das Recht, aus befristeter Teilzeit wieder in Vollzeit zurückzukehren, soll jetzt kommen. Das muss ohne tausend bürokratische Hürden ins Gesetzblatt, wir brauchen dieses Recht für alle!

Gewerkschaften sind bei der Arbeitszeitfrage ganz vorne an. Mit dem Tarifvertrag, den die IG Metall erkämpft hat, habt Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur wirklich gute Regelungen für die Betroffenen durchsetzen können, sondern auch viele gesellschaftliche Diskussionen und Rückenwind geschafft. Auch die Eisenbahner, die IG BCE und nicht zuletzt ver.di haben in Tarifverträgen spannende Punkte in Sachen Arbeitszeit setzen können, das ist gut so. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen mehr Möglichkeiten, über Dauer und Lage ihrer Arbeitszeit zu entscheiden, das zeigen alle Beschäftigtenbefragungen. Da geht es um Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um Weiterbildung, um mehr klare Perspektive und um den Schutz der Gesundheit. Was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht wollen, ist noch mehr Druck und Hetze, die hat in den letzten Jahren schon viel zu sehr zugenommen. Trotzdem drängen die Arbeitgeber die Politik, die Axt an das Arbeitszeitgesetz zu legen.

Aber mit der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen treibt man kein Schindluder, und da macht man auch keine Experimente. Wir brauchen eine tägliche Höchstarbeitszeit, und wir brauchen Ruhezeiten ohne Unterbrechung. Darum haben wir eine glasklare Botschaft an die Arbeitgeber und an die Politik: Hände weg vom Arbeitszeitgesetz!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Mischen wir uns ein für mehr Demokratie, für Solidarität und Vielfalt, dafür, dass alle an dieser Gesellschaft auf Augenhöhe teilhaben können! Es gibt viel zu tun, da sind starke Gewerkschaften gefragt!

Annelie Buntenbach

Annelie Buntenbach, geboren in Solingen, verheiratet, wohnt in Bielefeld
Studium Geschichte und Philosophie in Bielefeld, Ausbildung zur Lehrerin (2. Staatsexamen), mehrere Jahre als Setzerin tätig,
außerdem in der politischen Bildungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus,
1994–2002 Mitglied des Deutschen Bundestags (Bündnis 90/Die Grünen),
Arbeitsmarktpolitische Sprecherin,
Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung,
Leitung der Fachkommission Gewerkschaften bei der Grünen-Fraktion,
zuständig für den Themenbereich Rechtsextremismus,

Grünen-Obfrau in der Enquetekommission des Bundestags zum Thema Globalisierung, seit 1978 Gewerkschaftsmitglied, seit 1982 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, 2002–2006 Abteilungsleiterin Sozialpolitik beim Bundesvorstand der IG BAU, Mitarbeit am gewerkschaftlichen Minderheitengutachten zum Abschlussbericht der Rürup-Kommission, seit 2006 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB, verantwortlich für die Themenbereiche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Recht Migrations- und Antirassismuspolitik, DGB-Index Gute Arbeit, Humanisierung der Arbeit, Projekt „Faire Mobilität" DGB-Rechtsschutz GmbH, seit 2006 Alternierende Vorsitzende des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit, Alternierende Vorsitzende des Bundesvorstands der Deutschen Rentenversicherung Bund und Mitglied des Sozialbeirats der Bundesregierung

Orientierungen in der linken Diskussion zum Umgang mit Flüchtlingen und Einwander(inne)n

National(istisch) oder International(istisch)?

Von Samuel Decker

Die gesellschaftliche Linke hierzulande streitet derzeit über die Migrationsfrage. Muss Migration stärker nationalstaatlich kontrolliert werden oder braucht es eine internationale Orientierung? Auch eine europäische Abstimmung reicht wohl nicht aus, ein anderer Ansatz muss her. Das Konzept der „imperialen Lebensweise" kann dafür Grundlagen liefern und gemeinsame Perspektiven aufzeigen.

Am 17. Mai 2018 war es soweit. Der SPIEGEL berichtete exklusiv über die Pläne von Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine, mit einer „Sammlungsbewegung" die Parteienlandschaft aufzumischen. „Wir wollen die Parteien zwingen, unseren Interessen Rechnung zu tragen", heißt es in dem Aufruf #fairLand – Für ein gerechtes und friedliches Land (als PDF-Dokument abrufbar unter: https://www.neues-deutschland.de/downloads/fairland.pdf), auf dem vorläufige Ziele und Thesen der „Sammlungsbewegung" zusammengefasst sind.

Am meisten Aufmerksamkeit erfahren dabei die spärlichen, aber dennoch aussagekräftige Passagen zur Migrationspolitik. „Das Recht auf Asyl für Verfolgte" sei zu „gewährleisten", ansonsten solle Menschen jedoch in ihren Heimatländern geholfen werden. Im Zusammenhang mit einem weiteren Thesenpapier von LINKEN-Politiker(inne)n, zu einer sozial und human regulierenden Einwanderungspolitik (abrufbar unter: https://www.fabio-de-masi. de/de/article/1923.thesenpapier-linke-einwanderungspolitik.html), das wohl nicht ganz zufällig wenige Wochen vor dem #fairland-Vorstoß lanciert wurde, wird verständlich, was damit gemeint ist: Asyl

bei politischer Verfolgung: ja; Migration für bessere Lebensbedingungen: nicht unbedingt. Denn Grenzkontrollen wären „ein wichtiges Element der Sicherheitsarchitektur" und der „Steuerungs- und Gestaltungskompetenz eines Staates". „Offene Grenzen für alle und unbegrenzte Einwanderung, damit jede/r die Chance hat, in den Genuss des hiesigen Lebensstandards zu kommen," wären „kurzschlüssig und weltfremd".

Das „Big Picture"

Diese Debatte mit Hinweis auf subtilen Rassismus und autoritäres Staatsdenken bei linken Befürwortern strengerer Migrationskontrolle einfach abzutun, führt nicht weiter. Es lohnt sich, einen Schritt zurückzutreten und den Blick auf den größeren Zusammenhang – das „big picture" zu werfen. Es geht um einen größeren Konflikt in der gesellschaftlichen Linken, der sich in vielen verschiedenen Ländern abspielt und der den mehr als einhundertjährigen Konflikt zwischen Reform und Revolution – ohne das er gelöst worden wäre – zu überwölben beginnt. Es geht nicht um einen kleinen Absatz zu offenen Grenzen im Wahlprogramm der Linkspartei. Es geht darum, ob eine universelle (also allgemeingültige) internationalistische Perspektive linker Politik überhaupt noch existiert. Oder kann linke Politik nur noch aus Sicht des Nationalstaates gedacht werden? Es handelt sich um einen ungelösten Konflikt zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus, der nun, in der politischen Krise der neoliberalen Globalisierung, an Fahrt gewinnt und zu einer Zersplitterung progressiver Kräfte führt.

Wo ist ein linker Universalismus, eine globale linke Utopie geblieben? Was wurde aus einer linken „Internationalen", die für eine Welt jenseits der bürgerlichen Demokratie und des Kapitalismus und ein besseres Leben für die großen Mehrheiten aller Gesellschaften kämpft? Trotz Globalisierung, digitaler Kommunikations-Technologien und weltweiter Vernetzung sind nationalstaatliche und lokalistische Politik-Konzepte auch in progressiven Kreisen auf dem Vormarsch.

Trotz Globalisierung? Nein – wegen der Globalisierung. Die Internationalisierung der Produktion, die Herausbildung globaler Konzerne und Finanzmärkte – kurz: der globale Kapitalismus hat die Ausgangsbedingungen für die sozialistische Linke entscheidend gewandelt. Das Konzept der imperialen Lebensweise kann helfen zu verstehen, wie sich der Konflikt zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus herausgebildet hat, und wie sozialistische Transformationsstrategien ihm begegnen können. Im Folgenden will ich einige Grundlagen des Begriffs erläutern, um dann auf den Konflikt zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus erneut einzugehen.

Ausgebeutet werden und ausbeuten lassen

Markus Wissen und Ulrich Brandt haben den Begriff der „imperialen Lebensweise" vor etwa sechs Jahren in die kritische Gesellschaftstheorie eingeführt. Er versucht, die Verflechtung des alltäglichen Lebens großer Bevölkerungsteile mit dem Wirtschaftssystem aufzuzeigen. Es soll verständlich werden, wie Einstellungen, Handlungen und Institutionen

mit dem globalen Kapitalismus verwachsen sind und wie komplex Ausbeutungsverhältnisse im 21. Jahrhundert geworden sind. Das Konzept der „Lebensweise" zielt dabei nicht einfach auf individuellen Konsum oder den privaten Lifestyle ab. In Anlehnung an Antonio Gramsci ist die Lebensweise ein wesentliches Element in der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften. In der Art zu wohnen, sich zu ernähren, zu kleiden, sich fortzubewegen, Energie, Technologie und Infrastrukturen zu nutzen, im Zugriff auf Massenmedien und kulturelle Angebote, in Ausbildungs-Verhältnissen, im Sorgebereich und natürlich am Arbeitsplatz – überall reproduzieren sich nicht nur individuelle Existenzen und Einstellungen, sondern auch ökonomische Verhältnisse. Diese umfassende Durchdringung von Produktions- und Lebensweise hat sich seit Ende des 19. Jahrhunderts kontinuierlich herausgebildet und kapitalistische Verhältnisse Stück für Stück normalisiert.

Gramsci arbeitete den Zusammenhang von Produktions- und Lebensweise am Begriff des »Fordismus" heraus. Mit der Durchsetzung der standardisierten Massenproduktion in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die Kaufkraft und die Lebensweise der Lohnabhängigen zur Triebkraft kapitalistischen Wachstums. In den ehemaligen Kolonialmächten Westeuropas, Japan sowie in Nordamerika entstand eine Mittelschicht, die zwar in die Arbeits- und Konsumnormen des Fordismus gezwängt wurde, jedoch in zuvor nicht dagewesenem Ausmaß am kapitalistisch produzierten Warenreichtum teilhaben konnte. Der „Wohlstand für Alle" (Ludwig Erhard) basierte dabei auf dem billigen Zugriff auf die Arbeitskraft und die Ressourcen in den noch bestehenden oder in neue Abhängigkeits-Verhältnisse gedrängten ehemaligen Kolonien. Frauen und nicht-weiße Bevölkerungsteile wurden – auch formell – benachteiligt und unterdrückt. Die Bedingungen profitabler Produktion wurden ausgelagert und ihre Früchte wurden ungleich verteilt – sowohl innerhalb als auch zwischen Gesellschaften.

Sebastian Friedrich bringt diese Ambivalenz der Lebensweise im Fordismus am Beispiel der BRD gut auf den Punkt: „Die weißen Arbeiter genossen im Vergleich zu den Menschen im Globalen Süden, ihren Kolleg(inn)en aus Südeuropa und ihren Ehefrauen ein paar Privilegien – allerdings blieben sie Lohnarbeiter, mussten oftmals mehr als 40 Stunden die Woche arbeiten, weil ja auch irgendwer den Mehrwert produzieren musste. Es reichte, um sich einzurichten – das Auto stand in der Garage, jedes Jahr ging es in den Urlaub, und bei den Wahlen wurde brav SPD gewählt. Sicherheit, Stabilität, Sozialdemokratie."[1]

Attraktivität und Zwang

Mit der Internationalisierung der Produktion seit den 1970er Jahren entstand ein neuer Klassen-Kompromiss. Das Prinzip „Ausgebeutet werden und ausbeuten lassen" reproduzierte sich auf gehobener Stufenleiter. Löhne stagnierten, Sozialleistungen sanken, doch neue massenhafte Konsumgüter – nicht selten finanziert durch Kreditschulden – eroberten den Markt. Sie basieren auf verschärfter Ausbeutung und Landnahmen in den Peripherien der frühindustrialisierten Länder. Gleichzeitig entstanden neue Mittel- und Oberschichten in auf-

strebenden Ökonomien, die im Zuge der neoliberalen Globalisierung in transnationale Wertschöpfungs-Ketten eingebunden wurden (etwa die BRICS-Staaten). Auch dort wollen Menschen Haushalts- und IT-Geräte benutzen, Auto fahren, in Urlaub fliegen, Fleisch essen und günstige Klamotten kaufen – wenn sie es sich leisten können. Die Ausbreitung der imperialen Lebensweise in diesen Ländern „macht die Ausweitung des Kapitalismus für immer mehr Menschen so attraktiv"[2]. Trotzdem basiert die imperiale Lebensweise nicht auf Freiwilligkeit. Es handelt sich um eine „Produktions- und Lebensweise, die strukturell den Menschen aufgezwungen wird und die ihnen gleichzeitig unter den gegebenen Bedingungen erweiterte Lebens- und Handlungsspielräume gibt.«

Das Konzept der imperialen Lebensweise beschreibt also einen komplizierten Sachverhalt: Die Gesellschaften der frühindustrialisierten Länder und zunehmend auch die urbanen Mittel- und Oberschichten der aufstrebenden Ökonomien sind Teil einer ausbeuterischen Struktur. In ihr werden sie als Lohnabhängige teilweise selbst ausgebeutet, profitieren aber auch (in unterschiedlichem Ausmaß) davon, dass Arbeits- und Umweltkosten auf andere ausgelagert werden – auf andere in den eigenen Gesellschaften, insbesondere aber auf Menschen und Biosphäre im globalen Süden. Es gibt also einen neuen Kompromiss zwischen den politischen und ökonomischen Eliten einerseits und breiten Bevölkerungsteilen andererseits, und zwar nicht nur in den frühindustrialisierten Ländern, sondern ansatzweise auch in den sogenannten Schwellenländern. „Dieser Kompromiss", so Brandt und Wissen, „wird von vielen Menschen geduldet und aufgrund der durch ihn gestützten Konsummöglichkeiten sogar mehrheitlich gutgeheißen."

Die Globalisierungsfalle

Die Globalisierung hat die Ausgangsbedingungen für internationalistische linke Politik also nicht verbessert. Im Gegenteil, sie hat neue Interessens- Gegensätze und Ausbeutungs-Verhältnisse zwischen den Lohn-Abhängigen auf internationaler Ebene geschaffen. Internationale Solidarität zwischen Lohnabhängigen ist nicht vorprogrammiert, da sie in Konkurrenz zueinander gesetzt werden und von der Ausbeutung jeweils anderer Lohnabhängiger profitieren. Das ist im Kapitalismus nichts Neues – im globalen Kapitalismus lässt sich das Konkurrenz-Prinzip jedoch schwieriger durchbrechen, da die sozialen und ökologischen Kosten der Produktion durch internationale Produktions-Ketten weitgehend unsichtbar bleiben – zumindest solange sie nicht zu Migrations-Bewegungen in die kapitalistischen Zentren führen. Noch viel umfassender und systematischer als in früheren Phasen des Kapitalismus wurde die (internationale) Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen zum Teil einer Herrschaftsstrategie, von denen diejenigen, die relativ gesehen profitieren, sich nur schwer lossagen können, da ihre ganze Reproduktions- und Lebensweise in sie eingebunden ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Globalisierung des Kapitalismus nicht nur auf die Lebensweise der Lohnabhängigen, sondern auch in die Möglichkeits-Räume staatlicher Politik ausgewirkt hat. Durch die Internationalisierung der Produktion wurde die Generie-

rung von Kapital- und Arbeitseinkommen, die sozialstaatlich umverteilt werden können, von neoliberaler Wettbewerbspolitik abhängig gemacht. Die Hinwendung der Sozialdemokratie zu neoliberaler Wirtschaftspoli- tik stellte daher auch keinen „Irrtum" dar, sondern entsprach vielmehr „ihrem Wesen, das darin besteht, Interessen der Lohnabhängigen nur nach Maßgabe der Restriktionen der Kapitalakkumulation zu vertreten"[3]. Auch sozialistische Politikansätze, wie etwa von der Regierung Mitterand in den 1980er Jahren, scheiterten an den internationalen ökonomischen Abhängigkeiten. Währungs-Abwertungen, Kapitalflucht und außen- politische Restriktionen wurden zu der Droh-Kulisse, vor deren Hintergrund eine Politik der radikalen Umverteilung und Vergesellschaftung immer irrationaler wurde. Während sich linke und sozialistische Politik im Rahmen des Nationalstaats angesichts der Globalisierung immer schwieriger vermitteln ließ, wurde der Neoliberalismus in internationalen Verträgen festgegossen – etwa im Rahmen des Vertrags von Maastricht (1982) und aller weiteren EU-Verträge, oder im Rahmen der Welthandelsorganisation.

Imperiale Lebensweise in der Krise

Kurz gesagt: Der globale Charakter des Wirtschaftssystems blockiert eine sozialistische Transformation. Einerseits durch die Einbindung der Reproduktion der Lohnabhängigen in die globalen Wertschöpfungs-Ketten, die auf der Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten beruhen. Andererseits durch den Umbau des Staates und seiner teilweisen Internationalisierung (z.B. in Form der Europäischen Zentralbank). Zugleich ist die neoliberale Globalisierung seit 2008 in eine strukturelle Krise geraten[4]. Während die ökonomischen Probleme des globalen Kapitalismus, die zum Beispiel in den gewaltigen internationalen Handels-Ungleichgewichten und der massiven Überschuldung privater und staatlicher Haushalte bestehen, seit der Krise nicht gelöst, sondern lediglich übertüncht wurden, kommen weitere Probleme hinzu. Die gewaltige soziale Ungleichheit und die Entleerung des politischen Diskurses im Zuge des Neoliberalismus haben zu einer handfesten Repräsentations-Krise geführt, einer Krise des Verhältnisses zwischen den Repräsentierten und den Repräsentierenden in einer Reihe von Ländern. Während es kurzzeitig so aussah, als zeigten sich in der Occupybewegung, dem arabischen Frühling und linken Parteiprojekten in Südeuropa der Beginn eines „post-neoliberalen" Zeitalters, haben sich die Zeichen zwischenzeitlich gewandelt. Spätestens seit dem Brexit-Votum und der Wahl von Donald Trump zum US-Präsident muss man sich eingestehen, dass es rechte Bewegungen und Parteien sind, die das neoliberale Establishment herausfordern – nur um neoliberale Wirtschaftspolitik in neuem Gewand fortzuführen.

Warum führt die Krise der kapitalistischen Globalisierung nicht zur Stärkung der linken Kräfte, welche sie jahrzehntelang kritisiert haben? Auch hier erweist sich das Konzept der imperialen Lebensweise als aufschlussreich. Denn mit den globalen Migrations-Bewegungen sowie dem Aufstieg kapitalistischer Großmächte im globalen Süden, die sich entlang der Wertschöpfungs-Ketten hocharbeiten und ihrerseits versuchen, soziale und

ökologische Kosten auszulagern, lässt sich die Exklusivität der imperialen Lebensweise immer schwieriger aufrechterhalten. Sie gerät selber in eine Krise, wird durch Migrations-Bewegungen und durch öko-imperiale Spannungen zwischen den kapitalistischen Zentren in Frage gestellt, und muss mit immer krasseren Mitteln verteidigt werden. „Abschottung" wird zum Allheilmittel, um sich gegen Migrant(inn)en, andere Nationen oder internationale Regelwerke zur Wehr zu setzen und zugleich die eigene Lebensweise und nationale Vormachtstellung zu verteidigen. Im Niedergang der westlich dominierten Weltordnung und im tatsächlichen oder imaginierten sozialen Abstieg der Lohnabhängigen in den Gesellschaften des globalen Nordens wird die Neue Rechte somit zu einem geschichtlichen Akteur, der an der Krise der Globalisierung ansetzt und ihr eine politische Richtung gibt. In anderen Worten: Der politische Nationalismus hat seine Ermöglichungs-Bedingungen im Kontext der Globalisierung nicht eingebüßt. Im Gegenteil: Er verfügt über eine realistische Handlungsperspektive und eine Erzählung, die viele Menschen emotional anspricht und in der multiplen Krise des globalen Kapitalismus Abhilfe verheißt.

Eine linke Alternative dagegen bleibt unsichtbar. Die Attraktivität des globalisierten Kapitalismus in Form der imperialen Lebensweise und die Perspektivlosigkeit linker Politik im internationalen Standort-Wettbewerb tragen maßgeblich dazu bei, dass eine globale Perspektive, die eine Aneignung des globalen Reichtums und ein besseres Leben für die großen Mehrheiten aller Gesellschaften in den Mittelpunkt stellt, immer unrealistischer erscheint. Letztlich handelt es sich um eine tiefe Krise des Internationalismus. Sie hat sich im Zuge der kapitalistischen Globalisierung herausgebildet und nationalstaatliche Antworten rechter oder keynesianischer Provenienz plausibel werden lassen.

Sozialismus in einem Land?

An diesem Punkt kommt die „linke Sammlungsbewegung" wieder ins Spiel. Nationalstaatliche Politikansätze sind eine Reaktion innerhalb der gesellschaftlichen Linken auf die Aussichtlosigkeit einer globalen linken System-Transformation. Sie akzeptieren den nationalstaatlichen Rahmen und beziehen sich sogar positiv auf ihn. So heißt es in dem Thesenpapier von LINKEN-Politiker(inne)n zur Migrationspolitik: „In einer Weltordnung, die vom globalisierten neoliberalen Kapitalismus dominiert und in Territorialstaaten organisiert ist, kann nur der unvermeidlich im Kern nationalstaatlich organisierte Sozialstaat als Instanz einer humanitären und sozialen migrationspolitischen Praxis fungieren". Am Beispiel der Migrationspolitik wird davon ausgegangen, dass der Dreh- und Angelpunkt von Politik – einschließlich progressiver Politik – der Nationalstaat sei. Diese Position ist nicht automatisch nationalistisch oder rückwärtsgewandt. Das nationale Rechts- und Sozialsystem, und die nationalstaatlich organisierte parlamentarische Demokratie sind Ergebnis von Klassenkämpfen und Klassenkompromissen und bilden ein Terrain, auf das sich progressive Kämpfe notwendigerweise auch beziehen müssen.

Die entscheidende Frage ist jedoch, auch wenn sich Klassenkämpfe und politische Auseinandersetzungen vorwie-

gend im historisch gewachsenen nationalstaatlichen Rahmen manifestieren, ob sie sich auch ausschließlich in diesem Rahmen vollziehen. Oder anders gefragt: Kann ein Bruch mit dem Neoliberalismus und eine sozialistische System-Transformation allein im nationalstaatlichen Rahmen herbeigeführt und vor allem stabilisiert werden? Die meisten empirischen Erfahrungen sprechen dagegen. Das bereits oben angesprochene Scheitern der Mitterand-Regierung oder zuletzt der SYRIZA-Regierung in Griechenland haben deutlich gemacht, dass die jeweiligen Nationalstaaten in inter- und transnationale Kräfteverhältnisse eingebunden sind und linke Gegenmacht auf nationaler Regierungsebene innerhalb dieser Kräfteverhältnisse nicht stabilisiert und ausgeweitet werden kann. Auch das Experiment des real existierenden Sozialismus vollzog durch die außenpolitischen Restriktionen eine zügige autoritäre Wendung und politische Schließung. Sozialismus in einem Land kann es also nicht geben.

Zurück zur guten alten Zeit

Trotz bzw. wegen der der wirtschaftspolitischen Einhegung des Nationalstaats im Zuge der Globalisierung wenden sich kommunitaristische Politikansätze von einer transnationalen bzw. internationalistischen politischen Strategie ab. Die Blockade einer übergreifenden sozialistischen System-Transformation führt zu einer (linken) Politik, die sich nur noch affirmativ auf den nationalstaatlichen Verteilungsrahmen bezieht. Als Legitimationsquelle dient ihr nicht mehr eine universalistische Utopie, die an der Krise des globalen Kapitalismus ansetzt und ihr eine globale Transformation gegenüberstellt, sondern eine Rückbesinnung auf die Zeit vor der Globalisierung. Die ökonomische Flexibilisierung, aber auch kulturelle Modernisierung und Vervielfältigung im neoliberalen Kapitalismus werden in Frage gestellt. Es geht um einen „angeblichen früheren Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft, in dem „die Welt noch in Ordnung“ war und die verunsichernden Unordentlichkeiten der globalisierten Gegenwart noch nicht ins eigene Leben eingebrochen waren“[5]. Das Kalkül nationalstaatlich-kommunitaristischer Strategien ist, dass sich wichtige lohnabhängige Gruppen und Milieus in der Krise der Globalisierung nur durch einen Rückbezug auf die Zeit vor der Globalisierung mobilisieren lassen. Das schließt nicht nur eine ökonomische Kritik, z.B. an atypischen Arbeitsverhältnissen, sondern auch eine kulturelle Kritik an Werteverlust, Multikulturalismus, „unkontrollierter“ Migration und mangelnder Sicherheit ein.

Diese Strategie mag aus einer rein taktischen Überlegung heraus plausibel erscheinen. Sie hat aber drei gravierende Probleme. Erstens schließt sie all diejenigen progressiven Kräfte aus, die sich positiv auf Aspekte der kulturellen Modernisierung und Pluralisierung im Kontext der Globalisierung beziehen. Sie treibt damit einen Keil ins progressive Lager. Zweitens ignoriert sie, dass konkrete gesellschaftliche Auseinandersetzungen, z.B. Arbeitskämpfe, nur durch die solidarische Kooperation von Menschen, die sich als Verlierer der Globalisierung begreifen und Menschen, die als Migrantinnen im Zuge der Globalisierung ihren Wohnort verändern, geführt und gewonnen werden können. Die große Leistung

des Konzepts der imperialen Lebensweise ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass Ausbeutungs-Verhältnisse zwischen Nord und Süd einerseits und Ausbeutungs-Verhältnisse innerhalb unserer Gesellschaften in der Lebensweise zusammenfließen und dort auch gemeinsam politisiert werden können. Drittens verkennt die nationalstaatlich-kommunitaristische Strategie, dass es keinen Spielraum für linke Politik im Rahmen des Nationalstaats gibt. Sie kann ihre Ziele nicht praktisch umsetzen, sondern nur populistisch versprechen und mittelfristig, sollte sie wirklich an die Macht kommen, scheitern. Die wirtschaftspolitische Einhegung des Nationalstaats im Zuge der Globalisierung kann nicht ausgehebelt werden[6]. Es gibt „keinen Exit aus gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen" (ebd.) – jede ökonomische Alternative und jede politische Strategie zu ihrer Durchsetzung muss transnational ausgerichtet sein, wenn sie eine reale Alternative entwickeln will.

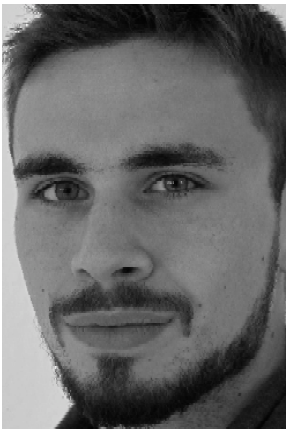
Neuer Internationalismus

Welche Alternativen gibt es zum kommunitaristisch-nationalstaatlichen Politikansatz? Tatsächlich sollte auch kosmopolitischen Vorstellungen von einem „European New Deal" (DiEM25), einer „anderen Globalisierung" oder „großen Transformation" mit Skepsis begegnet werden. Denn eine Deglobalisierung im Sinne einer „Fragmentierung politischer Herrschaftsverhältnisse«[7] und der Herausbildung eines multipolaren Kapitalismus hat längst eingesetzt. Politische Kräfteverhältnisse – auch die Interessen der transnational orientierten Kapitalfraktionen – verdichten sich nach wie vor primär auf der nationalen Ebene. Politische Auseinandersetzungen und Brüche werden sich auf absehbare Zeit vor allem in nationalstaatlichen Räumen ereignen, auch wenn sie allein innerhalb des Nationalstaats nicht herbeigeführt und auf Dauer stabilisiert werden können. Die richtige Konsequenz aus der Globalisierung des Kapitalismus ist weder das Festhalten am Nationalstaat noch die Flucht in einen ausschließlich transnationalen Raum des Politischen. Ein neuer Internationalismus müsste darin bestehen, die nationalstaatliche und die transnationale Ebene stärker miteinander zu vermitteln und dabei neue politische Handlungs-Spielräume aufzuschließen.

Das Konzept einer „solidarischen De-Globalisierung" im Sinne einer international koordinierten Kontrolle, Auflösung, Dezentrierung und Demokratisierung der Produktions- und Finanznetzwerke des globalen Kapitalismus könnte zu einem gemeinsamen Bezugspunkt einer transnationalen Linken werden. Auch weitere Konzepte – z.B. De-Kommodifizierung, Postwachstum, industrielle Transformation und Konversion, „Infrastruktursozialismus" und Vergesellschaftung, (digitale) Planung und Commons – müssten stärker in linke Vernetzungen und Kämpfe hineingeholt und zu machtpolitisch fundierten Alternativen weiterentwickelt werden, um die bestehende Politik mehr und mehr unter Rechtfertigungsdruck zu setzen.

1 http://www.sebastian-friedrich.net/falsche-polarisierungen-und-richtige-fragen-was-der-niedergang-der-spd-mit-dem-richtungsstreit-in-der-linken-zu-tun-hat/

2 Brand, Ulrich/Wissen, Markus, 2017: Imperiale Lebensweise! Modernisierung oder Überwindung von Herrschaft? Replik auf Dieter Boris und Eröffnung einer Debatte, in: Sozialismus, 24.11.2017, www.sozialismus.de/detail/artikel/mperiale-lebensweise-modernisierungoder-ueberwindung-vonherrschaft/
3 Thomas Sablowski, 2017, Die Widersprüche der europäischen Integration und die Linke Europe, in: Mario Candeias (Hg.): What's left? Die EU zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung. Hamburg, VSA, S. 165
4 Decker, Samuel/Sablowski, Thomas, 2017: Die G20 und die Krise des globalen Kapitalismus, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin
5 Dennis Eversberg: Innerimperiale Kämpfe: Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise. Working Paper der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 7/2017, Jena 2017.
6 Riexinger, Bernd, 2016: Gegen-Macht und linke EU-Kritik statt Exit-Illusionen. Bei der Durchsetzung von Alternativen zum Neoliberalismus gibt es keine Abkürzungen über die Währungsfrage, in: Prager Frühling, Oktober 2016, www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1322.gegen-macht-und-linke-eu-kritik-statt-exit-illusionen.html
7 Simon, Jenny, 2016: Am Rande des Imperiums. Chinas Staatskapitalismus zwischen Rivalität und Interdependenz, in: Wissenschaft und Frieden 4/2016, 23–25



Samuel Decker

Samuel Decker ist Ökonom und setzt sich als Mitarbeiter des Netzwerk Plurale Ökonomik für eine kritische Wirtschaftswissenschaft ein. Er ist zudem in sozialen Bewegungen aktiv, zuletzt gegen den G20-Gipfel in Hamburg, und Mitherausgeber des 2017 erschienenen Buches „Auf Kosten Anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert".
Kontakt: samuel.decker@plurale-oekonomik. de

Das System ist Fleisch geworden …

Von Franziskus Forster

Fleischskandale und Fleischkonsum an sich sind in den letzten Jahren medial vermehrt thematisiert worden. Jedoch: das zugrunde liegende globale, agroindustrielle System wird dabei wenig diskutiert. Die Lösung ‚weniger Fleisch essen' greift zu kurz. Wir müssen emanzipatorische Antworten auf die soziale und ökologische Krise finden, die beim System ansetzen.

Heute wird weltweit fast doppelt so viel Fleisch pro Kopf gegessen wie noch vor 55 Jahren. Gleichzeitig bevölkern mehr als doppelt so viele Menschen wie damals die Erde. Diese Entwicklung beruht auf der Annahme, dass es scheinbar unbegrenzt verfügbare billige Ressourcen, Arbeitskräfte und Deponien/Senken auf dieser Erde gibt, um den „Hunger" der imperialen Lebensweise zu stillen. Da dies nicht der Fall ist, spitzen sich Konflikte rund um das Fleischsystem weltweit immer mehr zu.

Die damit verbundene Lebensweise ist imperial, weil sie die Mehrheit der Menschen (vor allem im Globalen Süden) ausschließt und gleichzeitig immer mehr Menschen unter den negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen dieser Produktions- und Lebensweise leiden. In den sogenannten Entwicklungsländern essen Menschen im Schnitt jährlich pro Kopf 50 Kilo Fleisch weniger als in den Industrieländern. Darin drückt sich die globale soziale und ökologische Ungleichheit besonders deutlich aus. Einer der wichtigsten Diskussionsbeiträge der letzten Jahre wurde von dem Geografen Tony Weis unter dem Titel ‚Der ökologische Hufabdruck' veröffentlicht (siehe Kasten). Darin plädiert er dafür, auch ein Verständnis der Produktionsweise zu entwickeln – ebenso wie des Konsums, der häufig im „ökologischen Fußabdruck" an einer Zahl festgemacht wird.

Wie funktioniert das Fleisch-System?

Die Fleischindustrie und industrielle Monokulturen sind zusammen eine zentrale Säule der kapitalistischen, industriellen Landwirtschaft. Zugespitzt beruht diese auf drei Prinzipien: der Konzentration, der Trennung sowie der Profitmaximierung.

Um möglichst viele Tiere mästen und verarbeiten zu können, werden diese in möglichst hohen Zahlen konzentriert, gebündelt, gemästet und – gekoppelt an die Fleischindustrie – in Schlachtfabriken weiterverarbeitet. Es ist kein Zufall, dass die Geschichte des industriellen Fließbands auf die Fleischindustrie zurückgeht. Diese Produktionsweise übersteigt die Menge lokal verfügbarer Futtermittel bei weitem.

Die Trennung von Viehhaltung und Weidelandwirtschaft ist damit vorprogrammiert. Das bäuerliche Prinzip, in dem das Futter vom Hof kommt, die Gülle für die Düngung des eigenen Landes verwendet wird und die Produkte auf dem lokalen Markt verkauft werden, ist in der Agroindustrie überholt.

Diese Trennung bewirkt eine stetige Intensivierung (gleichzeitig eine Spezialisierung, eine erdölgetriebene Mechanisierung, sowie die kapitalistische Durchdringung) der Landwirtschaft. Damit waren historisch einzigartige Produktivitäts-Steigerungen möglich, das Ergebnis waren agroindustrielle Monokulturen – und der wachsende Bedarf an Landflächen in Großgrundbesitz (Landkonzentration). Auch die dramatische Zunahme von Landraub in den letzten zehn Jahren wurde dadurch verschärft.

Ebenso spitzen sich über diese Prozesse die sozialen und ökologischen Probleme in der Landwirtschaft laufend zu. Hunger und Klimawandel sind dabei nur die deutlichsten Auswirkungen. Die Ernteüberschüsse hätten immer schon für die Ernährung der Hungernden verwendet werden können, doch kommt hier das dritte Prinzip und die Entdeckung einer agroindustriellen Synergie zum Tragen: Es ist profitabler, Getreide und Ölsaaten (z.B. Soja) in Form von Futtermitteln den konzentrier-

Der ökologische Hufabdruck der industriellen Viehhaltung und Fleischproduktion (nach Weis, 2013)

LAND	ATMOSPHÄRE	MENSCH-TIER-BEZIEHUNG
1/3 des globalen Ackerlands sind Monokulturen Futtermittel als Ressourcenverschwendung Treiber für Zerstörung von Ökosystemen steigende Bodendegradation und wachsender Düngemittelbedarf mehr Pestizide, toxische (Agro-)Chemikalien trägt zur Ausbreitung von Gentechnik bei Gülle-Überschüsse: Lagunen und Schlamm Großmastanlagen als Landschaft	wachsende Treibhausgas-Emissionen durch Ausweitung der Futtermittelproduktion fossile Brennstoffe für Produktion Transport der Tiere und des Futters über wachsende Distanzen mehr Methan-Emissionen mehr Transporte für Exporte in alle Welt mehr Energiebedarf bei Kühlung und Kochen sinkende CO2-Speicherfähigkeit der Böden	explodierende Vieh-Populationen und schnellere Umschlagszeiten genetische Veränderungen extreme Beraubung der Sinneswahrnehmung und Monotonie, chronischer Schmerz und Leid Körperverstümmelung als Routine aggressive Manipulation der Reproduktion Abschieben und Unsichtbarkeit der lebendigen Tiere und deren Tötung im Konsum
WASSER	**ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT**	**SCHLECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN**
wachsender Verbrauch, z.B. Bewässerung der Monokulturen und Ressourcenverluste, an Orten der Massentierhaltung, Schlachthäuser Wasserverschmutzung durch Nährstoffeintrag und -anreicherung durch Düngemittel und Tierabfälle mehr Pestizide und toxische (Agro-) Chemikalien pharmazeutische Rückstände	ernährungsbedingte chronische Krankheiten und Risiken Ansammlung von bleibenden Giften sinkende Bodenfruchtbarkeit und Nährstoffgehalt Resistenzen Risiken der Gentechnik Viren und Bakterien	fehlende Würde, schlechte Bezahlung psychologische Traumata Leiderfüllte Umwelt, Gewalt Töten in Hochgeschwindigkeit hohe Verletzungsraten, repetitiver Stress und Jobwechsel hochkonzentrierte Verschmutzung, Schwerarbeit

ten Standorten der Fleischproduktion zuzuführen und dieses potenzielle Nahrungsmittel als Futtermittel zu verkaufen. Futtermittel und Fleisch lassen sich profitabler verkaufen als die Produktion von Grundnahrungsmitteln für die Hungernden.

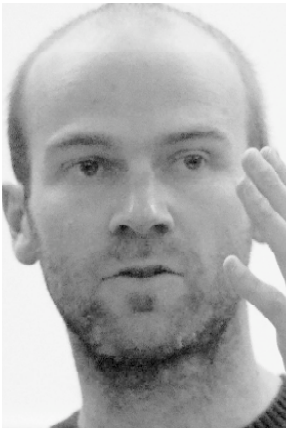
Um die Ursachen dieser Probleme anzugehen, muss dieses System überwunden werden. Obwohl die Probleme dieser Produktionsweise immer weiter zunehmen, werden die dominanten „Lösungen" für die Zukunft der Welternährung weiter nur mit der fortgesetzten Industrialisierung und Weltmarktorientierung der Landwirtschaft beantwortet. Gangbare und zielführende Alternativen, die in der Lage sind, ein „Gutes Leben für alle" zu ermöglichen, müssen jedoch die Symbiose der Monokulturen und der konzentrierten Fleischproduktion als Grundlage für die imperiale Lebensweise grundlegend infrage stellen und überwinden. Aus dieser Perspektive wird der ökologische Fußabdruck um soziale, ökologische und tierethische Belange bereichert und zugleich wird erst dadurch eine tatsächliche Reduktion dieses „Abdrucks" möglich.

Widerstand, neue Allianzen, wie das „Wir haben es satt!"-Bündnis und die Entwicklung von Alternativen gehen Hand in Hand. Die Bewegung für Ernährungssouveränität forciert diesen Prozess als zentrale Antwort gegen Klimawandel und Hunger. Es geht darum, Widerstand und die Schaffung von Alternativen gleichzeitig

voranzutreiben – auf eine Weise, die tatsächlich das gute Leben für alle möglich macht. Die gute Nachricht: Überall auf der Welt gibt es Ansätze dafür.

Zahlen zum Nachschlagen: Heinrich Böll Stiftung, BUND, & Le Monde Diplomatique (2015): Fleischatlas. Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel. 2014. Heinrich Böll Stiftung. https://www. boell.de/sites/ default/ fles/fleischatlas2014_vi.pdf

Franziskus Forster ist Gemüsebauer in Oberösterreich und in der Bewegung für Emährungssouveränität aktiv. Er hat u.a. im I.L.A.-Kollektiv an „Auf Kosten anderer? Warum die imperiale Lebensweise das Gute Leben für Alle verhindert" (aufkostenanderer.org) mitgeschrieben und ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei der ÖBV-Via Campesina Austria. Seine Lebensauffassung bewegt sich zwischen Mystik und Widerstand im Sinne Dorothee Sölles. Kontakt: franziskus.forster@viacampesina.at



Franziskus Forster

Themen und Aktionsfelder der Religiösen Sozialist(inn)en in der Vergangenheit VI

Die Phase 1996–2003

Von Reinhard Gaede

In CuS 4/98 wurde an das 50jährige Bestehen der Zeitschrift erinnert. In einem Grußwort schrieb ich: „Religiöse Sozialisten/innen und ihre Zeitschrift muss es immer wieder geben. Diesen Eindruck kann man bei der Rückschau gewinnen. „Sonntagsblatt des Arbeitenden Volkes war der Traditionsname während der Weimarer Zeit vom Erscheinungsjahr 1924 bis zum Ende während des totalitären Staates 1933. Die Probenummer 1 im September 1948 nimmt die Tradition wieder auf und betont die Notwendigkeit religiöser und gesellschaftlicher Erneuerung, nachdem Kapitalismus und Militarismus, Mammons- und Molochdienst für Weltkrieg und Massenelend verantwortlich zu machen waren (Eberhard Lempp). Im April 1949 heißt die Zeitschrift „Christ und Sozialist" und gibt Mitteilungen von 9 Arbeitskreisen oder Landesarbeitsgemeinschaften für Christentum und Sozialismus weiter.

Als wir im Jahr 1975 mit einer Schar von Lehrenden und Lernenden an der Universität hinzukamen, war wieder ein Neuanfang nötig. Die Gruppe Bielefeld forderte im Januar 1977 vom Bund Kritik an repressiven Strukturen, Solidarität mit Unterdrückten, Kampf für soziale Gerechtigkeit, für eine Entspannungspolitik, für Durchsetzung von Menschenrechten u.a.m. Auf der Mitgliederversammlung in Frankfurt, 18. Juni 1977, sorgten die Gruppen Bochum und Bielefeld, verbündet mit 4 Mitgliedern des alten Vorstands, für den notwendigen Kurswechsel. Im Sinne genannter Forderungen wurde das Gelb der von Heinrich Schleich herausgegebenen Hefte

durch die Signalfarbe Rot ersetzt. Die „Vorläufige(n) Leitsätze“ bekannten sich zu den „historischen Wurzeln des Religiösen Sozialismus“.

Für die junge Generation war es wichtig, eine Tradition kennen zu lernen, die sich im Kampf gegen den Faschismus bewährt hatte. Bisher war immer nur von der Bekennenden Kirche die Rede gewesen, die doch zunächst rein defensiv unter der Losung „Kirche muss Kirche bleiben“ Übergriffe des totalitären Staates abgewehrt hatte. Aber die religiösen Sozialisten hatten von Anfang an die Nazis in politischer und theologischer Argumentation mutig bekämpft, vor Antisemitismus und Militarismus gewarnt. Glaubwürdig waren die religiösen Sozialisten, weil ihre politischen Analysen zutreffend waren, ihre Politik den demokratischen Staat verteidigen und sozial gestalten wollte und ihre theologische Einsicht christliches Hoffen und Handeln in der Zeit völkischen Heidentums bewahrte. Unvergesslich blieben uns Gespräche mit den alten Kämpfer(inne)n auf unseren Jahrestagungen.

Unser historisches Interesse verstanden wir im Sinne Ernst Blochs: „Nur jenes Erinnern ist fruchtbar, das zugleich erinnert, was noch zu tun ist.“ Die religiös-sozialistische Tradition für die Gegenwart fruchtbar machen, hieß für uns: Gesellschaftliche Zustände sollten wir nicht als unveränderlich ansehen oder gar verklären. Ausrufen sollten wir dagegen die umstürzende und verwandelnde Kraft des Gottesreiches, das Gerechtigkeit will, dem wir uns als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stellen sollen. Das war unser religiöser Impuls. Die Tradition eines demokratischen und freiheitlichen Sozialismus sollten wir unserer Gesellschaft neu bewußt machen und sie weiterentwickeln. Das war unser politischer Wille. Christentum und Sozialismus sollten wir dialektisch aufeinander beziehen: Die Tat der Nächstenliebe auf den Weg zu einer menschenwürdigen Gesellschaft, die Hoffnung auf einen „neuen Himmel und eine neue Erde, in denen Gerechtigkeit wohnt“ (2. Petr. 3,13) auf die Utopie von einer Gesellschaft der freien und gleichberechtigten Menschen. Darin sahen wir eine dauernde Aufgabe. Wir fanden, dass die schwedischen Freunde an der Seite von Min. Präs. Olof Palme uns in vielem ein Vorbild sein konnten.

Ein Forum ist diese Zeitschrift gewesen für Christinnen und Christen, Sozialistinnen und Sozialisten. Es spiegelte oft ihre Wut über menschenunwürdige und umweltverwüstende Zustände und ihre Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit, Frieden und Ehrfurcht vor dem Leben. Manche haben unsere Bewegung wieder verlassen, andere sind uns in die Ewigkeit vorangegangen, andere sind hinzugekommen. Weggenossinnen und Weggenossen sind wir gewesen, bei der Lektüre zu gegenseitiger Anregung, auf Demonstrationen, Brüder und Schwestern, katholisch und protestantisch zusammen feiernd in Abendmahls- bzw. Eucharistie-Gottesdiensten, Vorhut der Ökumene. In unserm großen Land, in vielen Ländern überall Freundinnen und Freunde zu haben, die von einander lernen und gemeinsam Gutes tun können, erfüllt mit Freude. In den letzten Wochen haben wir mit Olivia aus Nicaragua das 10 jährige Bestehen unseres Volksbildungsprojekts gefeiert. Wir haben den Wechsel zugunsten einer rot-grünen Regierung gefeiert. Es ist zu hoffen, dass unsere Forderungen mehr Widerhall finden. Zu tun bleibt genug, für jede(n) an seinem /ihrem Platz. „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, Schwestern, zum Lichte empor!“

Auch Günter Ewald hatte ein Grußwort gesandt:

„Es war Aufbruchzeit an den Hochschulen, als wir Anfang der siebziger Jahre in Bochum mit einem Alternativkreis zur Studentenmission in Deutschland (SMD), genannt Kohlenkellerklub“ (Treffpunkt im Keller meines Hauses) über die Schriften von Leonhard Ragaz den religiösen Sozialismus für uns entdeckten und schließlich herausfanden, dass ein entsprechender – fast ausgestorbener – Bund in Deutschland noch existierte. Wir brachten dort neues Leben hinein und gaben auch „Christ und Sozialist“ inhaltlich und äußerlich ein neues Gesicht. Das Layout – jetzt weiß auf rot – war dem Umschlag einer Schrift „Achtung Pietcong! Im Dickicht einer Hochschule. Gemeinde im Kohlenkeller“ von 1972 nachempfunden. Die erste Nummer der neuen Reihe (1977) brachte „Leitsätze“ der Bochumer Gruppe, die Grundlage der Leitsätze des Bundes wurden, ferner enthielt sie Beiträge von Johannes Harder, Walter Grudszus, Siegfried Katterle und einen Bericht über die Biermann-Tubulenzen von 1976 (ich hatte Biermann in Ost-Berlin die Einladung überbracht und dann in meiner Wohnung in Bochum die Ausbürgerungsnachricht), schließlich ein Gedicht über Jesus, das Biermann für Bochum geschrieben hatte. Wir hatten uns schnell mit Gaede, Finnern und Katterle zusammengefunden, und so ging der erneuerte Bund seinen Weg. Möge die Zeitschrift gute Wegzehrung bleiben!“

Andere Artikel waren: Erhard Griese: Sabbatkörner – Tempelbrot. Eine biblische Geschichte in Reimen? Zentralamerikakomitee Tübingen: Schluss mit dem Bombenterror (sc. im Irak), Maik Eisfeld: Der neue Nazi-Sozialismus, Basisgemeinde Wulfshagenerhütte: 25 Jahre Gemeinde „im ganzen Leben“, Michael Weiße: Diakonische Arbeit am Rand des Stuttgarter Rotlichtviertels, Siegfried Böhringer: Astrologische Lebensdeutung, Darius Dunker: Tagung „Europa: Geld oder Leben“ in Maastricht 1998

Im Jahr 1999 erschien nur eine Doppelnummer: CuS 1–2/99. Erhard Griese blickte auf 50 Jahre CuS zurück:

„1988 bis 1992, die Zeit der Wende“, eine Zeit vieler Veränderungen, fünf Jahre voller Umbrüche in Europa und der Welt. Das neue Layout vor allem der Titelseite, die ersten Versuche mit computergestützter Herstellung – das waren kleine Fische gegen das, was sich in der großen Politik tat. Wer die zum ersten Mal formulierten Themen (oder Doppeltitel) der Hefte liest, wird zu Recht den Eindruck haben, dass es uns vor allem um theoretische Klärung in den Umbrüchen der Zeit ging. Theologisches und Philosophisches spielte oft tiefgründig eine Rolle, Gedanken aus der Ökumene wurden aufgegriffen. Praktische eigene Arbeit und die grafische Gestaltung kamen noch zu kurz. Der Zusammenbruch des SED-Regimes und des Ostblock brachte zwar keineswegs den von uns naiv erwarteten Aufschwung („Jetzt ist der Sozialismus endlich frei von dem Bild seiner Perversion im Sowjetstaat“), aber er machte uns keineswegs – wie anderen linken Blättern und Initiativen – den Garaus.

So fügt sich auch bei CuS eine Phase an die andere. Das Jahrfünft meiner Arbeit für CuS liegt nun schon eine Weile zurück. Wie könnte es anders sein, als daß manches uns heute auch sehr zeitgebunden erscheint? Ich denke, daß jedes Heft von C&S und jeder Jahrgang auch ein Dokument ist für die jeweilige Zeit – und für unsere Auseinandersetzung mit ihr. Möge es auch so weiter gehen – keine Angst vor zeitgebundenen Gedanken, Plänen, Projekten!“

Andere Artikel waren:

Erhard Griese: „Ihr seid das Salz der Erde“ Zum Leitwort des 28. DEKT in Stuttgart; ZAK Tübingen Die Waffen nieder! Stoppt den Nato-Krieg gegen Jugoslawien!

IMI und ZAK Tübingen: Ermittlungen wegen Aufruf zur Desertion; Noam Chomsky: Intervention und Eskalation; Darius Dunker: Stoppt den Krieg in Europa! Ernesto Cardenal: Die Revolution heute und morgen. Vortrag am 4.10.198 im Goethe-Institut Stauffen zur Eröffnung der Kulturwochen; Regine Hildebrandt: Kann denn Mammon christlich sein? Vortrag der SPD-Politikerin im Februar in Hamburg; Nils Floreck: Wo die DDR fast demokratisch war. Die ostdeutschen Betriebe waren recht offen für Kritik von innen, doch jetzt hat wieder das Duckmäusertum Einzug gehalten; Birgit Rommelspacher: Öffentliches Reden, privates Schweigen. (Analyse des Streits zwischen Walser und Bubis im Zusammenhang mit der 98er Friedenspreis-Rede); Anton Landgraf, Moshe Zuckermann: Die 68er wollen sich versöhnen. Ein Gespräch von Anton Landgraf mit dem Soziologen Moshe Zuckermann über Neue Linke, Antisemitismus und die Walser -Rede; Regina Scheer: Die Schande – Daimler und die Zwangsarbeit; Jobst Paul: Die Bioethik-Konvention. Rückblick und künftige Entwicklung; Ulrich Bach: Über die Unmöglichkeit dem so genanten Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin zuzustimmen; Ulrich Bach: Droht uns die totale Medizin? Ein Nichtfachmann versucht, die so genannte Bioethik zu verstehen; Britta Baas: „Nur die Methode ist neu, nicht das Gesetz.“. Bischöfe wettern gegen die „Abtreibungspille“ RU486 – und unterschlagen wichtige Fakten. Fragen an die Ärztin Astrid Bühren; Erhard Griese: Gedenken an Christoph Blumhardt; Lou Marin: Der Ursprung der Revolte. Albert Camus und der Anarchismus (Alex Lünskens); Fritz A. Rothschild (Hg): Christentum aus jüdischer Sicht (Arnold Pfeiffer); Helmut Pfaff Das Tabu der Linken – Nachbemerkung zu Böhringer.

CuS 1/2000. Diese Artikel erschienen:

Dörte Münch: Reise auf dem Jakobsweg; Edelbert Richter: Schulden sind nicht das Böse – Hoffnung auf die Gnade der Wirtschaft; Walter Moßmann: Vom Amselfeld in Lemberg, Gundelfingen, Amsterdam und anderswo oder (K)ein Nachtrag zum Krieg im Kosovo; Marc Engels: Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung und europäische Integrationspläne; Udo Fleige Nicaragua: Gute Zeiten – schlechte Zeiten; Wolfram Treiber: Gegen den Hurrikan der Armut. (Seit über 10 Jahren Unterstützung des Bildungsprojekts in Matagalpa/Nicaragua. Kampagne „Erlassjahr 2000“); Jürgen Schübelin: Neue Gewerkschaften braucht das Land. Gespräch mit der chilenischen Frauenrechtlerin und Gewerkschaftsexpertin Miriam Ortega; Eleuterio Fernandez Huidobro: Die große Aufgabe. Aus dem uruguayischen Spanisch übersetzt von Claudia Hagin, Beitrag aus dem Buch hg. Andreas Foitzik und Athanasios Marvakis: Tarzan – was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche; Friedrich-Martin Balzer: Emil Fuchs: Erbe der Französischen Revolution und des Roten Oktober. Schlaglichter aus den „Wochenberichten“ von Emil Fuchs im Bundesorgan der religiösen Sozialisten 1931–1933; Erhard Eppler: Dem Erbe verpflichtet (Christoph Blumhardt); Jürgen Schübelin: Antirassismusprojekt des Weltfriedensdienstes. Partnerschaft und Dominanz: „schwarz weiß. weiß spricht. weiß hört nicht, was schwarz weiß. Ulrich Peter: 50

Jahre Christ und Sozialist- Christin und Sozialistin; Reinhard Gaede: Noch einmal: Das religionskritische Erbe des religiösen Sozialismus; Leserbrief zur Bioethik-Konvention; Bundesnachrichten, Kurzberichte.

Fortsetzung folgt

Hans Ehrenberg. Ein Pfarrerschicksal in Bochum 1925–1938 Teil II*

Von Günter Brakelmann

Der Stellvertreter des Gauleiters Westfalen-Süd Vetter schreibt unter dem 19. Februar 1937 an das Konsistorium in Münster folgenden Brief:

„Hierdurch bitte ich Sie, die Amtsenthebung des in Bochum ansässigen evangelischen Pfarrers Ehrenberg umgehend in die Wege zu leiten. Der Jude Ehrenberg, der heute noch u.a. Konfirmandenunterricht und Kindergottesdienst erteilt, legt gerade in der letzten Zeit ein Benehmen an den Tag, das auf die Einwohnerschaft Bochums herausfordernd wirkt und das ich ohne einzugreifen keineswegs länger zu dulden bereit bin. Es ist mir unverständlich, daß dieser jüdische Pfarrer Ihrerseits bisher nicht abberufen wurde und ich mache besonders darauf aufmerksam, daß man die Disziplin, die seitens der Bevölkerung in dieser Angelegenheit bisher gewahrt wurde, nicht länger auf die Probe stellen kann. Ich darf voraussetzen, daß Sie sich dortseits bereits mit der Person des jüdischen Pfarrers Ehrenbergs befaßt haben, möchte jedoch nicht versäumen, Ihnen nachstehend einiges über den Genannten bekanntzugeben:

Im Jahre 1909 ist Ehrenberg zum evangelischen Glauben übergetreten. Vorher hatte er die mosaische Religion. An der Universität in Heidelberg erwarb er die Professorenwürde. Soweit bekannt, war er während des Weltkriegs nie an der Front, denn wäre er es gewesen, würde er es heute ganz besonders hervorheben. Fest steht, daß er einige Zeit vor Ausbruch der Revolution in Jüterbog eine staatsfeindliche Einstellung gezeigt hat. Später war er beim Arbeiter-Soldatenrat. Im Jahre 1919 bestätigte Ehrenberg sich als Kommunist und entwickelte in Heidelberg als kommissarisches Mitglied ein Räte-Programm unter Ausschluß des Bürgertums und verlangte die Zurückziehung der Mehrheitssozialisten aus der Reichsregierung. In der Volkszeitung Heidelbergs vom 13. Dezember 1919 schreibt der Jude Ehrenberg einen Artikel über die Männer des alten Staates und verunglimpft darin die Heerführer Hindenburg und Ludendorff in einer Weise, wie es eben nur ein Fremdstämmiger tun kann. Zur Zeit veröffentlicht er unverschämte Artikel im Gemeindeblatt der evangelischen Gemeinde zu Bochum. Er versteht es meisterhaft, seine ihm noch ergebenen Kreise zu Eingaben an die Regierung in Arnsberg zu mißbrauchen, um die gerade in letzter Zeit immer starker werdende Opposition gegen sich abzuschwächen. Ich wiederhole, wie Eingangs erwähnt, meine Bitte, die Entfernung des Genannten in die Wege zu leiten und halte es im Interesse der Befriedigung weiterer Volks kreise für geboten, die Eibedürftigkeit dieser Angelegenheit besonders zu unterstreichen. Ich darf Sie daher bitten, mir

Ihre Stel1ungnahme bzw. das Veranlaßte baldmöglichst bekanntzugeben. Heil Hitler!"

Die Kirchenbehörde stellt in einem Antwortbrief die Verzerrungen richtig und weist die Verdächtigungen zurück. Daraufhin schreibt Vetter einen noch eindeutigeren Brief:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 2. März d. Js, teile ich Ihnen mit, daß Ihre Stellungnahme zu meinem mit Schreiben vom 19. Februar dieses Jahres geäußerten Wunsche in keiner Weise meinen Erwartungen entspricht. Die Stellungnahme des Pfarrers Dr. Ehrenberg in den Verfahren, welche im Mai 1933 gegen ihn beantragt worden sind, gehen teils am Kern der Sache vorbei und sind teils unrichtig.

Der Jude Ehrenberg bedeutet für mich keine kirchliche, sondern eine kriminelle und politische Angelegenheit, um deren Bereinigung ich ebenso höflich wie dringend ersuchen möchte. Bei etwas gutem Willen und Einsicht müßte es m. E. dem evangelischen Konsistorium in Münster möglich sein, eine vorläufige Regelung zu treffen, die dem Juden verbietet, dem deutschen Kind und dem deutschen Menschen das Wort Gottes zu predigen. Oder ist das evangelische Konsistorium etwa von der Reinheit und Makellosigkeit dieses Juden überzeugt? Zu Ihrer Orientierung sei noch bemerkt, daß die Gestapo noch im Besitz einer Akte aus dem Jahre 1933 ist, aus der hervorgeht, daß Dr. E. in seiner Eigenschaft als Pfarrer Konfirmandenunterricht mißbraucht hat, um die Konfirmanden in sexuellen Dingen aufzuklären. Natürlich streitet er ab, diese Aufklärung im Sinne des Juden Magnus Hirschfeld und Löwenstein gemacht zu haben und dabei Zeichnungen über Vorgänge bei Erzeugung und Geburt gemacht zu haben. Die Angelegenheit fiel damals unter die Amnestie, so daß eine Gerichtsverhandlung nicht stattfand.

Hans Ehrenberg

Wunschgemäß lege ich Ihnen eine Abschrift des Artikels in der Heidelberger Volkszeitung vom 13. Dezember 1919 bei, worin die Heerführer Hindenburg und Ludendorff verunglimpft wurden. Im Interesse der Zeitersparnis und einer schnelleren Abwicklung der Angelegenheit würde ich es jedoch für richtig halten, den Juden Ehrenberg zu dem fraglichen Artikel, der die Einstellung dieses Mannes typisch kennzeichnet, nicht erst Stellung nehmen zu lassen. Wenn Sie in Ihrem Schreiben zum Schluß betonen, daß Ihnen durch Eingabe und Beschwerde bisher nicht bekannt wurde, daß Eh. das Verhalten an den Tag gelegt hat, so muß ich Sie bitten, meinen Ausführungen als verantwortlichen Hoheitsträger Glauben zu schenken. Die Vergangenheit dieses Juden und die Tatsache,, daß er als Jude dortseits für würdig befunden wird, auf die Erziehung des deutschen Volkes noch heute einzuwirken, hat in dem Stadtteil, in dem er wohnt und in ganz Bochum eine Empörung hervorgerufen, die zu beseitigen Ihre sowie meine Pflicht ist. Vielleicht bietet Ihnen der in diesen Tagen erschienene Runderlaß des Herrn Reichsministers des Innern eine Handhabe, der besagt, daß Juden fortan nicht mehr als Gemeindebürger anzusehen sind. Heil Hitler!"

Gleichzeitig erscheint im „Schwarzen Korps“ ein Artikel gegen Ehrenberg, Wegen seiner Mach- und Tonart sei auch er wiedergegeben:

„Aus Bochum, wo der Kulicke-Pfarrer Klose seines Amtes waltet, erhalten wir Nachricht über dessen Freund und Amtsbruder Professor Dr. Hans Ehrenberg, der gleichfal1s als evangelischer Pfarrer tätig ist. Bis zum Jahre 1909 bekannte er sich zum mosaischen Glauben, was durchaus seiner Rasse entsprach. In jenen Jahren aber entdeckte er die verschiedenen Vorzüge des christlichen Bekenntnisses, neigte sein lockengeschmücktes Haupt vor dem, den seine Vorfahren ans Kreuz schlugen, hängte den Kaftan an den Nagel, schlüpfte hurtig ins evangelische Mäntelchen und ward – hast du nicht gesehen – der eifrigste Christ weit und breit im Lande. So groß war sein Eifer, daß er nach Jahr und Tag als wohlbesta1ter Geistlicher frommen Gemeinden Gottes Wort predigen kannte, so , wie er es verstand, beziehungsweise so, wie die Gojim es verstehen solIten. Und sein Eifer ward größer und größer. So groß, daß er, als die selige weimarische Zeit ausbrach, hurtig die Ballonmütze der SPD aufsetzte, als sei sie die geeignete Ergänzung des christlichen Mäntelchens. Dabei blieb es bis zum Jahre des Unheils 1933 – nicht länger, aber auch nicht kürzer. Und da er im Bekennen nun einmal versiert war wie kein zweiter, schlüpfte er 1934 auch noch in die sogenannte Bekenntnisfront.

Dieses Musterbeispiel eines bekenntnisfreudigen Mannes predigt alIsonntäglich der Bochumer Christenheit: ein Jude und protestantischer Theologe, ein gottlobender Marxist und Bekenntniseiferer – wahrlich ein bekenntnistüchtiges Universalgenie. Wir hätten gegen diesen vielseitigen Mann nichts einzuwenden und würden es der Bochumer Christenheit überlassen, sich ein Verslein auf seine Charakterfestigkeit zu machen, wenn er nicht nach wie vor zum Religionslehrer, also zum Erzieher deutscher Kinder an einer Bochumer Schule bestellt wäre. Man kann sich denken, mit welchem Eifer er der Aufgabe obliegt, deutsche Kinder in ihrer Charakterfestigkeit zu stützen und zu staats- und volkstreuen Menschen heranzubilden.

Mit welch angenehmen Gefühlen muß ein Nationalsozialist seine Kinder in eine Schule schicken, wo ein Ehrenberg lehrt und ihnen mit jüdischer Kniff1igkeit das ausredet, was sie im Elternhaus und in den Heimabenden der HJ gelernt haben! Predigt schon sein Amtsbrüder Klose, daß man den Mörder Kulicke, der Gottes Hand nur einen Augenblick lang losließ, um derweil seine Frau zu erschlagen und zu vierteilen, als leuchtendes Vorbild der Jugend hinstellen müsse, weil er hinterher vermittels einiger Kniefälle vor Klose wieder Vergebung fand – von welcher Moral muß erst die Jugend-Erziehung des Juden Ehrenberg erfüllt sein, und welche Beispiele wird er den von ihm betreuten Kindern als leuchtend hinstellen!

Religion ist Privatsache. Nicht Privatsache ist die Erziehung der Jugend. Man wird die Jugend vor verderblichen Einflüssen schützen müssen, mögen sie nun unterm jüdischen, christlichen, marxistischen oder bekenntnistüchtigen Mäntelchen oder wie beim Juden Ehrenberg unter all diesen Mäntelchen gleichzeitig daherkommen. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß ein Jude immer noch als Lehrer sein Wesen treiben darf, wenn ihm die christliche Tarnung geglückt ist, Man verlangt von jeder Stenotypistin den Nachweis arischer Abstammung, nur von einem Religionslehrer nicht. Die Kirchen mögen sich ihre Pfarrer

nach Gutdünken aussuchen – ihre Maßstäbe interessieren uns nicht. In öffentlichen Schulen gilt nur ein Maßstab, und der ist der unsrige: Erzieher deutscher Kinder kann nur sein, wer deutschen Blutes ist und durch seinen Charakter und seine Vergangenheit die Gewähr dafür bietet, daß er die ihm Anvertrauten zu guten Deutschen und Nationalsozialisten erzieht."

Das nun einsetzende Verhalten der Kirchenleitung in Münster und Berlin ist von folgender Taktik geprägt: da man Ehrenberg aus politischen Gründen nicht schützen kann, schlägt man ihm vor, um seine Versetzung in den Ruhestand zu bitten. Ehrenberg reicht dann in der Tat nach Aussprache mit dem Präses des Westfälischen Bruderrates Karl Koch seinen Rücktritt ein. Ab 1. Juli 1937 ist Ehrenberg im Ruhestand, bleibt aber in Bochum wohnen und übernimmt seelsorgerliche Aufgaben an Judenchristen im Rhein-Ruhr-Gebiet. Predigen darf er nicht mehr, überhaupt nicht öffentlich auftreten.

Allerdings kann Ehrenberg noch drei Abschiedspredigten vor Tausenden (!) von Menschen halten. Der Westfälische Bruderrat läßt eine Kanzelabkündigung verlesen. Sie zeigt die Ohnmacht der Kirche vor der Macht der Partei und des Staates. Sie lautet:

„Pfarrer Dr. Ehrenberg, der Seelsorger des VI. Pfarrbezirks wird auf seinen Antrag zum 1. Juli d. Js. in den Ruhestand treten. Pfarrer Dr. Ehrenberg hat seinem Bezirk seit 12 Jahren mit dem Worte Gottes gedient. Dieser Dienst kam in den letzten Jahren unter immer schwereren Druck. Seit Beginn des Kampfes der Bekennenden Kirche hat der Angriff der nichtkirchlichen Kreise außerhalb und innerhalb der Kirche sich gegen den Dienst der Prediger gerichtet, die als Glieder des Volkes Israel durch die Gnade Jesu Christi Glieder der christlichen Kirche geworden sind. Die Bekennende Kirche hat diesem Angriff um des Evangeliums willen widerstanden; sie hat die Geltung des Arierparagraphen in der Kirche abgelehnt. Die Gemeindeglieder des VI. Pfarrbezirks sind in das Ringen um diese Frage in besonderer Weise gerufen worden. Dieser Kampf war schwer, aber er ist nicht ungesegnet gewesen. Er ist dem Bezirk in sonderlicher Weise geschenkt worden, Bekennende Kirche zu sein. Der Sinn dieses Ringens war ja nicht, dem Pfarrer seine Stelle zu erhalten, sondern es galt, das Taufsakrament und die Berufung zum Amt ernst zu nehmen.

Wenn Pfarrer Ehrenberg jetzt aus seinem Gemeindepfarramt scheidet so geschieht das, weil die Kirche keine Möglichkeit hat, für ihn und für seinen Bezirk so einzutreten, wie es die Sache erfordert. Wir rufen die Gemeinde Bochum auf, Gott dem Herrn für alles zu danken, was er in den Jahren der Arbeit Pfarrer Ehrenbergs gegeben hat. Wir bezeugen, daß er seiner Gemeinde ein treuer Hirte war. Er hat das Wort von der Versöhnung lauter und rein gepredigt. Er hat in der Bekennenden Kirche Westfalens Brüder im Amt gestärkt. Pfarrer Ehrenberg ist unser Bruder in Christus. Er bleibt unser Bruder im Amt. Wir sind gewiß, daß Gott seinen Weg, den er in Übereinstimmung mit uns geht, für ihn selbst und für den Dienst der Kirche segnen wird …"

Ehrenberg arbeitet in der Stille weiter. Zusammen mit den Amtsbrüdern Bach, Hartmann, Schilling und Wagener erarbeitet er eine Vorlage „Kirche und Israel", die 1938 als Manuskript herauskommt. Diese und andere theologischen Bemühungen sind allerdings vergebens, da in dieser Zeit

eine handlungsfähige Bekennende Kirche kaum noch besteht.

Es kommt der 9. November 1938. Hans Ehrenberg ist auf einer Besuchsreise im Rheinland. Bochumer SA zerschlägt im Beisein von Frau Ehrenberg und den beiden Kindern die Wohnung kurz und klein. Am 10. November schreibt über diese Nacht die „Rote Erde“:

„Das Volk ist empört. Die feige Mordtat des jüdischen Verbrechers Grünspan an dem deutschen Botschaftsrat erster Klasse vom Rath hat in der gesamten deutschen Bevölkerung die größte Empörung hervorgerufen. Als am Abend des 9. November bekannt wurde, daß vom Rath seinen Verletzungen erlegen sei, stieg die Empörung ins Unermeßliche. Auch in Bochum wuchs sie in den späten Abendstunden zu einer spontanen Kundgebung, die sich dahin auswirkte, daß die Synagoge in Brand gesteckt wurde, überall sammelten sich die Menschen an, die in ihren Beifallskundgebungen zu erkennen gaben, daß alle der feste Entschluß beseelt, einmal endgültig mit dem Judenmob Schluß zu machen,“

Und am 11. November zieht der „Bochumer Anzeiger“ das Fazit:

„Wenn die Trümmer der Synagoge und des Judenkasinos beseitigt sind, wenn die letzten unerwünschten Juden den Boden unserer Heimatstadt verlassen haben werden, wird Bochum auch für sich erleichtert aufatmen, weil dann ein Kapitel seiner Geschichte beendet sein wird, das von den Leiden und Nöten deutscher Volksgenossen durch eine fremde Rasse berichtet.“

Hans Ehrenberg kommt am 10. November von einer Reise zurück und findet die Aufforderung vor, sich unverzüglich bei der Geheimen Staatspolizei, die er schon von vielen Vorladungen her kannte, zu melden. Zuvor aber kommt es in der zerstörten und notdürftig wieder hergerichteten Küche zu einer Abendmahlsfeier, bei der die Familien Ehrenberg und Schmidt den Kern der Anwesenden bilden. Die kleine Gemeinde singt dieses Lied:

„Herr unser Gott, laß nicht zuschanden werden / die, so in ihren Nöten und Beschwerden / bei Tag und Nacht auf deine Güte hoffen/ und zu dir rufen, / und zu dir rufen.
Mache zuschanden alle, die dich hassen,/ die sich allein auf ihre Macht verlassen. / Ach kehre dich mit Gnaden zu uns Armen, / laß dichs erbarmen,
/ laß dichs erbarmen;
und schaff uns Beistand wider unsre Feinde; / wenn du ein Wort sprichst, / werden sie bald Freunde, / sie müssen Wehr und Waffen niederlegen, / kein Glied mehr regen, / kein Glied mehr regen.
Wir haben niemand, dem wir uns vertrauen, / vergebens ists, auf Menschenhilfe bauen; / mit dir wir wollen Taten tun und kämpfen, / die Feinde dämpfen, / die Feinde dämpfen.
Du bist der Held, der sie kann untertreten / und das bedrängte kleine Häuflein retten. / Wir traun auf dich, wir schrein in Jesu Namen; / Hilf, Helfer! Amen. / Hilf, Helfer! Amen.“

Nach der Abendmahlsfeier bleibt man noch ein wenig beieinander. Man weiß, was auf Ehrenberg zukommt. Dieser geht zur Gestapo und wird mit einem der „Judentransporte“ in das Konzentrationslager Oranienburg bei Berlin eingeliefert. Er weiß, dass sein Freund Martin Niemöller schon länger in diesem Lager ist. Aber er kann ihn nicht sehen. Ein jüdischer Mithäftling schreibt nach dem Kriege über Ehrenberg:

„Er meldet sich zum sogenannten Leichenkommando, das den ganzen Tag in Bereitschaft stehen muß, um die Leichen zu betten und fortzutragen. Auf diese Weise glaubt er, wenigstens etwas Sinnvolles

zu tun. Jedesmal spricht er vor den vielen Toten einen Psalm und geht dann mit seinen drei Gehilfen – einem Musiker, einem Arzt, der Beruf des Dritten ist unbekannt – die Särge auf den Schultern durch das Lager, unbekümmert um das ihn umtobende Gebrüll. Einmal steht er in eisiger Kälte nach einem 12-stündigen Arbeitstag und ohne Nahrung fünf Stunden Strafe am Tor. Er ist steif gefroren und kann kaum noch gehen. Zwei Mithäftlinge schleppen ihn des Nachts in die Baracke. Der Blockälteste, ein kommunistischer ‚Berufsverbrecher' bekommt einen Wutanfall, als er dieses neueste Opfer eines besonders berüchtigten SS-Mannes vor sich sieht und versucht, ihm durch Abreiben und Einflößen einiger Löffel heißer Suppe zu helfen …"

Am zweiten Sonntag nach dem 9. November 1938 hält Albert Schmidt in der überfüllten Pauluskirche in Bochum den Gottesdienst. Die Gemeinde weiß inzwischen, was passiert ist. Pfarrer Schmidt richtet ein besonderes Wort an die Gemeinde:

„Vor einigen Tagen war der Pfarrbrüderkreis in der Wohnung unseres Bruders und Pfarrers Ehrenberg versammelt. Wir waren beieinander, um mit unserem Bruder eine Abschiedsstunde zu halten. Leider ist auf Grund der jüngsten Ereignisse ein Verbleiben von Bruder Ehrenberg in unserer Mitte nicht mehr möglich. Wir haben in brüderlicher Gemeinschaft das Heilige Abendmahl gefeiert. Pfarrer Ehrenberg hat mich gebeten, die heute hier in der Pauluskirche versammelte Gemeinde zu grüßen. Er bittet die Gemeinde, seiner und seiner Familie in Fürbitte zu gedenken. Ferner hat er mich gebeten, daß wir heute hier im Gottesdienst das Lied miteinander singen, welches auch der Pfarrerkreis bei seiner Zusammenkunft gesungen hat. Wir wollen dieses Lied nun miteinander singen und unseres Bruders und Pfarrers sowie seiner Familie fürbittend gedenken."

Als Pfarrer Schmidt nach der Schlussliturgie die Sakristei betritt, wird er im Talar von Männern der Gestapo verhaftet, in ein Auto gezerrt und weggebracht. Er kommt schließlich in die Steinwache nach Dortmund. Dort verbringt er 99 Tage. Trotz seiner Diabetes, schwerer Nierenkoliken und seiner Kriegsverletzungen wird ihm durchgreifende ärztliche Hilfe versagt. Die sogenannte „Aufnahme ins Verbrecheralbum" bringt diesen alten Offizier, Deutschnationalen und Christlich- sozialen Politiker fast zur Verzweiflung. Schließlich kommt er doch noch in ein Lazarett, wird operiert und entlassen. Ein gerichtliches Verfahren gegen ihn bringt die Ausweisung aus Bochum und ein Redeverbot für ganz Deutschland. Während des Krieges überträgt ihm unter stillschweigender Duldung der Gestapo die Westfälische Kirche ein Pfarramt in Werther bei Bielefeld. Er erkrankt an einem Herzmuskelriss und bekommt einen Schlaganfall, der ihn einseitig lähmt. Nur mit fremder Hilfe und mit einem Gehbänkchen kann er sich noch bewegen. Am 20. November 1945 stirbt er geschunden und zerschlagen und dennoch nach vorne blickend. In einem Rundbrief an westfälische Freunde schreibt er:

„Lassen Sie sich nicht von dem alten Schlagwort irremachen, das behauptet, Christentum und Politik hätten nichts miteinander zu tun, das politische Leben ginge in seinen eigenen gesetzlichen Bahnen. Wer da sagt, Politik und Christentum hätten nichts miteinander zu tun, der muß es hinnehmen, daß das Nichtchristentum sich des politischen Lebens bemächtigt und es verdirbt. Wir wollen von dieser heidnischen These nichts mehr wissen. Eine ent-

gottete und deshalb entsittlichte Politik hat uns an den Rand des vaterländischen Todes gebracht. Nun soll das Christentum, das mutvoll in das öffentliche Leben hinaustritt und dort aus seinem Geiste wirkt, uns wieder zu den Gestaden deutschen Lebens führen. Dazu helfe uns Gott!"

Albert Schmidt entwickelte zusammen mit anderen Männern aus dem alten Christlich-sozialen Volksdienst die Idee einer gemeinsamen Partei aus Katholiken und Protestanten. Er gilt heute als einer der frühen Väter der späteren Christlich-Demokratischen Union.

Seinen judenchristlichen Amtsbruder Hans Ehrenberg, für den er eingetreten ist und gelitten hat, hat er nicht mehr wiedergesehen. Ehrenberg war im März 1939 vom englischen Bischof Bell mit ökumenischen Geldern aus dem Konzentrationlager herausgekauft worden und ging über Holland in die Emigration nach England. Die Familie konnte später nachkommen. 1947 kehrte Ehrenberg mit seiner Frau nach Deutschland zurück. Die Kinder allerdings blieben in England. Von Bethel aus übernahm er einen kirchlichen Sonderdienst. Er führte so genannte „Jedermann-Freizeiten" durch, hielt Vorträge im Lande und schrieb Aufsätze und Broschüren über verschiedene theologische, politische und literarische Themen. Auch in Bochum ist er noch öfter zu Besuch gewesen. Aber auch er war ein alter, gesundheitlich stark angeschlagener Mann geworden. Die Bedeutung, die er in der Weimarer Zeit für das geistige Leben Deutschlands und in der Stadtgeschichte Bochums gehabt hat, hat er nicht wiedergewinnen können. Nach seiner Emeritierung zog Ehrenberg nach Heidelberg. Dort ist er am 21. März 1958 gestorben.

Ehrenberg und Schmidt machen einen aufregenden Teil Bochumer Stadt- und Kirchengeschichte aus. Ehrenberg schrieb 1948 etwas resignierend:

„Von 1933 bis 1945 hat in Deutschland das Dritte Reich bestanden. Es hat während seiner zwölf Jahre verstanden, Weltgeschichte zu machen. So werden es einmal die Schüler in der ganzen Welt lernen. Das schließt den gigantischen Krieg ein, der am Ende der ersten Hälfte der genannten Periode ausbrach und mit einer alle Lande befallenen Umwälzung aller Dinge und Ordnungen endete. Sehr viel mehr werden die Schulkinder in der Welt nicht erzählt bekommen; das Dritte Reich wird zu den kaum erzählbaren Dingen gehören. Man wird sich ausführlicher als mit den zwölf Hitlerjahren mit dem beschäftigen, was vor 1933 und dem, was nach 1945 geschehen ist. Die Jahre des Dritten Reiches aber wird man aus einer gewissen Ermüdung heraus – und nicht nur in Deutschland – mit Erfo1g vergessen wo1len."

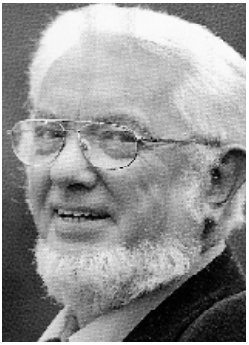
Wir haben Gründe, dem zu widerstehen.

**Kirchentags-Veranstaltung des BRSD vom 8. Juni 1991,15 h, im Bergbau-Museum Bochum; zum 60. Todestag Hans Ehrenbergs am 21.03.2018 herausgegeben, vgl. auch Reinhard Gaede: Hans Ehrenberg zum Gedenken,CuS 1/ 2009, S. 40–42*

Günter Brakelmann, geb. 1931 in Bochum, studierte Ev. Theologie, Sozialwissenschaften und neuzeitliche Geschichte.
Nach der Promotion 1959 war er Berufs- und Studentenpfarrer in Siegen,
1962–1968 Sozialpfarrer und Dozent an der Ev. Sozialakademie in Friedewald,
1968–1970 Assistent am Institut für Christliche Gesellschaftswissenschaften in Münster,
1970–1972 Leiter der Ev. Akademie in Berlin,
1972–1996 Professor für Christliche Sozialethik an der Ruhr-Universität Bochum und

kooptiertes Mitglied der Historischen Fakultät für Zeitgeschichte.
Mitglied der Sozialkammer und der Politischen Kammer der EKD,
Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD in Bochum.
Mitglied der Grundwertekommission der SPD.
Seit der Emeritierung Schwerpunkte: Geschichte des neuzeitlichen Protestantismus, des Antisemitismus und des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.

Günter Brakelmann ist seit 1958 mit der Lehrerin Ingrid Brust verheiratet. Aus der Ehe gingen drei Töchter hervor.



Günter Brakelmann

Ernst von Harnack. Zum Buch seines Sohns Gustav-Adolf von Harnack

Jahre des Widerstands gegen den Faschismus

Von Volker Beckmann

Im Jahre, als die Berliner Mauer durch die friedliche Bürgerrechtsbewegung der DDR zum Einsturz gebracht wurde, erschien ein gutes (heute leider nicht mehr lieferbares) Buch über den Spitzenbeamten und Politiker Ernst von Harnack. herausgegeben von seinem Sohn. Ernst von Harnack, ehemaliger Offizier im Ersten Weltkrieg, schloss sich 1919 der Mehrheitssozialdemokratie und dem „Bund religiöser Sozialisten" an.

Aufgrund des Staatsstreichs in Preußen des Reichskanzlers Franz von Papen[1] wurde Ernst von Harnack als Regierungspräsident des Bezirks Halle-Merseburg am 22. Juni 1932 in den sofortigen einstweiligen Ruhestand versetzt. Im Rahmen einer öffentlichen Kundgebung im großen Saal des Gewerkschaftshauses in Breslau hielt von Harnack am 31.10.1932 eine Wahlrede unter dem Titel „Christenkreuz oder Hakenkreuz". In dieser Rede kritisierte er die abstrusen Richtlinien der deutschen Christen, insbesondere deren rassistisches („Man verbietet einem jüdischen Mädchen, daß es sich in einen Christen verliebt.") (S. 32) und außenpolitisches Programm („Seit wann hat es ein christliches Weltbürgertum gegeben? Es hat nur ein Weltbürgertum gegeben. Es ist eine Erbschaft aus dem Jahre 1789 und wertvoll.") (S. 33) Am Ende seiner Rede zieht er den folgerichtigen Schluss: „Christenkreuz oder Hakenkreuz? Es kann nur das eine oder andere geben. […]"

Ernst von Harnack war nicht nur ein fähiger Spitzenbeamter und Politiker, er war ein liebevoller Familienvater, ein empfindsamer Kulturmensch. Er liebte die musikalische Geselligkeit und geistreiche Unterhaltung, die politische Vernetzung zum Wohle der Gesellschaft.

Am 13.7.1933 wurde er zum ersten Male als sog. „Schutzhäftling" ohne Haftbefehl und Angabe von Gründen bis zum 29.7.1933 im Bezirksgefängnis Überlingen seiner Freiheit beraubt, weil die Gestapo bei einer Hausdurchsuchung am 11.7.1933 seiner Wohnung in Berlin-Zehlendorf Papiere gefunden hatte, die die „karitative Betreuung" von anderen Schutzhaftgefan-

genen durch Ernst von Harnack belegten.[2] Von Harnack wurde erst entlassen, nachdem er sich verpflichtet hatte, nicht ins Ausland zu fliehen und sich einmal wöchentlich bei der zuständigen Polizeiwache zu melden.

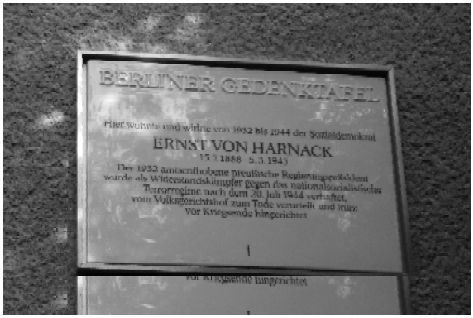
Die Menschen, für die sich von Harnack bei den Behörden bzw. Staatsanwaltschaften einsetzte, waren z.B. der SPD-Reichstagsabgeordnete Alfred Faust; der Professor der Theologie Emil Fuchs; Frau Hinrichsen (ehemalige Sekretärin bei dem Verband der Akademikerinnen Deutschlands); Frau Jankowski (ehemalige Stadträtin der SPD in Köpenick); Paul Kaempf (Unterbezirkssekretär der SPD Merseburg); Koch (Landrat des Mansfelder Seekreises); Theodor Leipart und Peter Graßmann (Gewerkschaftsführer der freien Gewerkschaften); Carlo Mierendorff (SPD-Reichstagsabgeordneter, Pressechef der hessischen Staatsregierung); Stade (Hausleiter der Schule des Deutschen Metallarbeiterverbands in Bad Dürrenberg, Kreis Merseburg); Johannes Stelling (ehemals Ministerpräsident und Innenminister von Mecklenburg).

Aufgrund des faschistischen Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 wurde von Harnack unter Kürzung seiner Bezüge vom preußischen Innenminister nun in den endgültigen Ruhestand versetzt, wogegen von Harnack erfolglos Widerspruch einlegte.

In der Folgezeit verfasste Ernst von Harnack aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen ein Fachbuch mit dem Titel „Die Praxis der Öffentlichen Verwaltung", dessen Publikation im Springer-Verlag im Sommer 1937 durch die laienhafte und bösartige Beurteilung des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer, Hanns Johst, wegen angeblicher „zweifelhafter Charaktereigenschaften" des Autors und seiner früheren Mitgliedschaften in der SPD, im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und in der Eisernen Front trotz des Einspruchs des Autors vereitelt wurde.

Vom Herbst 1937 bis Frühjahr 1938 nahm Ernst von Harnack eine angelernte Tätigkeit in Berlin als Stanzer, Sortierer oder Tabellierer bei der Dehomag (Deutsche Hollerith Maschinen-Gesellschaft mbh) an. Die Dehomag war eine Tochterfirma des US-amerikanischen IBM-Konzerns, der durch den Verkauf von Lochkartenmaschinen und für deren Dienstleistungen auch in NS-Deutschland Profite machte. Das NS-Regime nutzte die statistischen Behörden und deren Personal zur Umsetzung seiner monströsen rassistisch-politischen Planungen der ethnischen Flurbereinigungen und Massenmorde an Juden, Sinti und Roma, KZ-Sklavenarbeitern usw. Das konnte Ernst von Harnack allerdings noch nicht bewusst gewesen sein. Seine Tätigkeit diente zweifellos zur Vorbereitung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung von 1938.[3]

Spätestens im Juni 1938 bis Juli 1944, d.h. kurz vor seiner eigenen zweiten Verhaftung, nahm Ernst von Harnack persönlichen und brieflichen Kontakt auf mit dem führenden Gestapo-Juristen Werner Best[4] zunächst zur Wiedererlangung seines Reisepasses, später auch, um auszuloten, ob ehemalige Beamte und Schutzhäftlinge wieder in die Staatsverwaltung eingegliedert werden könnten oder auch um philosophische Diskussionen über den Begriff „Freiheit" zu beginnen. Dieses kommunikative Verhalten war allerdings so naiv, als ob man Adolf Hitler den Wert der Zehn Gebote und des Hippokratischen Eides hätte näherbringen wollen.



Gedenktafel

Der religiöse Sozialist und Pfarrer Arthur Rackwitz, der Ernst von Harnack in Berlin Unterkunft gewährte und dadurch selbst im Dezember 1944 verhaftet und ins KZ Dachau verschleppt wurde, brachte in der Totenfeier und Gedenkstunde am 5.3.1946 zum Ausdruck, dass Ernst von Harnack seit Herbst 1939 das Gespräch mit den Männern und Frauen suchte, die den Tyrannenmord vom 20. Juli 1944 und die politisch-militärische Rekonstruktion des NS-Staates vorbereiteten, da er der politischen Geisteshaltung dieser Elite sehr nahestand oder mit ihr verwandt war: z.B. Leber, Leuschner, Goerdeler, Beck, Bonhoeffer, Schleicher, Dohnanyi.

Ernst von Harnack wurde vom 1. Senat des VGH unter Vorsitz des großmäuligen Präsidenten Freisler am 1.2.1945 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Am 3.2.1945 wurde Freisler zufällig selbst Opfer einer alliierten Bombe im Keller des VGH.

Ernst von Harnack, der in der Verhandlung männliche Haltung gezeigt hatte, wurde im berüchtigten Zuchthaus Plötzensee am 5.3.1945 hingerichtet. An diesem Ort wurden mindestens 150 Widerstandkämpfer des 20. Juli hingerichtet, insgesamt ca. 3000 Männer, Frauen und Jugendliche aus vielen Ländern Europas.

Das Buch besteht aus 27 Kapiteln und veröffentlicht auch zahlreiche biografische Quellen wie Briefe, Gedichte, Berichte, Reden und Erinnerungen. Das Buch sollte in keiner guten Bibliothek fehlen und auch in den Universitäten und Schulen besprochen werden, um der Menschen zu gedenken, die sich entschieden, einem totalitären Regime Widerstand entgegen zu setzen.

1 Zur besseren politischen Einschätzung siehe folgende Broschüre mit einem Vorwort von Carl Severing: Schriften zur Zeit. Wegbereiter des Nationalsozialismus. Franz v. Papen, eine Porträtskizze. Freie Presse Bielefeld. April 1947.

2 Im Juni 1933 hatte Ernst von Harnack vertrauenswürdigen Genossen des BRSD einen Fragebogen zugesandt, um Informationen über befreundete Menschen in sog. Schutzhaft zu erhalten: ‚Bitte nehmen Sie sich des beifolgenden Fragebogens an, setzen Sie sich mit allen Ihnen erreichbaren Persönlichkeiten in Verbindung, die Bescheid wissen könnten. Es liegt mir sehr daran, schon bis Freitag, den 16. VI. einiges Material in die Hand zu bekommen. […] 1.)Wo sind Schutzhäftlinge in der dortigen Gegend untergebracht? Angabe der betr. Konzentrationslager und Gefängnisse mit Belegungsstärke, Aufgliederung der Häftlinge nach Geschlecht, Konfession und polit. Parteien'. Zitiert nach Ulrich Peter: Die religiösen Sozialisten im Dritten Reich, Teil III. Anpassung, Bekennende Kirche und politischer Widerstand, in: CuS 2-3, 16 (Juli 2016), 69. Jg., S. 10, auch Anm. 4, S. 13.

3 Es handelte sich um die Erhebungsdaten für die Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 17.5.1939, die eigentlich ein Jahr früher hätte stattfinden sollen, aber

wegen des Überfalls auf und Anschlusses von Österreich verschoben wurde. Mit einer Ergänzungskarte wurden Daten über Abstammung und Vorbildung nach Maßgabe der Nürnberger Gesetze eingefordert. Das statistische Material der Volkszählung diente dazu, eine sog. „Volkstumskartei“ anzulegen, die alle „Nicht-Arier“ im Deutschen Reich mit Adressen, Berufen und Mischlingsgraden auswies. Diese Daten, die auf Lochkarten durch Hollerith-Zählmaschinen ausgewertet wurden, ermöglichten den NS-Organisationen, die späteren Deportationen bzw. den Holocaust durchzuführen. Siehe Götz Aly; Karl Heinz Roth: Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus. Frankfurt a.M. 2000. Edwin Black: IBM und der Holocaust. Die Verstrickung des Weltkonzerns in die Verbrechen der Nazis. dt. München. Berlin. 2001.

4 Best war Organisator der Gestapo und des SD, schlug Schutzhaftbefehle vor ohne richterliche Überprüfung, war Organisator und Koordinator der Einsatzkommandos in Polen, leitete als Chef des Verwaltungsstabs beim Militärbefehlshaber Frankreich die Judenverfolgung (1940–42), wurde im November 1942 Reichsbevollmächtigter Dänemark und versuchte dort, die Endlösung durchzuführen. Er wurde in Kopenhagen am 20.9.1948 zum Tode verurteilt, jedoch im August 1951 aus der Haft entlassen. Danach Rechtsberater der FDP NRW, Justitiar in der Industrie, Koordinator von Aussagen von NS-Tätern. Vgl. Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich.Wer war was vor und nach 1945. F.a.M. 2003, S. 45, Eintrag „Best, Werner, SS-Obergruppenführer (1944)“.

Volker Beckmann, geb. 29.04.1957 in Herford. Studium Anglistik, Pädagogik, Geschichts- u. Archivwissenschaft. Er lebt in Herford. Mitglied Kuratorium Gedenkstätte Zellentrakt.

Volker Beckmann

Gustav-Adolf von Harnack (Hrsg.): Ernst von Harnack. Jahre des Widerstands 1932–1945. Pfullingen, Neske Verlag, 1989, 247 S., 38 DM

Katholikentag 2018 in Münster. Suche Frieden

Von Andreas Herr

Der BRSD war das erste Mal seit unzähligen erfolglosen Bewerbungen mit einem eigenen Stand auf der Kirchenmeile – ganz offiziell und im Programmheft stehend. Ein Erfolg? Ja! Ein Erfolg!

Sicherlich ist die finanzielle Belastung für unseren kleinen Verein, auf den Kirchentagen und auf den Katholikentagen einen Stand zu haben, hoch. Auch die Belastung für die wenigen Mitarbeiter, für

den kleinen zusammengeschrumpften Vorstand ist hoch – das sollte nicht unerwähnt bleiben. Dennoch haben uns die unzähligen Gespräche und Begegnungen Mut gemacht – Mut zum Weitermachen.

Unser einladender Stand, 3x3 Meter groß, mit dem neuen, in Berlin erprobten Konzept mit kleiner Sitzecke und einer immer gefüllten Kaffeekanne brachten uns gerade am ersten Tag – Christi Himmelfahrt – viele Leute, denn es regnete. So wurden Besucher direkt hinein geschwemmt und konnten sich von uns über den Verein und unsere Ziele informieren. Am ersten Tag war auch das Interesse für unsere gelungene und viel beachtete Postkarte am größten. Die Besucher(innen) waren wissbegierig. Kaum welche, die sich abschätzig abwandten.

Ganz anders als an den Kirchentagen, wo wir in der Nähe der parteinahen Organisationen stehen und uns in einer roten Ecke befinden, standen wir in Münster mittendrin, mitten in der Welt katholischer und anderer Verbände. Unsere Nachbarn hatten thematisch wenig mit uns zu tun. „Netzwerk Diakonat der Frau“, ein Stand, dessen Thema die Weihe der Frauen als Diakonin ist. „Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW“. Die Atmosphäre mit unseren Nachbarn war gut, man tauschte das ein oder andere aus. Viele Gespräche gab es mit den Mitarbeitern des übernächsten Standes: „Netzwerk Eappi“. Natürlich immer wieder Besuchs-Austausch mit dem großen Zelt der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), mit „Christo Vive“, mit der engagierten Schwester Karoline Mayer, den immer interessanter werdenden Jesuiten und ihrem Flüchtlingsdienst, die ich gerade in Bayern als sehr aufbrechend erlebe und anderen mehr.

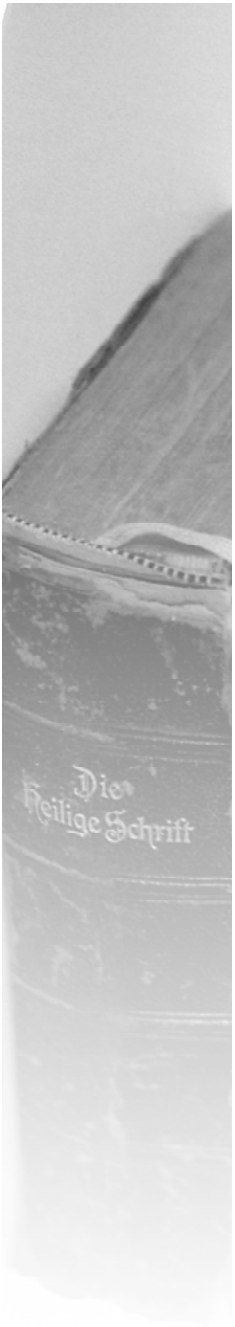
Auch einen Auftritt hatten wir als BRSD auf eine der Bühnen auf der Kirchenmeile. Am Freitag präsentierten wir uns mit zwei Liedermachern aus Münster, „Kopfkompost und Felix Hetscher“, die uns durch ihre unkonventionelle Art und Musik viel spontanes und vor allem junges Publikum brachten.

Wichtig für uns war auch, dass einige an der Demonstration „Keine AFD auf dem Katholikentag“ mit unserer Fahne teilnehmen konnten. Auch hierfür hätten wir etwas mehr Beteiligung brauchen können. Aber so wurden wir (die Fahne) gesehen und auch beachtet.

Außerdem trafen wir uns zu einer Diskussion zum Text von Helmut Gollwitzer „Warum ich als Christ Sozialist bin“.

Insgesamt spürte man die große Bewegung, in der sich die katholische Kirche befindet. Wir wissen, dass das nicht zuletzt auf Papst Franziskus und seinen großen Paradigmenwechsel zurückzuführen ist. Ob der Schwung anhält? Wohin geht die katholische Kirche? Was wird aus den vielen Gemeinden, die aus Mangel keinen Priester mehr haben?

Teilnahme am Katholikentag ein Erfolg für den BRSD? Ja! Ein Erfolg!



REZENSIONEN

Von der Selbst-Radikalisierung eines Bibel-Fundamentalisten

Von Friedrich-Wilhelm Bargheer

Günter Brakelmann: Müntzer und Luther (Studienreihe Luther 8), Luther- Verlag Bielefeld 2016, 263 S.

Es ist mehr als ein bloßer „Quellenband" (CuS 4/16, S. 76), den Günter Brakelmann, der Bochumer Nestor der evangelischen Sozialethik, im Jahr vor dem Reformations-Jubiläum und zum Ende der sog. Luther-Dekade vorgelegt hat – der Band taugt auch als Lese- und Studienbuch für einen Oberstufen-Leistungskurs des RU über die reformatorische „Linke". ‚Müntzer neben Luther' – das wäre auch Stoff für einen Geschichts-Krimi oder für Dokutainment über eine dunkle Episode der Wittenberger Reformation in der ersten Krise ihrer Epoche.

Die Lektüre wird zu einer „Wanderung" über abwechslungsreiche Stationen (historische Darstellung, Präsentation der Quellen (überwiegend Brief-Korrespondenz) sowie deren Kommentierung und Paraphrasierung. Im Hintergrund „läuft mit", was das biografische Nebeneinander sowie das Mit- und Gegeneinander der beiden Repräsentanten der Wittenberger Reformation betrifft. Zwischen den Zeilen und Absätzen leuchtet immer wieder die verhaltene, kritische Sympathie des Autors mit Müntzer und seinen sozialpolitischen Anliegen durch – auch Empathie für den aus dem thüringischen Südharz stammenden, letztlich gescheiterten, ideologischen Begleiter der aufständischen Bauerngruppen in den verschiedenen damaligen Territorien, besonders aber im thüringisch-sächsischen Raum.

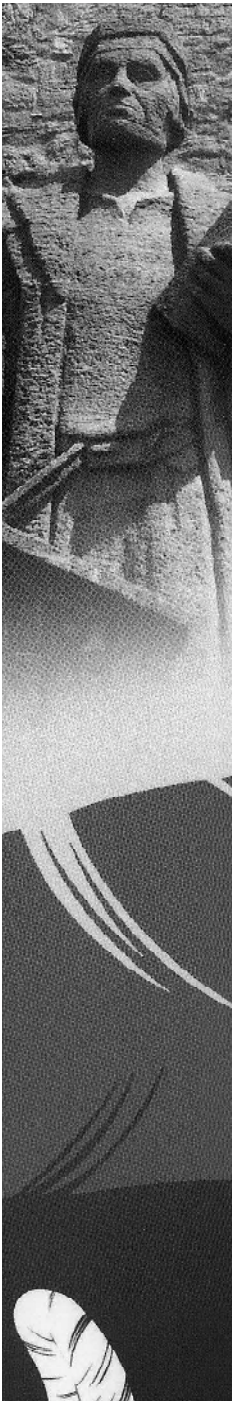
Apropos: Es kommt ganz gut heraus, worin ein Haupt-Unterschied zwischen Müntzer und Luther zu sehen ist: Wirken und Wirkung des Revolutionärs sind regional begrenzt, während das bei Luther doch deutlich anders liegt – da handelt es sich zwar nicht um universale und globale Tätigkeiten, aber der Horizont ist doch der weit gespannte des Hl. Römischen Reiches Deutscher Nation mit den Hauptakteuren Kaiser, Papst, auswärtige Mächte und europäische Territorialherrschaften. – Luther neben Müntzer – das spielt eben doch im wesentlichen im mitteldeutschen Raum, wenn auch Müntzer sich über diesen enge-

ren Bereich hinaus orientiert hat (immerhin bis Prag).

Ein chronologischer Überblick zu „Müntzer und Luther im Bauernkrieg“ S. 215-249 hilft sehr, sich den zeitgeschichtlichen Rahmen klarzumachen. Ebenso lehrreich: ein einleitender Essay zur Tradition von Bauernunruhen und -aufständen sowie Biographisches zu Entwicklung und Werdegang Müntzers S. 11ff. – das alles solide gestützt auf den O-Ton, der aus den von Müntzer hinterlassenen Quellen (ganz überwiegend Briefe – erstaunlich, wie viel aus Müntzers Korrespondenz erhalten und über Text-Ausgaben (Verzeichnisse S. 9 und 251 ff.) zugänglich ist!).

Eine fast schon erheiternde Lesefrucht: Nicht nur den großen Reformator aus Wittenberg chrarakterisiert das Stil-Element des Grobianismus – auch Müntzer konnte wie Dr. Martinus sich des Ausdrucks „beschissen“ und anderer Stammformen des Verbs „bescheißen“ (Entschuldigung!) bedienen – der Protagonist aus Zwickau, später dem thüringischen Mühlhausen, kannte da überhaupt keine Hemmungen (118 und passim) – beide Kinder ihrer Zeit eben …

Brakelmann schwebt vor, sein Quellenband könne helfen, am Gegenstand und mit ihm weiter zu arbeiten. In der Tat. Forschung über den Komplex „‚Selbstradikalisierung‘ überengagierter Mitglieder religiöser Bewegungen“ oder eine Fallstudie über den Zusammenhang zwischen religiösem Funamentalismus und Entwicklung terroristischer Neigungen würde hier nicht nur Anregungen finden, sondern authentisches, wenn auch historisches Material – wo doch viele Zeitgenossen heute ungläubig staunend vor diesen Phänomenen stehen (radikaler Islamismus; radikaler Bibel-Fundamentalismus nicht nur bei den „Reps“ in US-Amerika). Da sieht man mal, wie aktuell gut gemachte Quellenbände sein können …



BUNDESNACHRICHTEN

Aus dem Vorstand des Bundes gibt es folgendes zu berichten:

1. Sitz des Vereins

Im Moment prüft der Vorstand einen Umzug des Vereins. Der Standort Uelzen war etwas vorschnell gewählt und muss noch einmal überdacht werden.

2. Katholikentag – Wir waren dabei!

Der Katholikentag war für uns ein großer Erfolg.

3. Nach dem Katholikentag ist vor dem Kirchentag: „Was für ein Vertrauen" ist das Leitwort des nächsten Kirchentags in Dortmund vom 19.–23.Juni 2019. Wir haben uns einiges zusätzlich zum Stand am Markt der Möglichkeiten vorgenommen und sind darüber hinaus mit Partnern für den Stand im Gespräch, nicht zuletzt um Kosten einzusparen.

4. Jahrestagung des Bundes.

Ganz am Anfang des Heftes seht Ihr die Einladung zu unserer Jahrestagung vom 19.–21. Oktober 2018 in Kassel. Wir haben sehr gute Referenten gefunden, die mit uns arbeiten wollen. Unser Lohn wären viele Anmeldungen, die uns unsere viele Mühe vergelten würde. Bitte habt Verständnis für unseren neuen Weg, kein Tagungshaus mit Übernachtung mehr zu buchen! Es ist aufgrund der geringen Teilnahme der letzten Jahre einfach nicht mehr möglich. Allerdings haben wir durch das Zimmerkontingent einen guten anderen Weg gefunden. Wir möchten euch sehr bitten euch sobald als möglich anzumelden, da das unsere weitere Planung sehr erleichtern würde.

5. Region SÜD

Am 5. und 6. Mai war der BRSD erneut am Kreis der Religionen auf dem „Corso Leopold" vertreten. Leider fehlte es auch hier an Mitstreitern, die die Standarbeit unterstützt hätten. Dennoch ist für uns als verschiedene Religionsgemeinschaften das Miteinander und die Darbietungen ein großer Erfolg.

Nach der Sommerpause bereiten wir das Herbstregionaltreffen am 17. November 2018 in Nürnberg vor, zu dem wir alle, die eher im Süden Deutschlands einladen. Als Referenten haben wir Manfred Böhm aus Bamberg zu Gast.

Wachsender Beliebtheit erfreut sich auch die Facebook Seite www.facebook.com/brsd-bayern.

6. Region Nord

Der BRSD beteiligte sich am Ostermarsch in Hannover, aber auch an einer Demonstration gegen den Parteitag der AFD.

An dieser Stelle möchten wir Euch ermuntern, den BRSD bekannter zu machen. Das geht am besten mit dem Zeigen unserer Fahne bei Demonstrationen. Die Fahnen schicken wir euch gerne (leihweise) zu, hier bitte Mail an Vorstand@brsd.de.

BILDER- UND FOTONACHWEIS

Reinhard Gaede 1,81
Jürgen Moltmann 10
Wikipedia 13, 23, 26, 29, 36, 40, 71, 79
Manfred Böhm 17
Wilfried Gaum 27
Thomas Kegel 28
Elmar Klink 34
Annelie Buntenbach 54
Samuel Decker 63
Franziskus Forster 66
Günter Brakelmann 77
Volker Beckmann 80
Fokke Bohlsen 83

AUTORENNACHWEIS

Prof. Dr. F. Wilhelm Bargheer
Hinter dem Böhmerhof 1
32825 Blomberg

Johann Bauer
siliu@gmx.net
c/o Redaktion

Dr. Volker Beckmann
Schobecke 13
32052 Herford

Dr. Manfred Böhm
Waldweg 23
91320 Ebermannstadt

Prof. Dr. Günter Brakelmann
Gropiusweg 35
44801 Bochum

Annelie Buntenbach
Deutscher Gewerkschaftsbund
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Samuel Decker
c/o Sebastian Müller
Spamheimstraße 9
13357 Berlin

Franziskus Forster
Frankweg 2
A-4565 Inzersdorf
Kremstal

Wilfried Gaum
St-Georg-Str. 26
30890 Barsinghausen

Thomas Kegel
Oeltzenstr. 16
30169 Hannover

Elmar Klink
Thielenstr. 13/15
28215 Bremen

Prof. Dr. Jürgen Moltmann
Biesinger Straße 25
72070 Tübingen

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD, Diskette oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine (!) Internetbilder, da sie nicht den Anforderungen des Offsetdruckes entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.
  Adresse: cus@brsd.de oder reinhardgaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?
Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

Abonnements:

Per Post:
BRSD, Jürgen Gorenflo,
Hollunderweg 8 b, 22850 Norderstedt

Per Telefon:
0 40/8 22 64 58

Per E-Mail:
jgorenflo@web.de

Bezugspreis (inkl. Versand):

Inland € 20,– pro Jahr · Ausland € 30,– pro Jahr
Föderabonnement € 25,– oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.
KD-Bank · IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10
BIC GENODED1DKD
Kündigungen werden zum Jahresende wirksam